

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pro Nummer: 10 Pf.
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit Illustrirter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7678.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-
 stelle oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Besammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Insetate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonntag, den 9. Oktober 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Der Parteitag.

Mit einer gewissen Bekommenheit sahen viele, und nicht die schlechtesten Parteigenossen dem Stuttgarter Parteitage entgegen. Sind ihm doch Debatten in der Parteipresse vorangegangen, die an äußerer Schärfe fast an die Zeit der Unabhängigen-Bewegung erinnern mußten. Dann gab es über die preussischen Landtagswahlen so viele sich schroff gegenüberstehende Äußerungen, daß man auf ein bedenkliches Auseinanderplagen der Geister gefaßt sein konnte. Das große Gebiet der Taktik stand in fast allen Theilen zur Diskussion, eine tiefendebatte über die Grundlagen der Partei, über die Stellung zu den herrschenden Gewalten und Parteien, zu allen möglichen Fragen der Tagespolitik nicht bloß, sondern auch über Zweck und Endziel der Partei stand bevor. Die Geister waren vor dem Parteitage aneinandergekommen und von dem Grundsatz, in den Parteidiskussionen die Worte nicht auf der Goldwaage zu prüfen, wurde überreichlicher Gebrauch gemacht.

So groß bei Einzelnen die Befürchtungen über den Ausgang des Parteitages waren, so allgemein wird die Befriedigung über seinen Verlauf sein.

Wohl wird so mancher dies oder jenes zu bemängeln haben, aber nicht darauf kommt es an, sondern auf den Gesamtindruck des Parteitages, auf seine Gesamtwirkung für die Partei. Was kann besseres und schöneres zu seinem Lobe gesagt werden, als daß die Partei trotz der Schärfe und Rücksichtslosigkeit der Diskussionen heute einheitlicher und fester dasteht, als vor dem Parteitage! Und nicht faule Kompromisse, sondern offene, freie Aussprache hat dazu geführt. Damit soll keineswegs die Meinung zum Ausdruck gebracht werden, daß nun über alle Punkte bei den Delegirten eine Meinung herrscht! Aber sicher ist, daß die Aussprache auf dem Parteitage die Partei gefördert, vielfach Klarheit geschaffen und aufklärend innerhalb und außerhalb der Partei gewirkt hat, daß die Gegensätze heute nicht mehr so schroff sind, wie sie nach den vorausgegangenen Polemiken dem Fernerstehenden erscheinen konnten, und daß sie ein geistliches Zusammenarbeiten für die Ziele der Partei nicht im mindesten in Frage stellen.

Der Parteitag hat wieder erfreulich Zeugnis dafür abgelegt, daß die deutsche Sozialdemokratie sich geistlich, geistiger Fortentwicklung erfreut. Es wird so viel, auch von uns, über den Mangel an Nachwuchs in der Partei gellagt, weil wir nie genug an tüchtigen, geschulten Kräften, an feurigen Agitatoren, an weitsichtigen Organisatoren haben können! Aber gerade der letzte Parteitag hat bewiesen, daß an Wissen und Können die Partei stetig fortschreitet. Die Rede über das Koalitionsrecht, die Verhandlungen über die Handelspolitik waren Leistungen, auf die man stolz sein kann! Und auch in der Diskussion über die Taktik wurde so manches vorzügliche Wort gesagt. Die Verhandlungen über den Geschäftsbericht des Parteivorstandes, und über den Rechenschaftsbericht der Reichstags-Fraktion standen auf einem weit höheren Niveau als die gleichen Debatten auf früheren Parteitagen.

Wir hatten auch eine fast ausschließlich von Arbeitern geführte Debatte, bei der Frage des Vergarbeiterchupes. Auch diese bot ein sehr erfreuliches Bild ruhiger, sachlicher Diskussion, die für jedermann, auch für den Fachmann, lehrreich war.

Mehr als seine Vorgänger konnte der Stuttgarter Parteitag die internationale Solidarität, die uns mit den Bruderparteien des Auslandes zusammenschmiebet, betonen. Die ganzen Verhandlungen haben sich günstig ab von denen früherer Parteitages, wo das rein Geschäftliche oft breiter erörtert wurde, als vielleicht unbedingt nötig war.

Die Abstimmungen über die Berichte des Parteivorstandes, der Kontrolleure und der Reichstags-Fraktion zeigten, daß die Partei zu ihren Vertretungskörpern vollstes, ungetheiltes Vertrauen hat, und die Einmütigkeit, mit der Vorstand und Kontrolleure in ihren Aemtern bestätigt wurden, beweist, daß nicht nur volle Befriedigung über die bisherigen Leistungen, sondern auch ganzes Vertrauen für die Zukunft den Parteitag gegenüber der Parteileitung beselzte. Während sonst Klagen gegen den Vorstand über angeblich ungenügende Förderung der Agitation von vielen Seiten vorgebracht wurden, nahmen diese Klagen trotz der tiefen Anforderungen an agitatorischen Kräften und finanzieller Unterstützung, die die Reichstagswahlen mit sich brachten, einen auffallend kleinen Raum ein.

Bei dem Massenbericht handelte es sich auch diesmal hauptsächlich um Beschwerden des Parteivorstandes gegen Parteiorie, die gegenüber ihren lokalen Interessen die Förderung der Gesamtpartei in den Hintergrund treten lassen. Bezüglich des Koalitionsrechtes, der Raiffeisen und des Vergarbeiterchupes herrschte keinerlei Meinungsverschiedenheit in der Partei, ebensowenig in bezug auf die von Bebel und Liebknecht vertretenen Resolutionen über den Vorschlag des Zaren, wie über den nun anlässlich des Attentats auf die österreichische Kaiserin vorbereiteten Kreuzzug gegen die Sozialdemokratie. Was zu diesen Punkten gesagt wurde, war ebenso gut und zutreffend, wie die zu diesen Punkten aufgestellten Resolutionen. Der Parteitag war da nur der Ausdruck dessen, was die gesamte deutsche Sozialdemokratie erfüllt.

Drei Fragen waren es, bei denen eine kurze Erledigung wie bei den zuletzt angeführten Punkten nicht zu gewärtigen war, die der Taktik, der Vetheiligung an den preussischen Landtagswahlen und der deutschen Zoll- und Handelspolitik.

Die Frage der Taktik beschwor eine höchst erregte, stellenweise nervös gereizte, aber nicht gerade überall tiefe Diskussion herauf. Die Thatfache, daß der Parteitag diese Diskussion nicht mit einer Resolution zum Abschluß brachte, beweist, daß die Einigkeit der Partei über ihre Taktik und ihre Ziele viel größer ist, als man nach dem Tone der vor dem Parteitage diesem Thema gewidmeten Diskussionen annehmen konnte. Ebenso sicher ist, daß die Partei in ihrer überwiegenden Masse von dem alten bisher eingenommenen Standpunkte nicht abgewichen ist, und daß sie die anerkannten Grundsätze für ihre Taktik weiter als die leitenden betrachtet. Als Singer und Liebknecht in diesem Sinne ihre Schlüsse aus den Debatten zogen, erhob sich nicht einmal durch einen Zwischenruf Widerspruch. Freilich, die Uebertreibungen, die seitens der „Sächs. Arbeiter-Ztg.“ und deren männlichen und weiblichen Bewunderern beliebt wurden, fanden keinen Boden auf dem Parteitage. Der Antrag aus Dresden, der die Partei auf den Parvus'schen Standpunkt festlegen sollte, fand nicht einmal die nöthigen 20 Stimmen zur geschäftsordnungsmäßigen Unterstützung, um zur Debatte gestellt zu werden.

Ueberaus erfreulich war die versöhnliche Art, wie die Landtagswahl-Frage erledigt wurde. Sicherlich ist die Frage der Vetheiligung damit nicht erledigt, die Diskussion hierüber nicht aus der Welt geschafft. Aber vorerst ist ein Kompromiß geschaffen, der die Diskussion über die Vetheiligung an den bevorstehenden Wahlen abschließt. Es bleiben uns nun noch fünf Jahre und ebenso viele Parteitage, bis wir diese Frage endgültig erledigen müssen. Ruhige, sich nicht überführende, alle Seiten der Frage abwägende Diskussion ist nun möglich. Wir können bestimmt hoffen, daß später auch in dieser Frage die Partei geeint dastehen wird. Aber auch die vorläufige Lösung muß befriedigen; sie zwingt keinen Kreis zur Vetheiligung, hindert aber auch niemanden daran. Ein Musterbeispiel der Disziplin der deutschen Sozialdemokratie ist dieser Beschluß und die Art, wie er zu stande gekommen ist.

Den Glanzpunkt des Kongresses bildete die Debatte über die deutsche Zoll- und Handelspolitik. Es giebt wohl keine Frage auf dem Gebiete der politischen Oekonomie, über die soviel gesprochen und diskutiert worden ist, wie über diese Frage. Seit den Zeiten der Merkantilisten, seit den ersten Anfängen des Bürgerthums sind in jedem Jahrzehnt ganze Bibliotheken über dieses Thema geschrieben worden. Es scheint so fast unmöglich, diesen Fragen noch neue Seiten abzugewinnen. Und doch bewiesen die beiden Referenten, daß es möglich war. Was Schippel und Kautsky vortrugen, wird von Bedeutung bleiben, auch wenn die Frage nicht gerade aktuell brennend ist. Ihre Reden sind von mehr als ephemerer Bedeutung, sie beweisen, wie tief sie diese Fragen durchdacht, wie gründlich sie sie studirt haben. In einer Frage, in der wir uns bisher meist von den Freisinnigen recht wenig unterschieden, haben sie den Grund zu einer selbständigen sozialistischen Auffassung gelegt. Obgleich die Gegensätze scharf waren, haben sich die Referenten auf eine gemeinsame Resolution einigen können und durch Feststellung derselben der Partei einen großen Dienst erwiesen.

Wenn wir als Redakteure des „Vorwärts“ noch peinlich berührt sind durch die Angriffe einiger Genossen auf unsere Thätigkeit, die wir in der Art und in dem Umfange, wie sie vorgebracht wurden, für nicht begründet halten, so stört uns das doch nicht in der reinen Freude über den ganzen Verlauf des Parteitages. Wir sind stolz, daß die Delegirten der Partei sich so wacker gehalten, daß sie die Erwartungen, die man an diesen Parteitag knüpfte, in hohem Maße übertroffen haben. Wir freuen uns, daß trotz des erregten Tones, der zeitweise herrschte, der Parteitag in Harmonie auseinander gegangen ist, daß die Partei geeint und gefestigt dasteht, wie im verflochtenen Jahre. Wir freuen uns, daß nun nach den Debatten alle Delegirten und alle Parteigenossen als Freunde und enge Kampfgefährten zusammenstehen und daß es nach dem Parteitage keine Sieger und keine Besiegte giebt.

Die ganze Partei und wir mit ihr sehen nun kampfesfreudig und frohgemuth all dem entgegen, was unsere Feinde wider uns planen. Neu gestählt, neu gewappnet erwarten wir die Kämpfe des nächsten Jahres, und begeistert rufen wir wie die Delegirten des Parteitages, als sie nach schwerer, aber dankbarer Arbeit im Dienste des Befreiungskampfes des arbeitenden Volkes auseinandergingen:

Hoch die deutsche Sozialdemokratie!
 Hoch die internationale Sozialdemokratie!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Oktober.

Zur Palästina-Reise. Zwei erste, verantwortliche Beamte, der preussische Kultusminister Basse und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herr v. Bülow, werden den Kaiser nach Palästina begleiten. Viele bürgerliche Organe beklagen sich bitter über diese monatelange Entfernung der leitenden Männer, so z. B. die „Münchener Neuesten Nachrichten“, denen Beziehungen zum Reichskanzler nachgesagt werden, und die „Arenz-Zeitung“, die kürzlich schreibt:

Wir können nicht leugnen, daß uns unter diesen Verhältnissen die bevorstehende Orientreise Kaiser Wilhelms einigermaßen beunruhigt. Offenbar glaubt man in unseren politischen

Kreisen nicht an eine rasche Entwicklung der gegenwärtigen Krisis, da der Kaiser eine Anzahl seiner hervorragendsten Räte mitnimmt, Prinz Heinrich in der Ferne weißt und Herr v. Bülow den Kaiser begleitet. Wir ziehen daraus den Schluß, daß diejenigen, die vor dem deutschen Volke die moralische Verantwortung für den Ausgang der Reise tragen, sich die Gewißheit geschafft haben, daß Ueberraschungen unmöglich sind, welche die Anwesenheit Kaiser Wilhelms in Deutschland nothwendig machen oder seine Rückkehr gefährden könnten.

Wir selbst müssen uns wundern über die Entfernung der leitenden Minister und besonders des für die äußere Politik verantwortlichen Mannes. Raum niemals haben so viele internationale Fragen die Oeffentlichkeit zu gleicher Zeit beschäftigt, zum Theil beunruhigt, wie gegenwärtig. Wir erinnern nur an Ostanien, an Frankreich, den englisch-russischen Streit und den Vorschlag des Zaren. Alle diese Dinge können von heute auf morgen zu Ueberraschungen führen und trotzdem eine orientalische Vergnügnungsreise! Wir wissen nicht, ob Herr von Bülow seinen Einfluß auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten für so gering einschätzt, daß er es für völlig gleichgültig hält, ob er sich in der Wilhelmstraße oder am See Genesareth befindet. Unsere Meinung wäre, daß ein sich seiner Verantwortlichkeit für die Leitung der auswärtigen Politik bewußter Mann jetzt keine Vergnügnungsreise ins Nothenland machen könnte, auch selbst dann nicht, wenn — wie heute offiziös gemeldet wird — die parlamentarischen Arbeiten durch die Reise keinen Aufschub erleiden sollen und deswegen beschlossen worden ist, zwecks Abfüzung der Reise auf einen Abstecher nach Egypten zu verzichten.

Ueber die „Mauferung“ der Sozialdemokratie leitartikel die der Regierung dienende „Nordd. Allg. Zeitung“. Sie schreibt von unseren die praktische politische Thätigkeit empfehlenden Genossen:

„Ihnen erscheint es nur nicht opportun, das sozialistische Heil allein von einer großen politischen Umwälzung abhängig zu machen oder gar auf den beschleunigten Eintritt einer solchen Katastrophe hinzuwirken. Sie hoffen, mit geschicklichen Mitteln“, mit der „langsamten Propaganda der parlamentarischen Thätigkeit“ besser vorwärts zu kommen. Und diese „Taktik“ der Revolutionstheorie ist den freisinnigen Organen so wohlgefällig, daß sie die Sozialdemokratie der Regierung und allen bürgerlichen Parteien gegenüber unter ihre schützenden Fittiche nehmen! Wer die Sozialdemokratie fernher in ihren ruhigen Bahnen stört, wird von ihnen geradezu verantwortlich gemacht für „etwache Katastrophen“.

Der offiziös bedienten „Norddeutschen Allgemeinen Ztg.“ und gewissen Regierungskreisen dagegen scheint das Vorgehen der ganzen sozialdemokratischen Partei mit geschicklichen Mitteln und die Propaganda durch parlamentarische Thätigkeit sehr unangenehm zu sein. Ihnen wäre es lieber, wenn „das sozialistische Heil von einer großen politischen Umwälzung“ abhängig gemacht würde, damit sie die Sozialdemokratie vor die Repetirgewehre bekämen. Das geschäftliche Vorgehen unserer Partei ist diesen, angeblich Ordnung, Religion und Sitte vertretenden Leuten höchst fatal.

Anti-Anarchisten-Konferenz. Wie die italienische offiziöse „Tribuna“ meldet, soll die Konferenz zur Verabreichung von Maßnahmen gegen die Anarchisten in Rom stattfinden, nicht in Venedig. — Der „Avanti“, welcher einen Artikel über die Konferenz gedruckt hatte, wurde konfisziert.

Der Papst und die soziale Frage. Einer auf dem Wege nach Palästina begriffenen französischen Pilgerschaar sagte der Papst bei deren Anwesenheit in Rom:

„Wenn die Demokratie christlich sein will, wird sie Eurem Vaterlande eine Zukunft des Friedens, des Geduldens und des Glückes sichern. Wenn sie sich der Revolution und dem Sozialismus hingiebt, wenn sie thörichte Ansprüche verfolgt, die die Grundlage der Gesellschaft zerstören, wird die unmittelbare Wirkung für die Arbeiterklasse selbst Anarchie, Elend und Verderben sein.“

Es ist bekannt, daß der Papst die Emanzipations-Bestrebungen der Arbeiter bekämpft und sich dabei in dem Gedankenweg und den Redewendungen der um ihre Vorrechte besorgten Unternehmer bewegt.

Folgen der Palastrevolution in Peking. Die nun herrschende Partei ist sorgfältig bemüht, alle Beamte, die der geringsten Vorliebe für England verdächtig sind, aus ihren Stellen zu entfernen und durch gefügige orthodoxe Anhänger zu ersetzen. Nachdem erst kürzlich Jung-Lu und Shu-Hung-Li nach Peking zurückberufen worden sind, ist ihnen jetzt Hui-Te-Pu als Mitglied des Großen Rathes und Vorsitzender des Zensorengerichts gefolgt. Die „Times“ berichtet aus Peking vom gestrigen Tage, die Kaiserin-Wittve habe einen weiteren reaktionären Schritt gethan, indem sie am 8. d. M. den Gouverneur von Hunan, Tchen-pao-schen, den angesehensten der chinesischen Gouverneure absetzte, Tschau-shu-ichao, der frühere Gouverneur von Kiangsu, sei als Nachfolger Tschau-Hin-huan's zum Direktor der Eisenbahn- und Minen-Verwaltung ernannt worden; er sei so fremdenfeindlich, daß er beispielsweise nicht auf einem Dampfschiff fahren würde. Der eigentliche Leiter der ganzen Unterriebe ist, wie immer deutlicher hervortritt, Li-Hung-Tschang, der sich mit vorläufig noch aus kluger Berechnung im Hintergrunde hält. Wie übermüthig ihn übrigens sein Erfolg gemacht hat, zeigt das Auslieferungverlangen, das er betreffs Kiang-Hu-Wei's durch das Tschung-Hi-Namen an den britischen Gesandten stellen ließ.

Die Regierung hat nun einen noch mehr rückschrittlichen Charakter. Im Tschung-Hi-Namen befindet sich kein Mitglied, welches mit den auswärtigen Angelegenheiten Beschäftigt ist. Das thätigste Mitglied ist Shu-Hung-Li, welcher erklärte, daß zum Vorsitzenden der frühere Gesandte in Rußland Shü-Tsching-Tscheng ernannt werden solle. Die

Russen begrüßen den Wechsel in der Regierung mit Freuden, da ihr Einfluss in Peking dadurch im Wachsen begriffen ist. Es ist jetzt bekannt, daß den unmittelbaren Anlaß zur Ueberrahme der Regierungsgewalt durch die Kaiserin-Wittve ein erwartetes Gift abgab, durch welches den Beamten befohlen werden sollte, die Köpfe abzuschneiden und europäische Kleidung anzulegen.

Einem Theil des durch die Mandarinen aufgeheulten Pöbels hat der Sieg der Orthodoxie Veranlassung zu blutigen Ausschreitungen gegen die Europäer gegeben. Mehrere sich zur Zeit in Peking aufhaltende Fremde, darunter auch ein Mitglied der britischen Botschaft und ein Sekretär der amerikanischen Gesandtschaft, sind auf offener Straße angegriffen und gemißhandelt worden. Infolge dessen hielten, wie das „Daily Chronicle“ und das „Bureau Dalziel“ melden, die Vertreter der auswärtigen Mächte eine dringliche Sitzung ab und überreichten dem Hung-li-Namen eine Kollektivnote, die Bezug nimmt auf die Drohungen, die fremden Diplomaten zu ermorden. Ausgeschlossen ist nicht, daß diese Artig eine gemeinsame Befehung von Peking durch die Mächte zur Folge haben wird. Die russische Botschaft hat zu ihrem Schutz bereits ein kleines Detachement Kosaken, und ebenso die englische Botschaft ein Bataillon Marinesoldaten in Peking einrücken lassen. Auch die deutsche Regierung hat Marinesoldaten nach Peking befohlen, um die dortigen Deutschen zu schützen.

Sonderbar zurückhaltend ist in der Beurtheilung der Peking Vorgänge die englische Presse. Selbst die vor kurzem noch so kampflustige „Morning Post“ ist recht flau geworden und nur die „Daily Mail“, der „Observer“ und der „Standard“ schlagen einen schärferen Ton an. Letzterer Blatt erklärt in einem Leitartikel, auch im fernem Osten wolle England keinen Streit vom Zaune brechen, weder mit der wirklichen Regierung Chinas, noch mit der Macht, die sich zu ihrem Hort gemacht zu haben scheint. Aber es könne China nicht gestatten, eine Satrapie Aushlands zu werden. Die britische Diplomatie werde nöthigenfalls andere, rauhere Mittel anwenden müssen, dies zu verhindern. Glücklichweise sei guter Grund für die Annahme vorhanden, daß die Beziehungen Englands mit gewissen anderen Mächten fortgesetzt herzlicher werden, daß sie befriedigende Aussicht auf Unterstützung für Englands Eintreten für die Gleichheit der Rechte im fernem Osten darbieten. — Nach Hinweis auf die Entsendung amerikanischer Kriegsschiffe nach den chinesischen Gewässern und auf das englisch-deutsche Abkommen hinsichtlich der „Standard“: In Konstantinopel, Peking, möglicherweise auch in Petersburg und Paris sollte die Thatsache, daß die größte Militärmacht und die größte Seemacht der Welt sich nicht, für gewisse Zwecke zusammenzugesetzen, als heilsame Warnung dienen gegen den aggressiven Ehrgeiz, der trotz kaiserlicher Kundgebungen eine ernsthafte Drohung für den Frieden bildet als große stehende Heere und riesige Flotten.

Rechtlich äußert sich auch der „Observer“: „Wenn Rußland wirklich die Fesseln von Rußland erreicht hat, so kann darüber kein Zweifel sein, daß Deutschland und England kompensierende Vertragshäfen zuertheilt erhalten sollten, zum Beispiel Tientsin und Tschifu oder irgend einen anderen Hafen der Nordküste. Rußland wird bald die Eisenbahn beherrschen, die zur Hauptstadt von China führt, und es ist gegen alle Gerechtigkeit, daß die großen handelsbetreibenden Nationen soweit gehen sollten, Rußland zum absoluten Beherrscher einer ihrer wichtigsten Märkte zu machen. Das Prinzip anglo-deutscher Kooperation ist von Salisbury in der Angelegenheit der Delagoa-Bai angenommen worden, und der Präzedenzfall könnte und sollte demutet werden, um zu einer Lösung aus der augenblicklichen, drängenden und gefährlichen Situation in China zu gelangen.“

Wichtiger als die Pressstimmen ist die folgende Meldung aus London: Im Arsenal von Woolwich wird mit großer Hast gearbeitet, um neue Mengen von Munition herzustellen. Gewehre wurden bereits 75 Tausend Kriegsmaterial eingeschifft, am Montag werden weitere 60 Tausend folgen. —

Deutsches Reich.

Der Ablauf des Sozialistengesetzes im Jahre 1890 beschäftigt, wie wir schon vor einigen Tagen berichteten, wieder einmal fast die konservativen und verwandten Kreise. Wir haben bereits die Erklärung des Herrn v. Hellendorff, des damaligen Führers der Konservativen, zitiert, welche die Schuld für die Ablehnung des Gesetzes durch die Konservativen auf die Regierung und Bismarck wälzt, weil diese es unterlassen hätten, sich über ihre Wünsche hinsichtlich Annahme oder Ablehnung zu erklären. — Diese Aufschulung kann der freikonservative Herr v. Kardorff nicht auf seinem Parteifeldern lassen, und er stellt die Sache folgendermaßen dar: Herr von Hellendorff ist der Meinung gewesen, daß man das Gesetz in der ihm von der Kommission gegebenen Form ruhig sollte scheitern lassen, weil der dann erwachende Uebermuth der Sozialdemokratie sehr bald die Nothwendigkeit eines schärferen Sozialistengesetzes vor Augen führen müsse. Herr v. Hellendorff sei jedoch furchtsam und nach Friedrichsdrück gefahren, um sich über die Wünsche des Fürsten zu informieren. Dann heißt es in der Erklärung des Herrn v. Kardorff weiter:

Herr v. Hellendorff hatte die Güte, bei seiner Rückkehr von Friedrichsdrück mitzutheilen, 1. daß er es ungewöhnlich schwierig gefunden habe, mit dem Herrn Reichsminister zu verhandeln, der sehr ungenügend gewesen sei; 2. daß er dem Fürsten Bismarck die Absicht der deutschkonservativen Fraktion mitgetheilt habe, bei der Abstimmung über das ganze Gesetz dieses zum Scheitern zu bringen, falls die Abänderungen der Kommission Annahme gefunden hätten; 3. daß er den Fürsten dahin richtig verstanden zu haben glaube, daß dieser mit solcher Falschheit einverstanden sei; 4. daß der Fürst dem Wunsch Ausdruck gegeben habe, daß Herr von Hellendorff sich mit ihm einverstanden sehe, um einen Zwiespalt zwischen der deutschkonservativen und der Reichspartei zu vermeiden.

Ich erwiderte Herrn v. Hellendorff, daß meine Freunde geschlossen auch für das abgeschwächte Gesetz stimmen würden, obgleich ein Theil derselben die Anschauungen der deutschkonservativen über die Unentbehrlichkeit der Ausweisungsbestimmungen theile und dies bei der Abstimmung über die einzelnen Paragraphen zeigen werde.

Die deutschkonservative Fraktion brachte den Anschauungen des Herrn v. Hellendorff folgend das Gesetz zum Scheitern, welches nicht auf Zeit, sondern dauernd — ohne die Ablauffrist der früheren Sozialistengesetze — der sozialistischen Agitation in der Presse, in den Vereinen und Versammlungen sehr wirksame Schranken setzte; welches namentlich den Grundgedanken festhielt, daß die sozialdemokratische Partei unter ein Spezialgesetz gestellt werden müsse, weil sie nicht auf den Ausbau, sondern auf den Umsturz der bestehenden Staats-, Rechts- und Gesellschaftsordnungen hinarbeite, — weil die Fraktion mit solcher Abstimmung den Wünschen des Fürsten Bismarck und den Absichten der verbündeten Regierungen zu entsprechen glaube.

Fürst Bismarck hat sich gegen mich persönlich später auf das schärfste und nachdrücklichste gegen die Unterstellung verwehrt, daß das Scheitern des Gesetzes in seinen Wünschen gelegen habe, und ich kann im allgemeinen Interesse es nur lebhaft bedauern, daß Herr von Hellendorff ihn in so verhängnisvoller Weise mißverstanden habe, woran bei mir niemals ein Zweifel bestand. Aber Herr von Hellendorff war leider von der Richtigkeit seiner eigenen Anschauungen so durchdrungen, daß es mir sehr erklärlich ist, wie er aus den Erwiderungen des Fürsten Bismarck dessen Zustimmung herauszuhören vermochte. Er verstand eben das heraus, was er selbst wünschte. —

Wichtig wird schon sein, daß Bismarck persönlich das Weiterbestehen des Sozialistengesetzes wünschte, — wenn es nicht anders

ging, auch in der abgeschwächten Form, nämlich ohne die Ausweisungsbefugniß. Aber er war damals wohl mit dem Kaiser in den bekannten Differenzen wegen Behandlung der Sozialdemokratie, wagte es deswegen nicht, eine den Intentionen des Kaisers entgegengelegte Parole auszugeben und hätte sich dem konservativen Parteiführer gegenüber in den Mantel diplomatischer Treue oder Unbestimmtheit. — Fürst Bismarck steht also geradezu da von dem Verdacht, daß er die Regierung ohne das Schandgesetz hätte führen wollen.

Eine Vermehrung der Kavallerie-Regimenter, die aus den fünften Schwadronen gebildet werden sollen, wird geplant. Bis zum Zusammenritte des Reichstags dürfte die Zahl der neuen Militärformationen imhienlich groß werden. Die Verwirklichung des Abrüstungsgedankens des Zaren wird bei uns recht eigenhändig betrieben. —

Landtag und Reichstag. Die Gefahr, daß die Entscheidung von Fragen, Reichsangelegenheiten betreffend fortan in erhöhtem Maße in den Landtagen und namentlich auch im preussischen Abgeordnetenhaus getroffen werden soll, wird in den Kreisen unserer Genossen noch vielfach unterschätzt. Um so wichtiger erscheint es uns festzustellen, daß selbst die Nationalliberalen, deren Stenographen stets die Betonung des Reichstagsgedankens gegenüber parlamentarischen Bestrebungen war, sich mit dem Gedanken, das Schicksal der Reichsangelegenheiten zu verlegen, betrogen. Der „Hann. Cour.“ widmet dem Thema unter der Ueberschrift „Reichstag und Landtag“ einen mehrseitigen Artikel. Er schließt sich an nationalliberalen Sinn und Hergeerde mit den bemerkenswerthen Worten:

Wir meinen im Gegentheil, je unbefriedigender sich für eine empirische Fortführung der Reichspolitik die Zusammenführung des Reichstags gestaltet, um so weniger wird sich gerade das preussische Abgeordnetenhaus das Recht bestreiten lassen wollen, auf die Dinge im Reich ein wachsames Auge zu haben. —

Bei der Reichstags-Präsidentenwahl, die am 4. Oktober im 7. Hannover'schen Wahlkreis stattfand, erhielten nach amtlicher Feststellung von 13 560 abgegebenen Stimmen Major a. D. v. Schelle (Welfe) 6988 Stimmen, Winter-Schulldirektor v. Brandt (Freikonserv.) ohne bestimmte Parteizugehörigkeit, Mitglied des Bundes der Landwirthe 5164 und Gastwirt Viehler (Soz.) 1895 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt. —

Die Fleischnoth wächst und mit ihr die Unzufriedenheit der agrarischen Kreise. Die „Deutsche Tageszeitung“ schießt den Vogel ab, indem sie von der Regierung die amtliche Bekanntmachung einer Reihe von Thatsachen für die Bevölkerung in den Städten verlangt, die die Wirklichkeit geradezu auf den Kopf stellen würden. Als erste Thatsache wird vorgeführt: „Es besteht keine Absperrung der Grenzen gegen die notwendigen Fleisch- und Fleischwaren.“ In diesem Punkt weisen wir darauf hin, daß förmliche Grenzen für die Einfuhr von Vieh gesperrt sind, die Viecheinfuhr aber im Hinblick auf die Vorgänge in den Grenzbezirken nothwendig ist. Die Völlerwanderungen nach den russischen Grenzorten hin, die sich jeden Samstag im oberösterreichischen Grenzbezirk wiederholen, illustriren die Nothwendigkeit. Es sind zuweilen schon 1100 solcher „Fleischwandler“, meistens Frauen, an einem Tage an russischen Grenzposten in Ungarn erschienen, wozu sie von Weibchen aus erst nach stundenlangem Fahrt auf jederlofen Banerwagen gelangt. Haben sie das Fleisch gekauft, so müssen sie dasselbe in einer Kiste an der Postkammer in wenig sauberen Kisten überlegen und, ist es Schweinefleisch, auf Trümpfen unterlegen lassen, wofür je 25 Pf. zu entrichten sind. Es vergehen bisweilen Stunden, ehe die Abfertigung erfolgt und die Heimfahrt angetreten werden kann, in der Regel mit größeren Mengen von Mehl, das jenseits der Grenze viel billiger ist. So werden an jedem Markttag große Summen nach Rußland gebracht, ohne daß die oberösterreichischen Landwirthe davon Nutzen hätten, und eine Menge Zeit und Arbeitskraft wird angewendet, die nützlichere Verwerthung im Inlande finden könnte. Als zweite Thatsache soll amtlich bekannt gemacht werden: „Die Einfuhr ist imhienlich in andernem Maße begriffen.“ 3. Das Angebot inländischen Schlachtviehes ist seit vielen Monaten auf allen Hauptmärkten größer gewesen als die Nachfrage.“ In diesen beiden Punkten bemerken wir, daß in Weithen, ebenso wie in Gleiwitz die letzten Schlachtviehmärkte überhaupt ausfallen mußten, weil kein Schlachtvieh zu Markte kam. Das nun alles unter der Vopplottung des russischen Schweines passiren kann, das sehr folgende Ergebnisse. Da den Fleischern in Gleiwitz nicht gestattet ist, russische Schweine nach dem schweizer Schlachthof zu ziehen, führten sie mit Erlaubniß der Behörde zwei Waggon in Kattowitzer Schlachthof geschlachteter russischer Schweine ein. Bekanntlich können die Kattowitzer Schlachthof von Zeit zu Zeit eine gewisse Anzahl russischer Schweine zur Schlachtung bringen. Das Angebot inländischen Schlachtviehes ferner ist laut den Berichten der Viehhöfe deutscher Städte — wir nennen nur Berlin, Breslau, Hamburg — seit April fortgesetzt zurückgegangen, die Nachfrage ist aber gewachsen. Endlich soll die Regierung sich zur Bekämpfung folgender Unwahrheiten machen: „Die Viehpresse sind gegenwärtig und seit Monaten niedriger gewesen, als in den betreffenden Zeitabschnitten des Vorjahres. Wühin beruht jede Fleisch-Preissteigerung, die irgendwo in Szene geht, auf Nachschüssen der Händler.“ Nach den Veröffentlichungen des kaiserlich statistischen Amtes, das gewiß nicht den Agrariern zum Nachtheil seine Berichte färbt würde, kosteten im Monat August 100 Kilo Schweinefleisch:

1895	94,80 M.
1896	89,00
1897	118,50
1898	117,75

Die Thatsachen, von denen die „Deutsche Tageszeitung“ spricht, bestehen also nur für die Redaktion des agrarischen Organs und für die gedankenlosen Agrarier sans phrase.

In welchem Maße der Fleischverbrauch infolge der Fleischtheuerung eingeschränkt werden muß, dafür bietet auch Spanien einen ehlantanten Beweis. Die „Berl. Jtg.“ schreibt nämlich: Im letzten Vierteljahr sind auf dem südlichen Schlachthof und 1500 Schweine weniger geschlachtet worden, als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Da die Abnahme der Schweine-Schlachtungen auf ein volles Jahr verrecknet, 6000 Stück betragen würde, und die Gesamtzahl der Schweine-Schlachtungen bei normaler Viehzucht, auf 20 000 jährlich veranschlagt ist, so ergibt sich ein Minderverbrauch von zirka 30 Prozent unter der Einwirkung der jetzigen Fleischnoth. Auch in den anderen Viehhaltungen haben die Schlachtungen merklich abgenommen. Dabei kommt noch in Betracht, daß die Bevölkerung der Stadt stark zunimmt und die Erwerbsverhältnisse dieselben wie im vorigen Jahre sind. Die zu neun Zehnteln dem Arbeiterstande angehörige Bevölkerung hat also ihren Fleischverbrauch ganz bedeutend herabmindern, ihre Lebenshaltung also verschlechtern müssen. —

Agrarischer Kartoffelkrieg. In einem Provinzialblatt findet man die folgende Anzeige:

Ich erlaube alle Genossen, vorläufig keine Kartoffeln an Fabrikten zu verkaufen, da die Bildung einer Zentral-Verkaufsstelle bei der pommerischen landwirthschaftlichen Hauptgenossenschaft in Stettin ins Werk gesetzt werden soll. Näheres erfolgt in den nächsten Tagen. v. Herzberg-Pötkin.

Wenn die Arbeiter aufgefordert werden, vorläufig ihre Arbeitskraft nicht zu verkaufen, damit für diese höhere Preise erzielt werden, dann zeigen sie zum Streik und gehören ins Zuchthaus. —

Die Vermehrung der Deltalg-Verkaufsstellen („Deltalg“) ist die geschmackvolle agrarische Uebersetzung des Namens „Margarine“ hätten die Agrarier mit dem Margarinegesetz keineswegs beabsichtigt, so behauptet die „Korresp. d. Bundes d. Landwirthe“ gegenüber unserer Mittheilung, daß jetzt die Schlachtereien anwachsen, die Margarine zu vertreiben. Das ist ja sehr schön und edel. Bisher war man allgemein der Ansicht, daß das ganze Margarinegesetz darauf zugeschnitten ist, den Verkauf dieses Volksernährungsmittels nach Menschenmöglichkeit zu

erschweren. Dagegen, so meint die agrarische Korrespondenz, sei dringend eine Ergänzung des Margarinegesetzes geboten, denn:

„Ebenso wie bei anderen überreichen Fleisch- und Fettwaren müßte bei den Deltalg-Verkäufen feiner genau und sicher festgestellt werden, ob sie auch von gesunden Thieren stammen und ob ihnen nicht etwa erst durch die chemische Schwarzkunst ein ungesundes Aussehen gegeben ist.“

Nun, den Agrariern dürfte ja nicht unbekannt sein, daß in ihrem Interesse die Grenzen des Deutschen Reiches gegen die Einfuhr von Fleisch und thierischen Produkten so gut wie gesperrt sind, so daß die Margarinefabriken fast ausschließlich auf das Talg des deutsch-nationalen Rindviehes angewiesen sind. An dessen Gesundheit zu zweifeln, dürfte ja wohl der „Korresp. des Bundes der Landwirthe“ nicht einfallen, denn sonst wäre ja das ganze Geschäft wegen der vom Auslande drohenden Verseuchungsgefahr hinfällig. —

Der Sieg des Bundes der Landwirthe gegen das von ihm boykottirte Thomasphosphatmehl-Kartell besteht in der Sprengung desselben.

Am Dienstag, den 4. Oktober ist in Frankfurt a. M. zwischen der Bezugs-Vereinigung der Deutschen Landwirthe und den Thomasphosphat-Fabrikten (Gemeinschaft m. beschränkt. Haft.) Berlin ein Lieferungsvertrag abgeschlossen worden. Die der Bezugs-Vereinigung angeschlossenen Körperlichkeiten nehmen damit die Lieferung von Thomasphosphatmehl an ihre Mitglieder wieder auf.

Wird der Bund jetzt vorsichtiger sein in den Preisanschlägen, die seine Mitglieder zum Einkaufspreis des Thomasphosphatmehls zu zahlen haben? —

Zu der Abbröckelung vom Bunde der Landwirthe, die wir bereits gestern meldeten, liest man in der „Hildburghausener Dorfzeitung“:

„In weiten Schichten der ländlichen Bevölkerung ist man schon seit längerer Zeit mit der Leitung des Bundes der Landwirthe sehr unzufrieden. Das extreme, oft der eigentlichen Interessen-Vertretung des Großgrundbesitzes dienende Auftreten, die Verwendung der Bundesmittel, die scharfe Behandlung durch den Vorstand, alle diese Vorgänge haben bei den thüringischen, von jeder einem gemäßigten Liberalismus huldigenden Landwirthen allmählich eine gewisse Bitterung gezeitigt, die sehr bald in Erscheinung treten wird. Man beabsichtigt nämlich nichts Geringeres, als die vollständige Lösung vom Bunde und die gleichzeitige Gründung eines „Thüringischen Bauernvereins“ auf nationaler und gemäßigter liberaler Grundlage.“

Zu dem Reichs-Vericherungsgesetz, das sich seit Jahrzehnten bei den Regierungen im Stadium der Erwägungen befindet, wird der „Frankf. Jtg.“ aus München geschrieben:

Vor einiger Zeit erfolgte in Berlin eine Besprechung von Vertretern der Reichsregierung und verschiedener Einzelstaaten wegen Schaffung eines Reichs-Vericherungsgesetzes. Diese Besprechungen geben die Grundlage zu direkten Verhandlungen zwischen den Einzelstaaten. Der Standpunkt der bayerischen Regierung dürfte verschiedenen Bestimmungen des vom Reiche vorgelegten Entwurfs abgewendet sein. Namentlich scheint es bei der bayerischen — und auch bei der einen oder anderen außerbayerischen — Regierung Bedenken zu erregen, daß die Konzeptionierung in Berlin fortgesetzt werden soll. Es hätten also dann die Einzelstaaten kein Recht mehr, in ihrem Gebiete einer Versicherungsgesellschaft aus irgend einem Grunde die Geschäftstätigkeit zu verwehren. Die bayerische Regierung will also die Handhabe des Konzeptionierungswesens im Interesse ihrer eigenen Anstalten behalten.

Wenn die bayerische Regierung auf diesem Standpunkt beharrt, dann würde also der unsehbliche Zustand aufrecht erhalten bleiben, daß preussische und sächsische Versicherungsgesellschaften in Bayern, bayerische Gesellschaften in Preußen u. s. w. als „ausländische“ Gesellschaften um die Konzession zum Geschäftsbetriebe nachsuchen müssen. Das soll Reichseinheit sein! —

Wie man einen armen Schäfer um seinen Unterhalt zu helfen und sein Heimathrecht bringen wollte, darüber wird der „Berliner Zeitung“ ein krauses Stücklein aus Bayern gemeldet. Lassen wir den Schäfer für sich selber sprechen:

„Mir ist es eigentlich ganz gleich, wo ich heimathrechtlich bin, allein nachdem ich die Vauern bezu. Schäferhüter von Siegritz so arg hintergangen haben, beanspruche ich mein Heimathrecht in Siegritz. Ich war vom 29. September 1890 bis Ende 1890 dort als selbständiger Schäfer beschäftigt, ich habe meine Steuern, Abgaben und Schulden alle Jahre bezahlt und hatte nicht den geringsten Anstand; ich hatte mein Einkommen auf 200 und etliche Mark amgeben. Im Sommer 1899 hat mich der Bürgermeister rufen lassen und hat gesagt: „Schäfer, wir müssen etwas machen, sonst wirst Du hier heimathrechtlich und da müßten wir Dir kündigen!“ Ich bin ein alter Mann, habe nicht gern fortgewollt und wollte im Orte bleiben und fragte deshalb, ob denn nichts zu machen sei. Der Bürgermeister entgegnete: „Das geht ganz leicht — da geht Du einige Wochen nach Hemhof und hältst die Schafe Deines Sohnes, und dieser verleiht hier Deine Schäfererei, dann hast Du Deinen Aufenthalt in den letzten 7 Jahren hier unterbrochen und hast keinen Anspruch auf Verleihung des Heimathrechts. Als ich mit die Sache überlegte, bemerkte der Bürgermeister: „Nicht einfacher ist's, Du zahlst in diesem Jahre kein Schulgeld; wir schreiben an Deine Heimathsgemeinde und verlangen das Schulgeld für Dich; wenn sich Deine Gemeinde weigert, dies zu zahlen, dann übernehmen wir es, und dies gilt als Armenunterstützung, dann brauchen wir Dir das Heimathrecht auch nicht zu geben, und Du kannst wieder bleiben.“ Ich willigte ein und sagte, der Bürgermeister solle nur nach Vorkehrung schreiben; aber wegen der paar Pfennige Schulgeld verlor ich es sich eigentlich gar nicht. Da entgegnete der Bürgermeister: „Da ist leicht zu helfen, wir lassen halt auch die Schulbücher bezahlen.“ Damit war ich einverstanden, obgleich ich immer für meine Kinder das Schulgeld pünktlich bezahlt hatte. Die Gemeinde Vorkehrung schickte kein Geld, die Gemeinde Siegritz zahlte aus der Armenkasse 4 M. 75 Pf. Schulgeld pro 1896 und für Väter für mein jüngstes Mädchen. Ich glaubte nun auf meinem Plage bleiben zu können, aber ich hatte mich getäuscht, ich wurde an die Luft gesetzt und mußte mich nach einem anderen Dienst umsehen, wobei ich mein bißchen Zeug halb weggeworfen mußte. Dies war für mich alten Mann recht traurig.“

Die Beschwerde des Schäfers Fürst wurde von den angerechneten gesetzlichen Instanzen für begründet erachtet und die Gemeinde Siegritz für verpflichtet erklärt, das Heimathrecht des Schäfers anzuerkennen. Hier ist einmal klar gezeigt, wie arme, alte Leute in kleinen Orten um ihren Unterstühtungswohnsitz gebracht werden, — wozu noch zu bemerken ist, daß solche Anträge und Gesuche der Ortsobrigkeiten nicht etwa vereinzelt — sondern sehr häufig vorkommen. Wenn es gut einen armen Alten liebevoll an eine andere Gemeinde abzugeben, dann gilt den kleinen Gemeindeverwaltungen vieles für erlaubt. —

Herr Stephan ist nun glücklich aus Nordern zurückgekehrt. Er hat eine sehr lange, und nicht überzeugende Erklärung gegen die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht, an deren Schluß er auslänglich, daß er der „Deutschen Tageszeitung“ Gelegenheit geben wird, ihre Aussagen an Gerichtsstelle zu beweisen. Das ist es eben, was die „Deutsche Tageszeitung“ wünscht. Dieselbe schreibt nämlich:

Von der „Pötkin'schen Zeitung“ erwartet die anständige und ehrenwerthe Presse, — will sagen, die Blätter, die im Bewußtsein ihrer geschäftlichen Lauterkeit Stellung zu dem Falle Dm-Stephan genommen haben — noch immer allgemein, daß sie schleunigst für eine Klärung der Sachlage Sorge tragen werde, wenn möglich, vor Gericht. Auch wir würden einen solchen Entschluß lebhaft begrüßen. Nur an Gerichtsstelle sind wir in der Lage, unser reichhaltiges Material in allen Einzelheiten vorzulegen und der Öffentlichkeit volle Aufklärung zu verschaffen; nur an Gerichtsstelle, wo kein Schweigen hilft, ist die Wahrheit unserer Behauptungen klipp und klar, und zwar gleich durch eine ganze Bilanz von Zeugen, zu erörtern. Vor Gericht sind vielleicht die Herren Meyer, Schöte und Schweitzer in der

berbegehrt werden müsse, jener von ihm redigierten Flugchrift, der Kieder-Barium angeblich das glänzende Wahlergebnis zu verdanken hat.

Sollen wir nun, nachdem wir seine Angriffe abgewehrt haben, den Spieß umdrehen? Sollen wir nochmals erklären, daß wir seine Manuskripte aus stilistischen Gründen sowohl, als auch aus Rücksicht auf den guten Geschmack meist vollständig umarbeiten müssen? Hätten wir Material in dieser Beziehung sammeln wollen, wir könnten reichlich aufwarten.

Die Zurückweisung der Stadhagen'schen Angriffe war notwendig sowohl in unserem Interesse als auch im Interesse der Berliner Parteigenossen, denen es nicht gleichgültig sein kann, wie über ihr Blatt geurteilt wird. Wäre an Ort und Stelle die nötige Aufsicht gegeben worden, so wäre uns diese unliebame Aufgabe erspart geblieben.

Kampf um das Koalitionsrecht!

Die badische Regierung und das Koalitionsrecht.

Aus Karlsruhe wird der „Frankf. Ztg.“ gemeldet: Die Mitteilung der R. V. V. Bd. 1893, über die Stellung der Regierung zu einem Gesetzentwurf, betr. Schutz der Arbeitwilligen, entbehrt jeder Grundlage.

Protokollversammlungen.

Die gegen die fogen. Zuchthausvorlage Stellung nahmen, sind abgehalten worden in Duisburg, Kassel, Martinode in Thüringen, Hornberg und St. Georgen im badischen Schwarzwald.

Das Leipziger Gewerkschaftsblatt fordert die Gewerkschaften auf, durch Abhaltung von öffentlichen Versammlungen Kundgebungen gegen die dem Koalitionsrecht drohende Gefahr zu veranstalten und durch energische Agitation die nicht organisierten Berufsge nossen den Gewerkschaften zuzuführen.

Partei-Nachrichten.

Für den Landes-Parteitag der Sozialdemokratie Bayerns, der am 30. und 31. Oktober in Würzburg im Saale der Schönen Main-Aussicht abgehalten wird, ist folgende Tagesordnung festgesetzt:

1. a) Parlamentarischer Bericht der Landtags-Abgeordneten.
- b) Die nächsten Landtagswahlen. Berichterstatter: Georg v. Dollmar und Franz Josef Ehrhart.
2. Bericht der Parteileitung. Berichterstatter: J. Scherm.
3. Die Organisation der sozialdemokratischen Partei in Bayern. Berichterstatter R. Segel.
4. Veranlassung der Anträge, die zu diesen Punkten nicht einschlägig sind.

Anträge, die auf dem Parteitage zur Verhandlung kommen sollen, müssen bis 20. Oktober an Johann Scherm in Nürnberg, Weizenstraße 12, eingelaufen sein.

Die Landtags-Fraktion hat einen Organisationsentwurf ausgearbeitet, dem die bayerischen Delegierten zum Stuttgarter Parteitage ihre Zustimmung erteilt haben und der nur dem Parteitage unterbreitet werden wird. Die wesentlichen Bestimmungen desselben sind: Die Organisation hat zur Grundlage sozialdemokratische Vereine; in jedem Orte darf nur ein Verein bestehen. Die Vereine der Orte mehrerer Kreise bilden einen Gauverband, an dessen Spitze ein fünfjährlicher Vorstand steht, der mit Beginn einer Wahlbewegung als Zentral-Wahlvorstand in Tätigkeit tritt. Nach Bedarf, mindestens aber alle zwei Jahre, hält jeder Gau einen Gaustag ab. Zunächst sollen drei Gaus gebildet werden. Der erste soll Ober- und Niederbayern und Schwaben umfassen und seinen Sitz in München haben, der zweite Gau soll die drei fränkischen Kreise und die Oberpfalz umfassen mit Nürnberg als Sitz, der dritte Gau die Rheinpfalz mit Ludwigshafen als Sitz. Alle zwei Jahre soll im Wege allgemeiner Wahlen der ordentliche Landesparteitag zusammentreten, der den Landesvorstand zu wählen und alle bayerischen Partei-Angelegenheiten endgültig zu regeln hat. Der regelmäßige Parteitag soll monatlich 20 Pf. betragen, wovon ein Viertel für die Gaustage bestimmt ist. Die einzelnen Vereine sollen höhere Beiträge erheben dürfen.

Unsere Nürnberger Parteigenossen haben bereits die Vorarbeiten für die nächstjährigen Landtagswahlen begonnen, wofür gegenwärtig die Listen aufzulegen. Bis jetzt hat stets der Wahlverein die Listen nachgesehen und die Nichteingetragenen reklamiert. Nun beschloß der Magistrat, daß jeder Wähler persönlich reklamiert oder jemand anders mit Vollmacht hierzu versehen müsse. Die ganze Maßregel ist nichts anderes als eine neue Maßregel gegen die Arbeiterschaft.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Reichstags-Abgeordneter Stadhagen hat die Aufforderung erhalten, bis 15. Oktober in dem neuen Gefängnis in Tegel die fünfmonatige Freiheitsstrafe anzutreten, die ihm wegen Militärbeleidigung und wegen Beleidigung verschiedener Kategorien von Staatsbeamten, u. a. des ehemaligen Landgerichts-Direktors Brausewetter, auferlegt worden ist. Stadhagen soll die Beleidigungen in drei Versammlungen angesprochen haben, die am 15. September und 2. Oktober 1894 und am 1. Mai 1895 in Neu-Weißensee, Berlin (Waldemarstraße) und Friedrichsberg abgehalten worden sind. Das erste Urteil hatte auf 1 Jahr Gefängnis gelaute.

Reichstagsabgeordneter Wilhelm Schmidt in Frankfurt a. M. wird binnen kurzer ebenfalls den Weg zum Kerker antreten müssen. Wegen Beleidigung eines Hauptmanns durch eine Mitteilung über eine militärische Übung, bei welcher ein Soldat erkrankt, hatte ihn das Frankfurter Landgericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Revision wurde von dem Reichsgericht zurückgewiesen, so daß das Urteil jetzt Rechtskraft erlangt hat.

Das Schöffengericht in Mühlhausen i. Th. verurteilte, wie gemeldet wird, einen Arbeiter, der in der Nacht zum 1. Mai anlässlich der Kaiserfeier auf der Spitze des südlichen Turmes der Untermarktkirche eine rote Fahne angebracht hatte, wegen Hausfriedensbruchs zu der aufrichtig hohen Strafe von 9 Monaten Gefängnis und wegen groben Unfugs zu 1 Monat Haft. Es erscheint selbstverständlich, daß das Landgericht dieses drakonische Urteil beträchtlich mildern wird.

Das Schöffengericht in Magdeburg-Neustadt verurteilte den Tischler Hermann Teichert zu 3 Monaten Gefängnis wegen vorsätzlicher Sachbeschädigung, die darin bestehen soll, daß er, wie die Anklage behauptet, acht Häuser mittels Schablone und rother Farbe mit der Aufschrift versehen hat: „Wählt Pfau und Kuh!“

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Aus dem Vaugewerbe. Die am Bau der Hochbahn an der Warschauer Brücke beschäftigten Arbeiter hatten fortgesetzt unter einer höchst schroffen Behandlung eines von der Firma Held u. Franke angestellten Poliers zu leiden. Am 22. September erreichte die Empörung unter den Arbeitern ihren Höhepunkt, als der Polier einem Maurer Prügel anbot und ihn alsdann entließ. Ueber diese rücksichtslose Behandlung aufs äußerste erregt, legten 50 Maurer die Arbeit nieder und verlangten die Entsetzung des Poliers Walter. Nachdem der Streik 14 Tage gedauert hatte, leitete die Firma Verhandlungen ein. Nach Darlegung des Sachverhalts versprach der Vertreter der Firma, den Polier auf einen anderen Posten zu stellen, während die Arbeiter sich bereit erklärten, am nächsten Morgen die Arbeit aufzunehmen. Wie erstanten sie aber, als am dem Tage unter Führung des Maurers Theodor Sund und Begleitung zahlreicher Polizeibeamten 18 Afformaurer zuzogen. Am Abend geschah der Abmarsch in derselben Weise. Man wird es begreiflich

finden, wenn die Arbeiter es ablehnten, an dieser Stelle in Beschäftigung zu treten, zumal das Versprechen keineswegs innegehalten wurde. Die Arbeiter lehnten es aber auch ab, für eine Arbeit die Verantwortung zu übernehmen, die nach ihrer festen Ueberzeugung mit den Afformaurern nicht in der bisherigen Güte ausgeführt werden kann.

Achtung, Töpfer! In der öffentlichen Versammlung vom 28. September er. wurde der Wunsch ausgesprochen, daß eine demnächst einzuberufende Vertrauensmänner-Sitzung über Mittel und Wege beraten solle, die einzuschlagen sind, um für die Aufbesserung unserer Lage erfolgreich wirken zu können. Diese Sitzung findet nun am Donnerstag, den 18. Oktober, abends 8 Uhr, bei Schiller, Rosenthalerstr. 57, statt. Die Kollegen auf den einzelnen Bauten wollen nur, soweit dies noch nicht geschehen, unterzüglich hierzu Stellung nehmen und einen Vertreter ernennen, der in dieser Sitzung zu erscheinen hat. Nur die Beihilgung der gesamten Kollegenschaft durch ihre Vertreter an dieser Sitzung wird es ermöglichen, ein klares Bild über die Stimmung in Kollegenkreisen zu gewinnen. Ferner sei darauf hingewiesen, daß es Pflicht jedes Berliner Kollegen ist, der Organisation, dem Zentralverband der Töpfer Deutschlands beizutreten und auch in der Entnahme von Marken zum Streikfonds nicht zu erlahmen. Zur Durchführung irgend welcher Forderungen zum Wohle der gesamten Kollegenschaft ist eine starke Organisation, sind ausreichende finanzielle Mittel erforderlich. Kollegen! Zeigt, daß Ihr nicht gewillt seid, hinter andere Gewerkschaften herzugehen; der gute Wille wird über alle Schwierigkeiten hinweghelfen.
J. A.: Hugo David, Vertrauensmann der Töpfer Berlins und der Umgegend.

Die Tischler bei der Firma Fischer u. Richter, Berlin, haben ihren Ausstand beendet und sich mit der Zuficherung begnügt, daß die neunstündige Arbeitszeit vom 1. Dezember ab eingeführt wird. Die sofortige Durchführung dieser Forderung wurde leider durch einige Arbeiter, die während des Ausstandes bei der Firma Arbeit nahmen, erschwert. Die Lokalkommission.

Deutsches Reich.

Die Abrechnung des Unterstufungsvereins der Gutmacher vom 2. Quartal weist eine Einnahme von 11 188,65 Mark und eine Ausgabe von 5035,04 M. auf. In der Ausgabe befinden sich unter anderem 5339 M. für Arbeitslosen-Unterstützung. Der Verband der Buchbinder schließt seine Abrechnung für das gleiche Quartal mit einer Einnahme von 19 165 M. ab, der an den einzelnen Pächtern eine Ausgabe von 8909,89 M. gegenüberstellen. An Arbeitslosen-Unterstützung wurden hier 3733,25 M. verausgabt.

Vom Schöffengericht zu Dresden wurde schon wieder ein Arbeiter, der Maurer Lauterbach, deshalb zu drei Wochen Gefängnis verurteilt, weil er einen anderen zum Streifen „angereizt“ bezw. „genötigt“ haben soll. Ueber solche Delikte in der Jetztzeit darf man sich nicht wundern.

Die Statuten in Eberfeld haben beschlossen, den Streik für beendet zu erklären, da die Mehrzahl der Geschäfte die Forderungen der Gehilfen bewilligte, die streikenden Kollegen aber alle wieder in Beschäftigung sind. Ueber die Geschäfte, die den neuen Tarif nicht unterzeichnet haben, wurde die Sperre verhängt.

Der Streik in der Piening'schen Gerberei in Elmshorn ist beendet, und zwar durch das Eingreifen des Zentralvorstandes des Lederarbeiter-Verbandes, welcher einen Gesamttreue der Lederarbeiter Elmshorns, der, wie bereits mitgeteilt, infolge der Drohung des Unternehmerverbandes, die Hälfte sämtlicher Lederarbeiter auszusperren, unmittelbar bedorffand, zur Zeit für inopporium hält. Zwei Mitglieder des Zentralvorstandes waren hier anwesend und versuchten zunächst, Herrn Piening zu neuen Unterhandlungen zu bewegen. Leider vergebens. Der Unternehmer möchte vielmehr seine vor dem Einigungsamt ausgesprochene Drohung wahr, indem er jetzt, wo er die vereinigten Arbeitgeber seiner Branche hinter sich wußte, seine Bedingungen noch verschärfte und vor allem in Beziehung auf die Wiedereinstellung der Streikenden sich zu keinerlei Zugeständnissen herbeiließ. Eine am 8. Oktober eintreffende Versammlung sprach sich infolge dessen zwar mit 130 gegen 105 Stimmen für Fortdauer des Streiks aus, es wurde jedoch in anbeacht der geringen Majorität und auf die Vorstellungen der Zentralvorstandesmitglieder hin schließlich der Beschluß gefaßt, den Ausstand für beendet zu erklären. Bei dem unerhört provokierenden Auftreten des Unternehmerverbandes ist die Besonnenheit der Arbeiter doppelt anzuerkennen.

Die Duisburger Heilenhauer haben nach zweitägiger Dauer ihren Streik siegreich beendet. Die Arbeitszeit wurde verlängert, der Lohn erhöht.

Der Holzarbeiter-Streik in Fürth dehnt sich täglich mehr aus. Jetzt haben sich wieder die Arbeiter von drei Fabriken der Bewegung angeschlossen, jedoch über 300 Mann ausständig sind. Die Unternehmer sind hartnäckig. Zugug ist streng ferngehalten.

Die Arbeiterinnen der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff-Fabrik (Zentrale Fürth) haben die Arbeit niedergelegt, weil man ihre Arbeitszeit um eine Stunde verlängern und hierfür nur 10 Pf. bezahlen wollte, während der Arbeitslohn sonst 14 Pf. beträgt.

Ausland.

Der Erdbarbeiter-Streik in Paris ist, wie die „Petite Republique“ schreibt, durch die Erklärung der Unternehmer als beendet zu betrachten. Die Unternehmer wollen demnach von ihren Kontrakten zurücktreten, und die Stadt Paris wird dann die Arbeiter den Arbeitern in eigene Regie geben. Bereits am Montag dürfte die Arbeit an vielen Stellen wieder aufgenommen werden. — Mittlerweile haben aber eine ganze Reihe Arbeiterkategorien den Generalstreik erklärt, jedoch — selbst wenn am Montag alle Erdbarbeiter die Arbeit beginnen —, doch noch laufende Ausständiger vorhanden sein werden. — Der Telegraph meldet ferner aus Paris vom 8. Oktober folgendes: Vor der 900 Arbeiter beschäftigenden Metallwaren-Fabrik von Gouin im Ulichy-Viertel sammelten sich heute Mittag um 1 Uhr, zur Zeit wo die Arbeiter nach der Mittagspause wieder antreten, zahlreiche Ausständige an. Trotzdem eine Abtheilung Kavallerie zum Schutze der Arbeitwilligen aufgestellt war, lehnten die Arbeiter nicht in die Werkstätten zurück. Auch in 10 Schlossereien wurde die Arbeit eingestellt.

Am Vormittag kamen einige unbedeutende Zwischenfälle vor. — In der Polizeipräfektur gehen zahlreiche Gesuche um Schutz für die Werkstätten ein. — In ihrer heute Vormittag, wie alltäglich abgehaltenen Versammlung verpflichteten sich die Erdbarbeiter, die Arbeit erst nach vollkommener Erlage wieder aufzunehmen. — Ein Solomotiöfährer der Nordbahn erklärte, das Syndikat der Eisenbahnarbeiter sei nicht einzig hinsichtlich der Frage des Ausstandes. Die Eisenbahnarbeiter in der Provinz sind schriftlich um ihre Meinung befragt worden.

Von unserem Pariser Korrespondenten wird uns noch geschrieben: Eine ungewöhnliche Kompromisslust scheint sich der gesamten Pariser Arbeiterschaft bemächtigt zu haben. Neben den Banarbeitern stehen die Möbelarbeiter im Begriff, sich der Bewegung anzuschließen. Der Gewerkschaftsverband des Seine-Departements, dessen Sitz in der Arbeitsbörse ist, hat einen „Zentral-ausschuss“ für den Generalstreik ernannt, der die gesamte Bewegung leiten soll. Die rasche Ausbreitung der Bewegung hat den Gedanken gereizt, den Generalstreik aller Berufe zu versuchen. Gegenwärtig schweben die Verhandlungen mit den Eisenbahnern, den Gasarbeitern, den Nahrungsindustrie-Arbeitern, den Drochlen- und Pferdebau-Arbeitern. Bei diesen umfassenden Plänen spielt unbenutzbar die allernächste Generalstreik-Idee mit. —

Soziales.

Ueber die Zeche „General Blumenhals“ wird aus Kiedlinghausen gemeldet:

Der Maschinenist Pasing ist wieder aus der Haft entlassen, da infolge eines neuen Unfalles, der den Steiger Dornemann betraf, angenommen werden muß, daß nicht Pasing, sondern die maschinellen Einrichtungen das Unglück auf „Blumenhals“ verschuldeten. Die Apparate funktionierten nicht prompt.

Einen Gemeinde-Arbeitsnachweis hat am 1. Oktober auch die bayerische Stadt Hof eröffnet. Die Vermittlung erfolgt sowohl für die Arbeiter wie für die Unternehmer unentgeltlich.

Die Errichtung eines statistischen Bureaus hat der Magistrat von Nürnberg beschlossen und hierfür 15 000 M. in den nächstjährigen Etat eingesezt.

Gerichts-Beitrag.

Um ihre Hoffnungen betrogen und um ihre Ersparnisse gebracht ist die schon in vorgerücktem Alter stehende unterthätige Klara Meyer, die gestern vor dem Schöffengericht als Belastungszeugin gegen ihren ehemaligen Bräutigam, den Väter Furdert austrat. Unter nicht verhehlenden Thränenströmen erzählte die Zeugin dem Gericht ihre wehleidige Geschichte, die wiederum die Lehre enthielt, daß heimatloslugen Mädchen, namentlich diejenigen, die die erste Blüthezeit hinter sich haben, nicht blindlings zugreifen sollen, wenn sich ihnen ein angeblühter Freiersmann nähert. Die Zeugin war dem Angeklagten von befreundeter Seite als annehmbare Partie empfohlen worden, um sich selbständig zu machen, da sie sich im Laufe der Jahre 1100 M. zusammengehört hatte und auch eine ganz nette Wäsche-Ausstattung besaß. F. F. Meyer war nach zweimaligem Zusammenreffen mit Furdert durchaus geneigt, ihn „des Hauses rechtliche Hüterin“ zu werden und ließ sich von diesem freundlichen Vorfahre auch nicht durch das Geständnis ihres Zukünftigen abschrecken, daß er selbst nichts besitze und sie zur Erwerbung eines Geschäfts ihre Ersparnisse hergeben möchte. In der Wärme ihrer Bräutigkeit erklärte sich die Zeugin hierzu bereit, man ging zusammen auf die Suche nach einer Wädelerei und fand eine solche schließlich in Ostend. Die Zeugin bezahlte den Kaufpreis für das Geschäft, sie gab das Geld für Anschaffung von Pferd und Wagen her und zog mit dem Angeklagten in die an die Wädelerei grenzende Wohnung. Sie war mit ihm noch nicht aufgeben, aber sie vertraute seinem Worte, daß er die für das Standesamt nötigen Papiere baldigt aus seiner Heimat besorgen würde. Darüber vergingen Wochen und abermals Wochen und die Heirath kam keinen Schritt vorwärts, obwohl das Mädchen wiederholt darüber klagte, daß sie schon von den Nachbarn herabgesehen werde. Inzwischen ging das Geschäft sehr schlecht und die Einnahmen verringerten sich von Tag zu Tag so, daß das Ende leicht voranzusehen war. Unter diesen Umständen gab der Angeklagte sein nur durch die vorhandenen gewiesenen Ersparnisse wach gerufenes Verlangen, die Zeugin zu heirathen, auf. Er war sogar so frivol, eines Tages mit einem anderen Mädchen nach Hause zu kommen, die er der Zeugin als „seine neue Frau“ vorstellte, die nun den Platz der alten einnehmen solle. Die um ihre schönsten Hoffnungen Betrogene verließ zunächst in Weintämpfe, mußte dann aber das Haus verlassen und wandte sich nun an den Staatsanwalt, dem sie klagte, daß der Angeklagte sie um ihr ganzes Geld gebracht habe, und sie nun sitzen lasse. Staatsanwalt Graf v. Sredow war der Meinung, daß der Angeklagte gar nicht ernstlich die Absicht gehabt habe, die Zeugin zu heirathen, daß es ihm vielmehr nur darauf angekommen sei, mit Hilfe der Ersparnisse des Mädchens sich eine geschäftliche Position zu schaffen. Mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit eines solchen Treibens, beantragte er ein Jahr Gefängnis, drei Jahre Ehrverlust und sofortige Verhaftung. Der Gerichtshof war mit dem Rechtsanwält Dr. Mich. Wolff der Meinung, daß die so grausam hineingelegte zwar volles Mitgefühl verdiene, daß aber doch dieser Fall anders liege als die sonstigen Fälle des Heirathschwindels und dem Angeklagten nicht nachzuweisen sei, daß er in betrügerischer Weise Geld für seine Person herausgeschlagen oder von Anfang an die Absicht gehabt habe, das Mädchen zu heirathen. Es wurde daher auf Freisprechung erkannt.

Der Herausgeber der „Zukunft“, Maximilian Harden, wird sich am 28. d. Mts. auf die Anklage der Majestätsbeleidigung vor der I. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten haben. Den Vorsitz in der Verhandlung wird Landgerichts-Direktor Dr. Felsch führen. Gegen Herrn Harden schweben zur Zeit vier Anklagen wegen Preßbeleidigung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Konstantinopel, 8. Oktober. (W. T. G.) Die Prinzessin Albrecht, die Frau des Prinzenregenten von Braunschweig, ist heute hier gestorben.

Paris, 8. Oktober. (W. T. G.) Die Zahl der Streikenden beträgt jetzt 35 000 und wird sich bis Montag voraussichtlich noch verdoppeln.

Paris, 8. Oktober. (W. T. G.) Dem Journal des Debats zufolge verlangen die Vereinigten Staaten als Kriegsschädigung Manila sowie die ganze Insel Luzon. Angesichts der unerwarteten amerikanischen Forderungen hätten die spanischen Mitglieder der Friedenskommission erklärt, sie müßten neue Instruktionen ihrer Regierung abwarten. — Wie der „New York Herald“ meldet, hätten die amerikanischen Delegierten von McKinley die Ermächtigung erhalten, die Arbeiten der Friedenskonferenz zu unterbrechen, falls die spanische Regierung nicht baldigt die Bedingungen der Vereinigten Staaten annehme.

Paris, 8. Oktober. (W. T. G.) Die Baunternehmer lassen einen Aufruf an die Maurer veröffentlichen, in welchem es heißt, sie hätten an die öffentliche Gewalt die Aufforderung gerichtet, die Freiheit der Arbeit zu schützen. Da es scheint, daß diese Aufforderung Gehör gefunden habe, so forderten sie die Arbeiter auf, am Montag die Arbeit wieder aufzunehmen. — Heute Nachmittag wurden verschiedene Versammlungen von Malern und Bauern abgehalten, in welchen beschlossen wurde, beim Ausstand zu verharren. Die ausständigen Maler richteten ein Schreiben an den Ministerpräsidenten Crillon, in welchem gegen die Rohheiten der Polizei protestiert und der Minister ersucht wird, die notwendigen Maßregeln zu treffen, um diesen Zuständen ein Ende zu machen, da andernfalls die Verantwortlichkeit für die Ereignisse ihm zur Last fallen würde.

Paris, 8. Oktober. (W. T. G.) Der Municipalrat faßte mit 55 gegen 1 Stimme den Beschluß, den Präfecten des Seine-Departements zu ersuchen, er möge die Unternehmer auffordern, die städtischen Arbeiten binnen 24 Stunden wieder aufnehmen und im Weigerungsfalle diese Arbeiten auf Rechnung und Gefahr der Unternehmer in eigener Regie ausführen lassen.

London, 8. Oktober. Dem „Reuter'schen Bureau“ wird aus Peking von heute gemeldet, daß Liung-li-Hamen habe gegen die große Anzahl der in Peking eingetroffenen russischen Detachements mit der Erklärung Einspruch erhoben, daß dasselbe doppelt so stark sei, als die von anderen Mächten nach Peking entsandten Detachements.

Brüssel, 8. Oktober. (W. T. G.) In der letzten Nacht wurde im Schnellzuge Calais-Roubaix eine in einem Wagenabteil allein befindliche Dame von einem eindringenden Mause durch einen Haustschlag betäubt und ihres Koffers beraubt. Als sie sich etwas erholt hatte, meldete sie den Vorfall. Nach den sofort vorgenommenen Recherchen wurde der Dieb in der Nähe von Wexham mit zerstückertem Kopfe auf den Schienen aufgefunden. Er ist wahrscheinlich beim Abspringen gegen eine Telegraphenstange geschleudert worden.

Sidney, 8. Oktober. (W. T. G.) Ein großes Feuer brach heute Nachmittag auf den Holzplätzen einer der Vorstädte aus. Eine große Anzahl von Geschäften, Geschöften sowie Privatgebäuden sind niedergebrannt. Der Schaden ist noch nicht zu überschauen.

Lage, noch weitere Einzelheiten mitzutheilen. Und vor Gericht wird es auch möglich sein, auf das angeblich vorhandene, an der Wrie vielbesprochene Verhältnis der von uns gekennzeichneten zu einer hiesigen großen industriellen Aktienunternehmung helles Licht zu werfen."

Der Oberbürgermeister von Bromberg, Präside, Mitglied des Reichstages, ist gestorben.

Mainz, 7. Oktober. („Verl. Tagebl.") Zwischen unserer Stadt und der Militärverwaltung ist ein Konflikt ausgebrochen, da das Militär Befreiung vom Octroi verlangt. Die Stadt hat beschloffen, den Rechtsweg zu betreten.

Dresden, 7. Oktober. (Fig. Ver.) Umfassender in Dresden. Endlich ist nun hier im Stadtverordneten-Kollegium über die sich über zwei Jahre herischlangend hinwährende Frage der Umfassung einer maßgebenden Beschluß zu hande gekommen. In all dem Wirrwarr, welcher durch die Beschlässe der verschiedensten Art angerichtet worden war, was man sich wenigstens so weit einig geworden, daß eine Doppelbesteuerung der großen Geschäfte im Interesse der Erhaltung des Mittelstandes notwendig sei. Die Frage war nur noch, ob Millial- oder Umsatzsteuer. Man entschied sich nach vierstündiger, ecktsprechlicher Debatte für letztere. Die Diskussion brachte recht sonderbare und bezeichnende Dinge zur Sprache. So gestand einer der Herren ganz offen zu, daß man von vornherein nur zwei Geschäfte in Dresden habe treffen wollen — den Görlitzer Waareneinkaufs-Verein und den Konsumverein Vorwärts. Es hat sich nun in der Praxis gezeigt, daß sich dieser liebliche Plan in so einseitiger Weise in einem so großen Gemeinwesen nicht durchführen läßt, ohne allen rechtlichen Grundfagen offen und direkt ins Gesicht zu schlagen. Nur eine warnende Stimme erhob sich, um die Konsumvereine in Schutz zu nehmen, die eines Herrn Pfarrer Gemper. Vergebens wies er darauf hin, daß mit einer besonderen Besteuerung der Konsumvereine doch gerade die Armen und Verarmten getroffen würden. Herr Hartwig, der ehemalige „Papierknecht" im Reichstag, wußte es besser. Die Arbeiter seien gar nicht so schlecht gestellt, und man dürfe ihren Wohlstand nicht auf die Spitze treiben; und wenn wären auch die Arbeiter, welche immer höheren Lohn forderten, verpflichtet, davon den kleinen Krämer etwas abzugeben, indem sie dort kauften. Und solche Leute nennen sich Vertreter im Parlament einer Großstadt. Wahrscheinlich, ein verpöhlter Gemeindeprediger, als wie das Dresden, kann es nicht geben! Das hat sich in dieser wichtigen Frage wieder einmal zur Evidenz gezeigt. Leider haben die Arbeiter hier nicht die geringste Aussicht, als Rechte in diesen Prozeß einzubringen.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich am 6. Oktober vor dem ersten Strafamt in Breslau der Schneider Josef Sollich aus Witzig zu verantworten. Derselbe sah am 13. Juni d. J. in einer Restauration in Witzig und sprach mit einem anderen Gaste am Bierisch über die damals bevorstehenden Reichstags-Wahlen. Dabei machte er eine im Grunde recht alberne Bemerkung über den Kaiser, die ihm die heutige Anklage eintrug. Die Verhandlung fand gegen die sonstige Gepflogenheit in voller Öffentlichkeit statt und endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu zwei Monaten Gefängnis.

Oesterreich.

Wien, 8. Oktober. Der Minister des Innern verfügte die Ausweisung solcher Ausländer, welche bei politischen Versammlungen antizipatorische Reden halten oder durch ihre Theilnahme an Versammlungen die nationale Erregung steigern und das öffentliche Wohl gefährden.

Will man etwa mit diesen Maßregeln die Deutschen etwa besänftigen?!

Wien, 8. Oktober. Die tschechischen Blätter melden, wurde dem Abgeordneten Cattan und dem Prager Bürgermeister seitens des Eisenbahnministers Mittel erklärt, daß ihrer Forderung, die Doppelsprachigkeit den Staatsbahnbedienten in ganz Böhmen zu dekreiren, nicht stattgegeben werden könne, weil laut Regulativ das Dienstpersonal bei den Eisenbahnen deutsch sei.

Ungarn.

Budapest, 8. Oktober. Die Kossuth-Partei veranlaßte heute in der Sitzung des Abgeordnetenhauses einen großen Skandal, weil Banffy die Möglichkeit zugab, daß die ungarische Regierung, falls der österreichische Reichsrath die Ausgleichsvorlage unverändert annimmt in eine gewisse Erhöhung der Quote einwilligen werde.

Schweiz.

Die italienischen Polizeispindel an der Arbeit. Aus Zürich wird uns geschrieben: In unserer Stadt, namentlich massenhaft in Auherschl, dem Arbeiterviertel, sind italienische Plakate angeheft worden, die so frech und provozierend geschrieben sind, daß die Spigelmache aus jedem Worte spricht. Das Spigelpalat trug die Ueberschrift: „Die wahren Verbrecher", und es heißt dann weiter: „Für diese Woche haben wir nichts machen können. Unser guter Wille ist auf unüberwindliche Hindernisse gestoßen. Die liberalen Schweizerbehörden begaben sich auf die Jagd nach Mischele, welcher die Administration des Journals („Agitateur") übernommen hatte und es war ein Glück, daß es ihnen nicht gelang, ihn zu verhaften. Außerdem wurden die Korrespondenzen und Gelder, alles wurde in den letzten Tagen sequestriert. Wir sind zufrieden mit dem neuen Diebstahl, verübt von Dieben in Glacchandschauen, welche im Bundesrath sitzen, wir sind damit zufrieden, weil diese Thaten es sind, die immer damit endigen, uns Recht zu geben. Und wenn diese Sauner glauben, uns in Verwirrung zu bringen, so täuschen sie sich. Wenn durch Unterdrückung jeder Sorte von Gewalt sie unsere Stimme glauben von jetzt an zum Schweigen bringen zu können, so werden sie es dann schon sehen. Frei im Denken und Diskutiren, werden wir nicht suchen, aus dem Felde der reinen theoretischen Diskussion zu gehen. Erwägt und unterdrückt auf jede Weise, werden wir ihrer Gewalt unsere Gewalt entgegenstellen. Sie werden dann nicht irgend einen Vorwand haben, und die Schuld zuzuschreiben. Für diese Woche können wir daher nur in der Form eines Manifestes publiziren, was bereits für das Blatt zusammengestellt war. Inzwischen werden die Genossen jede Sendung einstellen. Mit besonderem Avis werden wir die neue Lokalität bezeichnen, in welcher das Blatt publiziert wird. Unterlassen wir nicht, in der Zwischenzeit Hilfe zu sammeln. Verweigert uns nicht die Unterstützung." Es wird dann dem Bundesrath vorgeworfen, daß er auf der Post anarchoistische Gelder geschloffen und das schmutzige Polizeispindel mit dem Analekt geschloffen: „Unsere Vertheidigung: Kollektiv-Aktion und Individual-Aktion." Es wäre eine dankbare Aufgabe für den Bundesanwalt, die Spigelmacher dieses plumpen Plakats dingfest zu machen. Dasselbe bestätigt die Richtigkeit der Behauptung, daß der „Agitateur" mit den Geldern der italienischen Regierung von italienischen Polizeispindeln gemacht und verbreitet worden ist. Die zwei italienischen Zollbeamten sind wieder entlassen worden.

Frankreich.

Paris, 8. Oktober. „Soleil" und „Figaro" melden, daß der Minister des Innern eine vertrauliche Note an die Gendarmerie-Kommandanten von Frankreich gerichtet habe, worin der Artikel des Gesetzes in Erinnerung gebracht wird, wonach der Herzog von Orleans aus dem französischen Gebiet verbannt und beim Betreten französischen Gebietes sofort in Haft zu nehmen ist. Es wird auf die strenge Ausführung dieser Bestimmung besonders hingewiesen. Zum Schluß der Note fordert der Minister die Gendarmerie auf, die Wichtigkeit der Note und den vertraulichen Charakter derselben zu berücksichtigen.

Paris, 7. Oktober. (Fig. Bericht.) Die Fälscherbände des Generalstabes seht ihre Arbeit fort. Kürzlich verläuchte sie, durch einen obstruktionistischen Agenten, namens Marin, Clemenceau eine Falle zu stellen. Es ist die Wiederholung des Streiches mit Lemerciere-Picard gegenüber Reinald, der dem hereinfallenden und unbedeutend gewordenen Geheimagenten das Leben kostete. Marin

machte Clemenceau das schriftliche Anerbieten, sich für den Verfasser des Rohpostbriefes anzubieten, um so Picquart von der Fälschungsanklage zu befreien. Als Entgelt für das Fälschzeugniß verlangte Marin ein festes Geldangebot seitens des — Dreifus-Syndikats. Das ganze Mandat ist so plump, daß man auf den ersten Blick selbst der Fälscherbände so was nicht hätte zutrauen können. Aber die Justiz in der Person des Staatsanwalts Feuilleton, des Retters Esterhazy's und Du Paty de Clam's, hat dafür Sorge getragen, über den generalstablichen Ursprung des verbrecherischen Mandats keinen Zweifel zu lassen. Marin, von Clemenceau der Polizei und von dieser der Justiz überliefert, ist soeben freigelassen worden — ohne jede Untersuchung! Also der Versuch einer Camerlei und das Angebot eines Fälschzeugnisses, schwarz auf weiß erwiesen, bieten einem Staatsanwalt keine Elemente zur Anklage-Erhebung! ... Worauf anders kann diese standalöse Rechtsverweigerung zurückgeführt werden, wenn nicht auf den Umstand, daß Marin im Auftrage der Fälscherbände handelte? Die Eigenschaft Marin's als eines räufälligen Verbrechers, wessen ihn die Polizei sofort überführte, war ja gewiß nicht geeignet, ihm die besondere Gunst des Staatsanwalts zu erwerben.

Paris, 8. Oktober. „Zeit Journal" will wissen, Dreifus werde auf einem Handelschiff, nicht auf einem Kriegsschiff nach Frankreich zurückgebracht werden. Wahrscheinlich werde Dreifus in einem Reistenort abgesetzt und erst später nach dem Mont Valerien übergeführt werden.

Dänemark.

Der neue Reichstag (Riksdagen), der jetzt zusammentritt, hat gegen den bisherigen ein etwas verändertes Aussehen. Der Follething ist völlig neu gewählt und zählt jetzt 16 Konservative, 28 Moderate, 68 Radikale und 12 Sozialdemokraten, während im vorigen Follething vertreten waren: Die Konservativen mit 24, die Moderaten mit 28, die Radikalen mit 55, die Sozialdemokraten mit 9. Die Konservativen und Moderaten haben also zusammen nur noch 89 Stimmen, die Radikalen und Sozialdemokraten 76.

Auch im Landesthing hat durch die theilweise Ergänzung eine kleine Verschiebung stattgefunden. Hier haben die Sozialdemokraten wie früher 2, die Radikalen, die früher 9 Sitze hatten, haben jetzt 13.

Vergleicht man noch weiter die Zahlenverhältnisse bis 1892 zurück, dann kann kein Zweifel bestehen, daß die Rechte mehr und mehr aus ihrer einstigen herrschenden Stellung verdrängt wird. Dabei weisen sich die Moderaten immer mehr den Radikalen zu, und eine Verschmelzung mit dem rechten Flügel derselben dürfte nicht fern sein. Dann aber haben die Konservativen völlig ausgespielt.

Dem neueröffneten Folkething ist von der Regierung ein Gesetzentwurf betreffend die geheime Abstimmung bei den Folkething's- und Wahlmänner-Wahlen für den Landesthing zugegangen. Schon 1895 hatte die sozialdemokratische Partei einen Antrag in diesem Sinne eingebracht, der vom Folkething angenommen wurde, aber zu spät zum Landesthing in dieser Session kam. Im nächsten Jahr nahmen die Radikalen den Antrag wieder auf, er wurde im Folkething mit 68 gegen 11 Stimmen angenommen, aber im Landesthing leh man ihn wieder ablagern. Er wurde im Vorjahre wieder vorgenommen und auch der Landesthing gab endlich ein sehr zaghaftes Gutachten ab. Nun hat die Regierung ihn aufgenommen und zwar in einer Form, die sich in wesentlichen Punkten an den ursprünglichen Antrag der Sozialdemokratie anschließt. Es ist die Kauterung der Stimmzettel in undurchsichtigen Umschlägen in Aussicht genommen. Es dürfen nur die vom Wahlvorstand geleiteten eintrittlichen Umschläge benutzt werden. Die Stimmabgabe muß bis 5 Uhr gefattet sein, bei den Wahlmänner-Wahlen bis 3 Uhr. Auch hierbei ist schriftliche Abstimmung fortan Vorschrift. Ferner liegen folgende Gesetzentwürfe vor: Ein Gasthaus-Gesetz, eine Gewerbe-Ordnung, ein Gesetz über Ertheilung des Heimathrechts.

Der Finanzminister Hörring legte heute im Folkething das Budget für 1899/1900 vor. Dasselbe veranschlagt die Einnahmen auf 68,2 und die Ausgab auf 68 Millionen. Das Budget weist ein bedeutendes Steigen der Zolleinnahmen auf. Das Extraordinarium beträgt 10 Millionen, welche zum weiteren Ausbau der Verkehrsmittel bestimmt sind.

Italien.

Das Arbeiter-Unfallversicherungs-Gesetz, das einige Jahrzehnte hindurch zwischen Regierung und Parlament hin und her gezogen worden ist und endlich im Beginn des Sommers zur Verabschiedung gelangte, soll nun in Wirklichkeit treten. Der Minister für Handel und Gewerbe hat, wie die „Wost. Ztg." meldet, die Präfecten angewiesen, sich innerhalb zweier Monate zu überzeugen, erstens daß in den dem Versicherungszwange unterliegenden Betrieben alle vorgezeichneten Sicherungs-Vorkehrungen vorhanden, und zweitens daß die Versicherungsverträge abgeschlossen seien. Die bei Arbeiten für Rechnung des Staates, der Provinzen und Gemeinden beschäftigten Arbeiter müssen bei der staatlichen Kasse, die anderen können auch bei Privatanstalten versichert werden. Vom Versicherungszwang befreit bleiben alle Unternehmer, die staatlich anerkannte Hilfsklassen für mindestens 500 Arbeiter gegründet haben; doch müssen sie eine Gewährsumme vom fünffachen Betrage der entsprechenden Versicherungsprämien niederlegen. Auch die Mitglieder von Versicherungs-Syndikaten auf Gegenseitigkeit sind von dem Versicherungszwange ausgenommen. Solche Syndikate und Konventionen sollen gleichwie die Privatversicherungsanstalten nach dem Wunsche des Ministers möglichst gefördert werden. Zu dem Zwecke soll die Haftbarkeit der einzelnen Mitglieder für die Unfallentschädigungen auf die Fälle beschränkt werden, in denen die voreingehaltenen Summen zur Deckung der Entschädigungen nicht genügen, einige Mitglieder die nöthigen Nachzahlungen verweigern oder die niedergelegte Gewährsumme zur Deckung des Fehlbetrages nicht ausreicht.

Spanien.

Madrid, 7. Oktober. Der Ministerpräsident Sagasta erklärt die Meldung von Verhandlungen betreffend eine durch die Einnahmen aus den Minen von Almaden garantierte Anleihe für falsch.

Madrid, 8. Oktober. Das amtliche Blatt veröffentlicht das zwischen Frankreich und Spanien abgeschlossene Uebereinkommen, durch welches die Telegraphiegebühren für die Presse um 50 pCt. ermäßigt werden.

Türkei.

Konstantinopel, 8. Oktober. Das armenische Patriarchat erhielt vom Sultan den strengen Befehl, dafür Sorge zu tragen, daß sich die Armenier während der Anwesenheit des deutschen Kaisers ruhig verhalten.

Kanea, 7. Oktober. Der Gouverneur von Kreta, Ismail Bai, gab den muslimanischen Notabeln bekannt, daß der Sultan der Forderung der Mächte hinsichtlich der Zurückziehung der türkischen Truppen nachgeben werde. Die italienische Regierung wird ein weiteres Bataillon Infanterie sowie zwei Schiffe nach Kreta entsenden.

Afrika.

Die Faschodabfrage scheint zur Aufklärung der ägyptischen Frage zu führen. Die „Wostische Zeitung" meldet aus London:

Der Londoner Mitarbeiter des „Western daily mercury" erzählt, die französische Regierung habe sich erboten, Faschoda zu räumen, wenn England Unterhandlungen über die ganze ägyptische Frage anknüpfen wolle. Salisbury erwäge dieses Anerbieten ernstlich, indess nicht in dem von Frankreich gewünschten Sinne. Salisbury erwäge vielmehr, ob nicht die Zeit erschienen sei, die Stellung Großbritanniens in Ägypten zu regeln. Wenn er einwillige, mit Frankreich über die britische Besetzung Ägyptens zu verhandeln, werde es mit der Absicht geschehen, die europäischen Mächte zu bewegen, die britische Schutzherrschaft in Ägypten anzuerkennen, und zu ermitteln, ob die

französischen Vorurtheile gegen solches Verfahren nicht durch Honwichtige Zugeständnisse an der Mittelmeerküste verjöhnt werden könnten.

Amerika.

Die Regierung der Vereinigten Staaten beschloß der „N.Y. Zeitung" zufolge, daß die Räumung Kuba's am 1. Dezember beendet sein müsse.

Die Nachrichten über den Indianeranstand sollen der Londoner „Morning Post" zufolge in ihren Einzelheiten weit übertrieben sein. Es handle sich um eine einfache Meuterei, welche durch das Dekret betreffs des Alkoholgeheimverbotes hervorgerufen worden sei. Die entfallenden Truppenverstärkungen genügt vollständig, um die Meuterei zu unterdrücken. — Der „Frankfurter Zeitung" wird aus New-York gemeldet, daß der Anstand bereits unterdrückt sei.

Die Volksabstimmung gegen den Alkoholverkauf in Kanada. Nach den neuesten aus Ottawa eingetroffenen Meldungen ist das Ergebnis der am vorigen Donnerstag in ganz Kanada vorgenommenen Volksabstimmung für die Mäßigkeitsbewegung doch weniger günstig ausgefallen, als die ersten Schätzungsberichte angaben. Die Mehrheit der Temperenzlerstimmen, die vor fünf Jahren bei der gleichen Abstimmung 90 000 betragen hatte, ist auf etwa 25 000 zurückgegangen, da alle größeren Städte, mit Ausnahme von Halifax und St. Johns, sich gegen das Alkoholverbot ausgesprochen. Man nimmt daher an, daß die Regierung angefaßt der schwächeren Temperenzlermehrheit einen Gesetzentwurf, welcher jeden Handel mit alkoholartigen Getränken verbieten soll, nicht einbringen wird.

In eigener Sache.

Die ebenso schlecht fundirten, wie gehässigen Angriffe des Genossen Stadthagen gegen den „Vorwärts", die zu machen er eigens ein zweites Mal nach Stuttgart gereist zu sein scheint, dürfen von uns nicht unwiderlegt bleiben. Wir dürfen um so weniger schweigen, als unsere auf dem Parteitag anwesenden Kollegen leider gerade diejenigen sind, die mit dem totalen und Versammlungstheil nicht in so ausreichendem Maße vertraut sind, daß sie die haltlosen Vorwürfe Stadthagen's in genügender Weise hätten widerlegen können. Kommt unsere Aufklärung nun auch für den Parteitag zu spät, so sind wir sie doch den Lesern des „Vorwärts" schuldig.

Vor allem ist Stadthagen unzufrieden mit unseren Berichten über seine Versammlungsreden. Gewiß lassen Reden mit den Titeln „Lumpen und Lumpengesindel", „Der mein Arbeiter seinen Lohn nicht giebt, der ist ein Bluthund", „Ans Vaterland, ans theure, schieß dich an", von vornherein auf ungewöhnlichen Spirit schließen, und sie sind, wie wir glauben, noch immer ihrem Verthe nach gewürdigt worden. Damit schien es uns aber genug. Wenn diese Reden ihr 50. Jubiläum feiern, so können sie vielleicht aus diesem Grunde, aber kaum aus einem anderen, einen Raum im „Vorwärts" beanspruchen.

Bei dem ausgedehnten Vereins- und Versammlungswesen in Berlin müssen wir uns allerdings im wesentlichen auf die „Registrierung" beschränken.

Um zu beweisen, daß der „Vorwärts" nicht bloß am „Schlechten" Ausgang der Reichstagswahlen, sondern auch an dem Mißerfolg der Frauenagitation schuld sei, fährt Stadthagen an, daß eine angeblich von 4000 Personen besuchte Versammlung, in welcher er über die Stellung der Frau zum bürgerlichen Gesehbuch referirte, von uns durch einen Berichtstatter nicht beschildet war. Wir können uns heute dieses Falles nicht mehr genau entsinnen. Es ist aber nur zweierlei möglich. Entweder wir hatten die Versammlung übersehen, was doch gewiß entschuldigbar wäre, oder aber, wir nahmen an, daß der mit den Berichten so wie so alle Zeit unzufriedene Referent über seinen eigenen Vortrag, der in diesem Falle eine für den Laien schwierige Materie darstellte, am ehesten in der Lage sei, einen Bericht zu schreiben.

Aus ganz demselben Grunde und wesentlich in seinem Interesse geschah es, wenn er bei dem kürzlich gegen ihn stattgehabten Prozeß den Durchsicht des Berichts gebeten wurde.

Wenn nun Stadthagen diesen Vorfall veralgemeinert und sagt, daß über „sehr wichtige Versammlungen, die von tausenden besucht sind, oft im „Vorwärts" kein Wort zu finden sei, so ist das eine Behauptung, deren richtige Charakterisirung wir aus Rücksicht auf den journalistischen Anstand unterlassen müssen. Recht bezeichnend ist auch der Hinweis auf die besseren Berichte in den bürgerlichen Blättern. Es ist allbekannt, daß diese immer nur dann „ausführlich" über sozialdemokratische Versammlungen berichten, wenn es ihren Zwecken dienlich ist, daß sie nur das wiedergeben, was sich irgendwie gegen unsere Partei ausschlagen läßt. So wird gerade seinen haltlosen Angriffen gegen den „Vorwärts" in der gegnerischen Presse ein breiter Raum gewährt werden; gerade der „Krausch", nicht die sachliche Diskussion, ist dieser Presse willkommen.

Und haben nicht gerade er und die übrigen Mitglieder der Fraction sich mit recht darüber beschwert gefühlt, daß die Parlamentsberichte, obwohl sie von den anerkannt besten bürgerlichen Journalisten hergestellt wurden, doch nicht befriedigen konnten, sobald für unsere Presse ein besonderes Bureau, daß der Partei jedes Jahr einige tausend Mark mehr kostet, errichtet werden mußte?

Die Aeußerung, daß man der Berliner Preßkommission auch die „Möglichkeit geben und sie in ihrem Bestreben unterstützen" müsse, aus dem „Vorwärts" ein „agitatorisch wirftames Blatt" zu machen, erweckt den Anschein, und das sollte sie wohl auch, als ob die Preßkommission in diesem ihrem Bestreben seitens der Redaktion nicht unterstützt würde, daß zwischen beiden ein Gegenlag bestehe. Daß dem nicht so ist, wissen die Mitglieder der Preßkommission am besten; einen Gegenlag zwischen beiden Faktoren wird in dieser Hinsicht die demagogischste Berührung nicht hinlänglich erzeugen können. Stadthagen hat auch unsere Ausführungen, die wir auf seine irrtümlichen Angaben über den Inhalt des „Vorwärts" machten, zu entkräften gesucht. Wir hätten vor dem Erlaß Rosadowitz's über Koalitionsrecht u. s. w. schreiben müssen.

Wie liegen die Dinge hier? Von den 76 Artikeln, die seit dem Hamburger Parteitag über diese Themat erschienen sind, von denen Stadthagen allerdings nur ganz wenige (mehrschlächlicher Art) geschrieben hat, wurden eine große Anzahl bereits vor dem Bekanntwerden des Erlaßes (15. Januar 1899) veröffentlicht. Aber auch in späteren Jahren ist selbstverständlich regelmäßig über diese für die Arbeiter hochwichtigen Dinge in ausreichendem Maße geschrieben worden, und die Behauptung des Gegentheils bedeutet für uns den Vorwurf der ärgsten Pflichtverletzung. Und wenn jemand diesen Vorwurf gegen Parteigenossen erhebt, dann muß er wenigstens den Schatten eines Beweises beizubringen versuchen, wenn er sich nicht lassen will, daß er gehässig, demagogisch, verleumderisch gesprochen hat.

Wie kleinlich die Angriffe Stadthagen's sind, möge schließlich noch an dem einen von ihm selbst angeführten Beispiel gezeigt werden. Das von ihm gebrauchte Bild des Königs von Hannover lautet: „Huten und Profiteuren sind für Geld immer zu haben". Stadthagen macht daraus: „Damen von einer gewissen Leistungsfähigkeit". Unser Kollege entfernte die Geschmackslosigkeit Stadthagen's, die je überdies auch eine Fälschung des Titels bedeutet, wieder und setzt dafür den richtigen Wortlaut.

Wer durch solch selbstverständliches Recht des Redakteurs sich persönlich getroffen fühlt und den Geärgerten spielt, beweist dem doch eine auffallende Ueberschätzung des Werthes seiner eigenen Persönlichkeit. Dieses hohe Maß persönlicher Eitelkeit hat den Genossen Stadthagen seit längerer Zeit schon getrieben, in Berlin und der Umgegend mit allen Mitteln gegen den „Vorwärts" Stimmung zu machen. Die in internen Kreisen der Parteigenossen schon längst bekannt ist, giebt Stadthagen jedem der es hören und der es nicht hören will, zu erkennen, daß er der „Vorwärts" um vier Pfennig seines Abonnementstandes bringe wolle und daß dies Resultat im wesentlichen durch Gründung einer nach den Prinzipien des „Wählers" gehaltenen Tageszeitung

Frankreich am Kreuzwege.

Paris, 6. Oktober.

Die Vorgänge des letzten Sonntags: die offene Bundesoffensivität der Polizei mit den Knüttelbänden der wiedererstandenen Patriotenliga, wie zur Zeit des Boulangerismus, die brutale Mißhandlung derjenigen, die Hochrufe auf die Republik ausstießen, während die Orleanisten unter Hochrufen auf den König stießen, die republikanisch-sozialistischen Manifestanten thätlich angreifen durften, die Verhaftung einiger Unteroffiziere am royalistisch-patriotischen Madou — das alles, vereint mit dem schlotternd-schwankenden Verhalten der Regierung, die selbst der Polizei nicht mehr Herr zu sein scheint, hat die Nervosität der hiesigen politischen Welt noch weiter gesteigert. Man spricht mit größerer Bestimmtheit denn je von drohenden Staatsstreiks-Plänen, die einen mit Besorgnis, die anderen mit Hoffnung. Jedoch kennzeichnet die Situation mit den Worten: „Seit zehn Jahren (dem Höhepunkt des Boulangerismus) hat das Unberechenbare keinen größeren Antheil an den Ereignissen gehabt.“

Wie steht es in Wirklichkeit mit jenen Besichtigungen und Hoffnungen? Unbeschadet der wichtigen Rolle des Unberechenbaren in einer kritischen Situation, ist es geboten, die Antwort zu suchen in einer Analyse der gegebenen berechenbaren Faktoren und in einem Rückblick auf den bisherigen Verlauf der Krise.

Das ungünstigste Moment besteht darin, daß der äußere Anlaß der Krise, die Dreifus-Affaire, wie geschaffen war, den politischen Kern des Kampfes, den Konflikt zwischen der militärischen Oligarchie und den republikanischen Grundkräften der Republik zu verhalten. Der Zaubertrick des Patriotismus, ganz abgesehen von den antisemitischen Stimmungen, deckte und heiligte alles, einschließlich der empfindlichsten Rechtsbrüche und sogar der Untreue der Herrschaftsmonarchistischen Anhänger des Generalstabes.

Die sehr verbreitete Ansicht, daß die Dreifus-Affäre ein Klassenkampf sei, verwechelt den abstrakten Inhalt mit den konkreten Erscheinungen, das, was sein sollte, mit dem, was ist. Zu einem Klassenkampf gehören zwei oder mehrere Klassen. Im gegebenen Falle aber sah und sieht man noch auf der einen Seite die geschlossene Phalanx der Herrschaftsmonarchistischen Elemente mit den demagogischen Vorposten der Chauvinisten und Antisemiten, während es auf der anderen Seite bis heute eigentlich an einem geschlossenen, auf gemeinsamen Klasseninteressen beruhenden Widerstand fehlt. Der Umschwung der öffentlichen Meinung seit der Entlassung Henry's gilt nur dem jüdischen Inhalt des Dreifus-Falles, nicht aber dessen Herrschaftsmilitärischen Wurzeln. Die Bourgeoisie ist als Klasse ebenso Herrschaftsfremdlich, wie militärisch geworden. In ihrer Stellungnahme für den Generalstab betätigt sie, wie sonst immer, einen bornierten egoistischen Klasseninstinkt, ohne jede Rücksicht auf die dauernden Interessen Frankreichs als eines Kulturlandes, geschweige denn als einer Republik. Was man in den sozialistischen Kreisen Frankreichs für einen Konflikt zwischen zwei Bourgeoisfraktionen hält, ist in Wirklichkeit ein Konflikt zwischen vereinzelt bourgeois eingängigen und namentlich den Bürgerlich-demokratischen Ideologen auf der einen Seite und der Gesamtbourgeoisie nebst ihrem Kleinbürgerlichen Anhang auf der anderen Seite. Ein erfolgreicher Widerstand und damit die Umwandlung der Krise in einen Klassenkampf wäre nur vom sozialistischen Teile des Proletariats zu erwarten. Aber die bekannte Haltung des Gros der sozialistischen Partei, vereint mit der organisatorischen Verklüftung der letzteren, steht bis heute einer Klassenaktion des Proletariats im Wege.

Aus diesen Verhältnissen ergibt sich das Unsichere der Situation. Das Kabinet Brisson, welches bis zur Entlassung Henry's ein ebenso blindes Werkzeug der militärischen Oligarchie war, wie das großbürgerliche Kabinet Reille, verkörpert seitdem den Konflikt zwischen den Klasseninteressen der Bourgeoisie und den Daseinsbedingungen einer Republik, die verfassungsmäßig eine demokratische Grundlage hat. Der radikale Parteiname des Kabinetts hat desto weniger zu sagen, als er von Anfang an auf allen Gebieten die „Eintung“ mit der republikanischen Großbourgeoisie zu seinem Programm gemacht hat. So blieb denn die Regierung ihrem Kompromißcharakter treu selbst nach der Entlassung Henry's.

Cavaignac, der diktatorische Hampelmann des Generalstabes, wird zur Demission gezwungen, man ersetzt ihn aber durch den Herrschaftsantimilitarischen General Jurlinden und läßt diesen die schillernden Gewaltstreiche des Generalstabes durch das Attentat gegen Picquart übertrumpfen. Jurlinden muß schließlich gehen, aber zum Lohn für sein rebellisches Entlassungsschreiben und seinen Rechtsbruch wird er zum Militärgouverneur von Paris wiedernannt. Du Paty du Clam, der unantastbare Vetter Cavaignac's, muß schließlich selbst von Jurlinden wegen seiner „Umtriebe“ in der Echerhazy-Affäre in Ruhestand versetzt werden, aber gerichtlich bleibt er bis heute unbescholt, trotzdem jene „Umtriebe“ in juristisch vom Untersuchungsrichter Vertulus nachgewiesenen Fälschungen zu gunsten Echerhazy's bestanden. Daß Henry gefoltert wurde, ist zwar nicht die Schuld, wenigstens nicht die direkte Schuld des Jurlinden, aber dessen doppelte Schuld ist es, daß keine Leichenschaus vorgenommen und keine Untersuchung angeordnet wurde, daß die Unthat mit der bloßen Verlesung des Kommandanten des Forts Mont-Balérier beglichen wurde. Echerhazy ist nebst Du Paty de Clam noch vor der Entlassung Henry's von der Ziviljustiz gerettet worden. Das war also Sozialismus in der Ordnung. Aber dessen Flucht ins Ausland wurde ermöglicht nach der Entlassung Henry's, nach der Demission Cavaignac's, trotz der gegen ihn noch schwebenden Anklage auf Verzug (zum Nachtheil seines Vetters, Christian Echerhazy). Doch die Regierung nicht den Muth gefunden hat, ihre juristischen Werkzeuge, die Staatsanwälte Bertrand und Jusselle, sowie die Mitglieder der Anklagekommission zur Verantwortung zu ziehen, die vom Kassationshof in Sachen Du Paty ausdrücklich der Beschuldigung überführt wurden, das versteht sich am Bande. Die Revision endlich wird nach vier langen Wochen des Schwankens und Hagens eingeleitet, aber mit dem gleichzeitigen Gegengewicht des Attentates gegen Picquart. Die Revision wird eingeleitet, aber in dem Einleitungsgefuß des Justizministers an den Kassationshof steht kein Wort von den den Dreifus-Mitgliedern mitgetheilten Geheimdokumenten, um den General Recier, den Kriegsminister zur Zeit des Dreifus-Prozesses, zu retten und vielleicht auch die Entscheidung des Kassationsgerichts in Frage zu stellen.

Dauher behauptet man, was von Kabinet Brisson bezw. von den herrschenden Parteien zur organisirten Heilung der Republik zu erwarten ist. Bezeichnend ist noch in dieser Hinsicht die Haltung des „Temps“ und des „Journal des Débats“, der führenden Organe der Großbourgeoisie, die seit der Entlassung Henry's entschieden für die Revision Stellung genommen haben. Beide Blätter belächeln und „benutzen“ die gründlichen antimilitaristischen Zeitungsartikel, für welche Jurlinden und die linksstehenden Sozialisten mit Nachdruck agitieren. Selbst der liberalere Theil der Bourgeoisie will eben um keinen Preis in der Dreifus-Affaire ein bedrohliches Symptom des am Werke der Republik gebenden Übels erblicken.

So spricht denn alle der dafür, daß die an sich selten günstige Gelegenheit, mit der Herrschaftsmilitärischen Oligarchie aufzuräumen, verpaßt werden wird. Renaud ist da, um sie zu benutzen — weder eine nachschubende Person noch eine Klasse. Brisson, der weniger schillert unter den möglichen Ministerpräsidenten, ist — nach Clémenceaux's treffendem Ausdruck — ein „weinerliches Opfer“, ohne einen Funken aktiven Muthes. Und das Proletariat ist noch nicht erwacht.

Wird also die Krise halb und halb überstanden, so muß sie wieder in einen latenten Zustand übergehen, die schlechende Vergiftung des nationalen Organismus fortsetzend — bis zum Ausreifen der nächsten Giterdeule.

Stelle man sich vor am Ausgang des 18. Jahrhunderts in Frankreich den Verfall des Adels neben einer unfertigen Bourgeoisie. Das Resultat wäre Spanien. Heute sieht man in Frankreich eine verfallende Bourgeoisie neben einem unreifen Proletariat — darin ist meines Erachtens der Schlüssel zur gegenwärtigen tragischen Situation zu suchen.

Die einzige Garantie für den Fortbestand desjenigen, was man französische Republik nennt, beruht in der Trägheitskraft und der totalen Unangabe der objektiven und subjektiven Elemente für einen militärisch-monarchistischen Staatsstreik. Napoleon I. verübte seinen 18. Brumaire nach der Erschöpfung der lebendigen politischen Kräfte aller Klassen, umgeben mit dem Glorionschein eines nationalen Schlachtenroses. Napoleon III. „rettete die Gesellschaft“ nach dem proletarischen Juni-Aufstand. Aber jetzt? Erstens gibt es nicht einmal einen Napoleon den Kleinen, ja nicht einmal eine Karikatur auf Napoleon nach der Art des Generals Boulanger. Und dann im Namen welcher Sache könnte die Fahne des Staatsstreiks erhoben werden? Doch nur im Namen eines entlarvten Allingels von Fälschern, Meineligen, Justizverbrechern und Beschützern eines Landesverräthers!

Man mühte wahrlich die Gesehe der Geschichte und der Psychologie für die Ausgeburt delirirenden Wahnsinns halten, um unter solchen Umständen die Möglichkeit eines Staatsstreiks zuzugeben.

Kommunales.

Der Magistrat hat bei der Stadtverordneten-Versammlung den Antrag gestellt, diese möge sich damit einverstanden erklären, daß in den Feuerwehrgesetzen für das Verwaltungsjahr 1899/1900 drei neue Brandmeister-Stellen aufgenommen werden und sie möge behufs sofortiger Annahme und Ausbildung von drei Hilfskräften für das Offizierkorps der Feuerwehrgesetze für das laufende Jahr 3000 M. à conto des Extra-Ordinariums des Feuerwehrgesetzes unter der Bedingung, daß hierdurch eine Ueberschreitung des Gesamt-Etats nicht herbeigeführt wird, bewilligen.

Infolge der Anrumpen zum Potsdamer Straße ist ein Theil des Bürgersteiges vor dem Hause Königin Augustastr. 17, Ecke Viktoriastraße, 1 bis 150 Meter erhöht worden. Die Eigentümer sehen sich dadurch in ihrem Besitz gefährdet und werden gezwungen, mehrere bauliche Veränderungen an ihrem Hause vorzunehmen, um dasselbe an die neue Höhenlage der Straße anzuschließen. Der Magistrat will daher, daß die Stadtgemeinde die Kosten des Umbaus trägt. Derselbe hat daher bei der Stadtverordneten-Versammlung beantragt, sie möge sich damit einverstanden erklären, daß den erwähnten Eigentümern eine größere Pauschsumme zur Deckung der Kosten des von ihnen vorzunehmenden Umbaus des Hauses gezahlt werde unter der Bedingung, daß dieselben auf alle weiteren Entschädigungsansprüche verzichten, die unter dem Bürgersteige belegen sind bei einem Neubau beseitigen und das Vorgartenland sofort meentgeltlich an die Stadtgemeinde auflösen.

Der Jahrdamm der Kommandantenstraße zwischen der Bucht- und Lindenstraße soll wegen dortigen lebhaften Verkehrs verbreitert werden. Hierzu sind aber die bereits freigelegten Theile der Kommandantenstraße 12, 13 und 14 erforderlich. Der Magistrat hat daher mit den betreffenden Grundstücksbesitzern wegen Erwerbs dieser Grundstücksstücke Verhandlungen angeknüpft. Die Preisforderungen für diese Grundstücksstücke hält aber der Magistrat für zu hoch, und er hat daher, da die Verhandlungen zu keinem Resultate geführt haben, bei der Stadtverordneten-Versammlung die Genehmigung nachgesucht, dieselbe das Enteignungsverfahren einzuleiten.

Der Volontärarzt in der städtischen Krankenanstalt am Urban, Dr. Max Auerbach, ist von der Deputation für die städtischen Krankenanstalten und die öffentliche Gesundheitspflege zum Assistenzarzt der inneren Abtheilung an dieser Anstalt gewählt worden.

Lokales.

Die Lokalliste für Berlin und Umgegend ist neu herausgegeben und der heutigen Nummer unseres Blattes beigelegt worden. Bei der Wichtigkeit der Lokalliste erwacht den Parteigenossen die bringende Pflicht, die Lokalliste streng zu beachten. Hier in Berlin wie in nächster Nähe der Reichshauptstadt besteht noch der traurige Zustand, daß behördliche und ordnungsparteiliche Einflüsse die sozialdemokratische gesunnte Arbeiterschaft an der Wahrnehmung des bürgerlichen Vereins- und Versammlungsrechts hindern, das in Preußen unter den unangenehmsten Verhältnissen gesetzmäßig festgelegt ist. Den Saalabtreibern und Verwerfungen gegenüber, die in Berlin selber verheert, in den Vororten dagegen offen betrieben werden, bleibt uns kein Mittel übrig, als die Lokalsperre; und diese dort, wo nötig, durchzuführen, muß das Bestreben aller Parteigenossen sein. Arbeiter, Parteigenossen, besucht daher nur solche Lokaltäten, welche auf der Liste verzeichnet stehen. Vor allen Dingen erwacht aber den Vorständen von Arbeitervereinen die Pflicht, beim Abschluß von Festlichkeiten auf das strengste die neue Lokalliste zu beachten. Jeder Arbeiter möge sich vor Augen führen, daß auch in diesem wichtigen Kampfe nur Beharrlichkeit und Energie uns zum Ziele führen kann!

Arbeiter-Bildungsschule. Eröffnung des Wintersemesters im „Luisenpark“, Budowerstr. 9 (Ecke Dresdenerstr.), 2 Treppen, morgen, Montag, den 10. Oktober, in Rede: Uebung (Mefester und Diskussion über Thematia aus dem wirtschaftlichen, sozialen und gewerkschaftlichen Leben); Vortragender: Schriftsteller Richard Calver. Dienstag, den 11. Oktober: Kulturgeschichte (drei Jahrhunderte wirtschaftlicher, sozialer und politischer Kämpfe); Vortragender: Schriftsteller Paul Kampffmeyer. Donnerstag, den 13. Oktober: Gesezeskunde. Reichsanwalt Geismann ist verhindert, da er den Genossen Stadthagen in der juristischen Sprechstunde und beim Briefkasten des „Vorwärts“ vertreten muß; an seiner Stelle wird Rechtsanwalt Roth Zivilprozeß, Handelsrecht, insbesondere das neue Recht der Handlungsgehilfen, Strafrecht und Strafprozeß behandeln. Einen Vertreter für die Vorlesungen über Gewerberecht zu erlangen, war uns bisher trotz größter Bemühungen nicht gelungen, da die in Frage kommenden Herren sämmtlich mit Arbeiten überlastet sind! Die starke Inanspruchnahme der juristischen Sprechstunde und des Briefkastens im „Vorwärts“ ist der beste Beweis für die Nothwendigkeit der Vorlesung auf den genannten Gebieten. Freitag, den 14. Oktober: Nationalökonomie (Grundzüge der Wirtschafts- und Finanzpolitik, Gewerbe-Ordnung, Handelsspolitik, Steuerfragen); Vortragender: Schriftsteller Max Schippel. Beginn der Vorlesungen pünktlich um 9 Uhr abends bis 11 Uhr. Bibliothek 8-9 Uhr. Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf.; Unterrichtsgeld per Tag und Kursus (10 Abende) 1 M. Wir bitten, sich recht zahlreich an diesen Kursen zu betheiligen. Der Vorstand.

Ständerhaltende Demunziationen. Die Verl. Neuef. Radr. schreiben: „Ein Streich aus der Berliner Stadtverordneten-Versammlung verdient festgenagelt zu werden. Bekanntlich hat die Regierung der sozialdemokratischen Stadtverordneten Singer zum Mitgliede der städtischen Schuldeputation die Befähigung verweigert. Anscheinend wollte man dafür Herrn Singer eine Gemüthung bereiten. Bei der Wahl

eines Mitgliedes für den Kommunal-Landtag erhielt Herr Singer beim ersten Wahlgang 25 Stimmen und kam in die Stichwahl mit einem Freisinnigen. Die ganze Versammlung zählte nur 15 Sozialdemokraten, von denen zur Zeit noch mehrere in Stuttgart auf dem Parteitag weilten. Beim zweiten Wahlgang fielen auf Herrn Singer sogar 34 Stimmen, er unterlag aber natürlich gegen den Freisinnigen, der 56 auf sich vereinigte. Hier haben entweder die Freisinnigen rothfarbter Rouleur gegen ihren gewöhnlichen Parteigenossen demonstrieren wollen, oder die ganze Komödie sollte nur eine Demonstration gegen die Aufsichtsbehörde, gegen die Regierung sein. Den Moment zu diesem Vorgehen hatten die betreffenden freisinnigen Herren recht hübsch gewählt, indem gerade dieser Tage Herr Singer in Stuttgart den schönen Ausspruch that: „Wenn mich etwas stolz darauf macht, zur Mitleitung dieses Parteitag's berufen zu sein, so ist es die Ueberzeugung, daß dieses Parlament der Arbeit, wenn es nach dem Willen der herrschenden Klassen geht, ein Parlament zufünftiger Zuchthäuser ist.“ Die freisinnigen Wähler des Herrn Singer in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung scheinen demnach nicht sehr empfindlich zu sein.“

Warum sagt das reaktionäre Blatt nicht gerade herauf, daß es eine Gesetzesbestimmung wünscht, wonach nur Postalaten zu Berliner Stadtverordneten gewählt werden dürfen?

Ueber den Friedenauer Schulgarten hat Herr Rektor Hammer, auf den der erste Plan zu dieser segensreichen Einrichtung zurückzuführen ist, einen interessanten Bericht veröffentlicht. Im Ausland (Österreich, Belgien, Schweden, Frankreich, Schweiz) sind die Schulgärten seit langem und zum Theil durch Gesetz eingeführt; in Deutschland (namentlich in Bayern, Sachsen und einigen Thüringischen Staaten) haben sie erst in neuerer Zeit mehr Beachtung gefunden. Der Garten der Friedenauer Gemeinde besteht seit 1897. Anlaß zu dem Plan, einen solchen Garten zu gründen, gaben zwei Umstände: häufige Klagen über Beschädigung der Vorgärten und Schmuckplätze Friedenau's durch Schulkinder und der Mangel einer genügenden Zahl Pflanzen für den naturhistorischen Unterricht. Die Beschädigungen — die durch Wühlungen, Wärmungen und Strafen nicht verhindert werden konnten — hoffte Herr S. sich verringern zu sehen, wenn durch einen Schulgarten Liebe zur Natur in den Kindern geweckt würde. Hier sollten sie die Pflanzwelt als etwas Lebendiges betrachten lernen, sollten sie erfahren, wieviel Mühe und Arbeit erforderlich ist, um ein Wäucher zu ziehen, ein Blumenbeet zu pflegen. Für den Naturkunde-Unterricht war insofern ein Augen von dem Garten zu erwarten, als er eine genaue und wiederholte Anschauung der lebendigen, sich stets verändernden Natur, eine das Leben der Pflanze berücksichtigende Betrachtungsweise ermöglichen würde, während bei der Besprechung gesammelter Pflanzen in der Klasse in der Regel nur ein einziges Entwicklungsstadium, meist das der Blüthe, betrachtet wird. Herr S.'s Plan kam zu stande, nachdem auf einer Konferenz der Kreis-Schulinspektoren des Kreises Teltow, die sich mit der Frage der Pflanzung wüst liegender Dorf-Auen und der Förderung des Obstbaues durch die Lehrer beschäftigten sollte, auch die Schaffung eines Mutter-Schulgartens für den Kreis Teltow angeregt worden war. Ein Grundstück von 2100 Quadratmetern sowie die erforderlichen Mittel wurden von der Gemeinde Friedenau bezw. dem Kreisbauamt bewilligt. Im Friedenauer Schulgarten wurden berücksichtigt: Gemüsehau für Garten und Feld, einschließlich Anpflanzung im Frühjahr; Obstbau, hauptsächlich mit Rücksicht auf Heranziehung von Gartenhochstämmen und Zwergformen vom Sämling, Bildung u. s. w. bis zum fertigen Fruchtbaum; Rosenzucht; Gräser; Alpenpflanzen; Gießpflanzen; Sumpfpflanzen; Wasserpflanzen; jütische Pflanzen; Weinrebe; Weizenstränder; Hirssträucher; unsere Laub- und Nadelbäume; Einrichtungen für Vogelzucht; Dienengut. Etwa sechzig der fleißigsten Knaben und Mädchen der Oberklassen erhalten ferner je ein Beet zur selbständigen Bearbeitung und Pflege. Der Ernteertrag ist ihr Eigentum. Die Naturgeschichtsstunden werden jetzt selbstverständlich in sämmtlichen Klassen zum größten Theil im Garten erteilt, der etwa zehn Minuten vom Schulhause liegt. Die Beobachtung der Verwes- und Wachstumsprozesse im Pflanzenreich tritt in den Mittelpunkt des Unterrichts. Auch die Dienen werden täglich beobachtet. Die Beobachtungen werden zugleich für den deutschen Unterricht durch Wahl entsprechender Aufsatzthematia verwertet. Herr S. betont schließlich auch den ethischen Werth des Gartens, die freiwillig übernommene, aber dann pflichtgemäß zu leistende Arbeit, den zwanglosen Verkehr des Lehrers mit den Kindern. Im allgemeinen wird der Segen der Arbeit im Garten auch von den Eltern (denen gelegentliche Besuche gestattet sind) erkannt; nur selten verbieten sie die Theilnahme. „Der Sämling“, wünscht Herr S., „sei das offene Lehrbuch der Volkshilfe, er sei das erweiterte Lehrzimmer, er sei der Vermittler mit dem Elternhause.“

Für die Jerusalem-Fahrt des Kaisers ist zur Benutzung der Reiegefahrten ein offizielles Liederbüchlein beigelegt worden. Der Inhalt dieses Liederbüchleins für die Festfahrt bringt zunächst 20 Choräle, dann geistliche Lieder, Vaterlandslieder und Volkslieder. Den Beginn macht als „Reiseleid“ der Chor: „In allen meinen Thaten — Laß ich den Höchsten rathen“. In der Abtheilung „Geistliche Lieder“ eröffnet das „In Gottes Namen machen wir, Seiner Gnade begehren wir“ die Reihe. Den Beschluß macht das Lied: „Wohlauf noch getrunken den funkelnden Wein!“

Die Eingaben gegen die Anlage der Hochbahn häufen sich immer mehr an. So hat der Vorstand des „fortschrittlichen Vereins“ vor dem Halle'schen Thore in einer an die städtische Verkehrsdeputation gerichteten Resolution gegen die geplante Ueberführung der Hochbahn über den Platz am Halle'schen Thore Einspruch erhoben; der Gemeindevorstand der Luthergemeinde hat sich mit der Bitte an das kgl. Polizeipräsidium, die Stadtverordneten-Versammlung und an die städtische Verkehrsdeputation gewendet, die Ueberführung der elektrischen Hochbahn (Umwandlung des Projekts in eine Unterflasterbahn) schon jenseits der Potsdamer Bahn zur Ausführung bringen zu lassen.

Ungenügende Löhne im Postbereich. Ueber die Befähigung und Besoldung der bei der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung thätigen Vorarbeiter hat das Reichs-Postamt vor kurzem veränderte Bestimmungen erlassen. Durch dieselben werden die Ober-Postdirektionen angewiesen, innerhalb eines jeden Ober-Postdirektionsbezirks für alle Vorarbeiter (N) einen einheitlichen (Normal-)Tagegelde bis zum Höchsbetrage von drei Mark und für die auswärtige Befähigung in einer Entfernung von zwei Kilometern oder mehr vom Amtsort ein einheitliches Gehrgeld bis zum Höchsbetrage von 1.50 M. festzusetzen. In Rücksicht auf die Verschiedenheit in den Arbeits- und Lohnverhältnissen werden die Ober-Postdirektionen jedoch ermächtigt, für solche größere Orte, wo entweder die Bauarbeiten sich besonders schwierig gestalten und somit erhöhte Anforderungen an die technische Ausbildung der Vorarbeiter gestellt werden müssen, oder wo die Arbeitslöhne den für den Bezirk in betracht kommenden Durchschnittswert wesentlich übersteigen, ein Tagesgeld bis zum Höchsbetrage von vier Mark zu gewähren. Eine Erhöhung des Normal-Tagegelde bis zum Betrage von 4 M. ist ausnahmsweise auch für bestimmte Bezirke (Leitungs- und Revisionsbezirke), auf welche die angegebenen Voraussetzungen zutreffen, zulässig. Die angegebenen Höchsbeträge sind aber nur in Fällen des unbedingten Bedarfs zu bewilligen. Die Festsetzung verschiedener Tagesgelde für dieselben Personen bei einer Befähigung innerhalb und außerhalb des Amtsorts ist nicht zulässig. Auch ist eine verschiedenartige Bemessung dieser Sätze nach dem Dienstalter nach Möglichkeit

zu vermeiden, und es soll eine derartige Abstufung der Tagesgebühren in der Regel nur für solche Orte als zulässig anzusehen sein, wo jene Maßnahme sich als notwendig erweist, um die für den Fernverkehr-Vandierdienst gewonnenen tüchtigeren Arbeitskräfte diesem Dienste möglichst lange zu erhalten. Eine Abstufung des Gehalts nach dem Dienstatte soll in keinem Fall als statthaft erachtet werden.

Sind sich viele Leute, die für drei Mark täglich den immerhin verantwortungsvollen Posten eines Vorarbeiters längere Zeit versehen? Und denkt, daß die ganz vom Unternehmerstandpunkt aus dirrte Verordnung gerade nicht sehr ermutigend auf intelligente Arbeiter einwirken wird.

Die Stadtgemeinde Berlin bezieht, wie bekannt ist, aus dem Rüdersdorfer Kalkstein-Bergwerk ein Sechstel des Gewinns, während dem Staat, dem Hauptbesitzer, fünf Sechstel zukommen. Da Berlin und seine Vororte die Hauptabnehmer der Erzeugnisse des Bergwerkes sind, bildet der Gewinnanteil der Stadt einen zuverlässigen Vertheilungspunkt für die Bauhätigkeit hier und in den Vororten. Da seit 1895 die Höhe des Gewinnanteils beständig im Steigen begriffen ist — 1897/98 betrug er 57 204 M. — so kann behauptet werden, daß dies auch bei der Bauhätigkeit zutrifft. Allerdings ist die Höhe von 1890/91, wo ein Gewinnanteil von 129 072 M. erzielt wurde, damit noch lange nicht erreicht worden.

Zu stürmischen Austritten kam es am Freitag Abend in der im Schwimmbad-Gesellschaftshaus, Schwimmbadstraße, eubensischen anherberordentlichen Generalversammlung des Rabatt-Sparvereins „Norden“. Bekanntlich waren der prozessierende alte und neue Vorstand — der letztere aus Mitgliedern der sogenannten Siebener-Kommission zusammengesetzt — vor der 16. Divisionskammer des Königl. Landgerichts I. als nicht zu Recht bestehend betrachtet und vom Richter angewiesen worden, bis zum 12. Oktober einen neuen Vorstand in einer außerordentlichen Generalversammlung zu wählen. Diese Versammlung fand gestern Abend statt und der Anbruch der Mitglieder war so groß, daß bereits um 1/8 Uhr der Saal polizeilich gesperrt werden mußte. Schon bei der Bureauwahl kam es zu tumultuariösen Szenen. Der Vorsitzende der Siebener-Kommission, Schlosser Scheffler, erklärte, daß er die Versammlung leiten werde. Protzende Mitglieder verhinderten Herrn Scheffler an der Ausführung seines Entschlusses und es wurde nun aus der Mitte der Versammlung heraus ein „Unparteiischer“, ein Herr Förber, als Vorsitzender des Bureau gewählt. Die Anhänger der Siebener-Kommission postierten sich nun vor der Rednerbühne und versuchten durch fortwährende Geschäftsordnungsanträge die Versammlung zu verzögern und durch wüthendes Gerede den Gang der Generalversammlung unmöglich zu machen. Unterdessen hielt Herr Scheffler, der zuerst das Wort erhalten hatte, stundenlange Reden. Die Majorität begleitete die Ausführungen des genannten Herrn mit fortwährendem stürmischen Widerspruch, der seinen Höhepunkt erreichte, als der Redner die anwesenden Rednervertreter als „gekauft“ bezeichnete. Schließlich gelang es dem Vorsitzenden gegen Witternacht, die Vorstandswahl zu ermöglichen und mit 2/3 Majorität wurde der alte Vorstand, bestehend aus den Herren Eisfeld, Schaller, Samulewicz, Henke, Gabriel, Jömer wiedergewählt. Damit ist nunmehr die vielwöchentliche Anarchie in dem aus 22 000 Mitgliedern bestehenden Rabatt-Sparverein „Norden“ definitiv beseitigt und die von dem alten Vorstand geplante Auszahlung der Spargelder an die Mitglieder kann ohne weiteres durchgeführt werden.

Das Kuratorium der Berliner Unfallsstationen läßt zur Zeit auf verschiedenen Plätzen Berlins und der Umgegend Kanabellaber errichten, deren Transparenzlaternen auf die nächstgelegene Unfallsstation bezw. Sanitätswache hinweisen.

Die Parteigenossen, hauptsächlich die Stodarbeiter, werden auf den heute stattfindenden Ausflug, verbunden mit Langtränken in Grana bei Lindenhagen, Friedrichstr. 1-2, aufmerksam gemacht. Der Ueberschuß kommt dem langjährigen Kassier, der bereits 40 Wochen krank darniederliegt, zu gute.

Das Stoßen der Achsen der Stadtbahnhöfe, welches sich sowohl für die Anwohner der Straßen an der Stadtbahn sowie auch insbesondere für die Passagiere in unangenehmer oft uneträglicher Weise bemerkbar macht, soll nunmehr beseitigt werden. Größten den Bahnhöfen Alexanderplatz und Friedrichstraße ist veranschaulicht eine Strecke von 500 Metern mit neuen Gleisen versehen worden. Die Schienenwege ruhen wie bisher auf Holzschwellen, die jedoch näher aneinander gereiht in Entfernungen von 25 bis 35 Zentimetern liegen. Die Gleise sind nicht direkt auf dem Holze befestigt, sondern liegen auf Eisenplatten, welche letztere gleichzeitig mit den Schienen mittels Muttergeschrauben befestigt sind. Die Schienenstücke selbst sind an ihren Enden gespalten und rechtwinklig ausgefräsen. Diefelben sind infolge dessen nicht an einander gereiht, sondern in einander gefügt. Diese Einrichtung hat zur Folge, daß die Eisenbahnräder nicht mehr von dem einen Gleisstück nach dem anderen gewissermaßen hinüberpringen, sondern während sie noch auf dem ersten Stücke rollen, bereits das zweite Stück an der Verbindungsstelle gefaßt haben. Hierdurch ist das Geräusch bei der Fahrt wesentlich gemindert und zwar so erheblich, daß man es beim Passieren der Straßen neben der Stadtbahn nur schwach hören soll, während die Passagiere angeblich auch nicht den leisesten Stoß und Ruck bemerken werden.

In der Wardsache aus der Rioustrasse soll dem Publikum in den nächsten Tagen Gelegenheit geboten werden, den am 1. März zurückschickenen Paletot des Mörders, sowie das beim Einbruch benutzte Stemmisen in Augenschein zu nehmen. Ausgehend von der ja sehr berechtigten Annahme, daß viele sich scheuen, mit der Polizei in Verbindung zu treten, bezw. die Beweisstücke auf dem Präsidium in Augenschein zu nehmen, sollen dieselben auf Veranlassung des die Untersuchung leitenden Kriminalinspektors sich öffentlich ausgestellt werden und zwar im Durchgange des Richters des Polizeipräsidiums. Die von der Alexanderstraße nach der Stadtbahn durch den Lichtof führende Passage wird vom Publikum fleißig als Durchgang benutzt. Hier sollen nun möglichst frei die Beweisstücke aufgehängt bezw. ausgelegt werden, und die Polizei hofft, daß manche seine Scheu vor ihr unterdrücken und die Gegenstände in Augenschein nehmen wird.

Von der Juss der Ärzte. Zur Frage der Anstellung eines weiblichen Polizei-Arzt in Berlin hat der Geschäftsausschuß der ärztlichen Standesvereine beschlossen, beim Minister des Innern gegen die beabsichtigte Anstellung Protest zu erheben. Ferner ist der Vorstand der Ärztekammer Berlin-Brandenburg ersucht worden, diesen Gegenstand auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu stellen.

Schule der Maler Berlin. Der Unterricht für das Wintersemester 1898/99 beginnt am Sonntag, den 16. Oktober, er, Vormittag 9 Uhr, in der Aula der 193./195. Gemeindefschule, Rantewellstr. 7. Unterricht wird erteilt im Zeichnen, Anlegen und Malen von einfachsten bis zu reichsten Ornamenten, der Kunst entsprechend. Malen von Früchten, Blumen, Stillleben und Figuren. Uebungen in der praktischen Holz- und Marmorarbeit. Der Unterricht findet Montag, Mittwoch und Donnerstag, abends von 7 bis 9 Uhr und Sonntag, vormittags von 8—12 Uhr, statt. Für den viereinhalbmonatlichen Kursus beträgt das Schulgeld für Vereinsmitglieder 10 M., für Mitglieder, welche noch nicht drei Monate dem Verein angehören, 15 M., Nichtmitglieder zahlen 20 M. Anmeldungen werden bis zum 14. Oktober in sämtlichen Zahlstellen der Filialen entgegen genommen, vom 16. Oktober ab nur in der Hauptschule bei der Kommission.

Die 7. städtische Fortbildungsschule für Mädchen und Frauen, Raunstr. 63, nahe der Adalberstraße, beginnt ihre Unterrichtskurse für das Wintersemester am Mittwoch, den 12. Oktober 1898. Die Unterrichtsgegenstände sind: Deutsch (Rechtschreibung, Briefstil, Aufsätze, Lektüre), Schreiben, praktisches Rechnen, einfache und doppelte Buchführung, gewerbliches Zeichnen, Gesang, Turnen, alle Arten von weiblichen Handarbeiten, wie Hand- und Maschinennähen, Stricken, Stopfen, Ausbessern, Weiß-, Bunt- und Plattstickerei, Plätten, Schneidern, Knämen und Maschinesticker. Außerdem wird

französisch und Englisch für den praktischen Gebrauch gelehrt. Auch Stenographie nach Stolze wird gelehrt und Uebung im Gebrauch bewährter Schreibmaschinen erworben. Das Schulgeld beträgt monatlich 50 Pf., für Schneidern und Plätten 1 M., für französisch und Englisch halbjährlich je 3 M. Anmeldungen neuer Schülerinnen werden entgegengenommen des Nachmittags von 6 Uhr ab im Amtszimmer der 42. Gemeindefschule bei dem Leiter der Anstalt, Rektor Jander, Raunstr. 63. Das Kuratorium. J. Sudow, Schmidstraße 44.

Die 7. städtische Fortbildungsschule für Jünglinge und Erwachsene, Gräsestr. 55/58, nahe der Kottbuser Brücke, eröffnet am Mittwoch, den 12. Oktober ihr Wintersemester. Die Anstalt bietet unentgeltlichen Unterricht in Deutsch, Rechnen, Geometrie, Physik und Chemie, im Zirkel-, Projektions-, Ornament- und Körperzeichnen, in der einfachen und doppelten Buchführung. Außerdem wird gelehrt: Französisch und Englisch, Fachzeichnen für Graveure, Lithographen u. s. w., wofür halbjährlich 4 M., Stenographie und Maschinenschreiben, wofür 2 M., Modellieren, wofür 1 M. zu zahlen ist. Der Unterricht, der in aufsteigenden Kurven erteilt wird, findet von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends, Sonntags von 8—9 1/2 Uhr vormittags statt. Anmeldungen nimmt noch täglich von 12—1 Uhr und 7—9 Uhr, Sonntag 8—9 1/2 Uhr der Leiter der Schule, Rektor Jaly, im Schulhaus, Hof rechts parterre, entgegen.

In der 9. städtischen Fortbildungsschule für Jünglinge und Männer, Fruchstr. 88, beginnt das Wintersemester am 12. Oktober. Der Unterricht erstreckt sich auf Körperzeichnen, Sitzzeichnen, Naturstudien und Blumenmalen, figürliches Zeichnen, Zirkel- und Projektionszeichnen, darstellende Geometrie, Fachzeichnen, Modellieren, Aktmodellieren, Deutsch, Randschrift, Handelskorrespondenz, Geographie, Rechnen, lautmännliches Rechnen, Physik, Geometrie, Trigonometrie, Algebra, Chemie, einfache und doppelte Buchführung, Französisch, Englisch, Stenographie, Maschinenschreiben, Gesang. Für Kaufleute werden nach Bedürfnis gesonderte Kurse eingerichtet. Anmeldungen werden von dem Dirigenten der Anstalt, Herrn Pagel nachmittags von 11 bis 2 und abends von 7 bis 9 entgegen genommen im Schulhaus 2 Treppen, Seiteneingang links.

Eine aufregende Szene spielte sich Sonnabend Nachmittag um 2 Uhr in einem Laden in der Wödenstraße ab. Ein junger Mann betrat den Laden, in dem sich augenblicklich weder der Geschäftsinhaber noch die Verkäuferin befand. Diese war zum Mittagessen gegangen, jener sah in seinem Zimmer neben dem Laden. Der junge Mann sah sich um und legte sich gleich auf einen Stuhl, der neben der Kellertreppe stand. Als der Geschäftsinhaber in den Laden kam und fragte, was er wolle, rief der junge Mann ihm entgegen: „Bursi!“, sprang auf, ergriff ein Messer und schnitt sich von links nach rechts den Hals durch. Auf die Hilferufe des Geschäftsinhabers kam gleich ein Schutzmann mit einem Arzt. Dieser konnte jedoch nicht mehr helfen; der Lebensmüde starb nach einigen Minuten. Die Leiche wurde auf dem Hausflur niedergelegt, bis man sie um 3 1/2 Uhr nach dem Schauhaus abholte. Es wurde aus Papieren festgestellt, daß es sich um einen 19-jährigen Lithographen handelte, der vor kurzem aus Nordhausen hierher gekommen ist. Aus Briefen an die Eltern und von diesen an ihn geht hervor, daß er hier keine Beschäftigung gefunden hat. Die Eltern schrieben ihm zwar, er möge sich das nicht so sehr zu Herzen nehmen, sie schickten ihm vorläufig 12 M. und würden ihm gern noch mehr schicken. Der Sohn erwiderte aber, daß er sich das Leben nehmen werde. Er scheint erst die Absicht gehabt zu haben, sich zu erhängen, denn er hatte einen neuen Strick in der Tasche.

Ein Opfer des Alkohols ist der 40 Jahre alte Dachbedeckmeister Friedrich Karl St. aus der Straße Al-Noobit geworden. St., der ein gut gehendes Geschäft hatte, war ein sogen. Quartals-trinker. Dieser Tage hatte er wieder seinen Anfall. Vorgehen nachmittags schickte er seine Frau mit einer Postkarte zum Briefkasten und dann unter dem Vorbehalt, daß diese sie dringend zu sprechen wünsche, zu einer Verwandten. Die Frau um 6 Uhr abends zurückkehrte, fand sie ihren Mann als Leiche wieder, er hatte sich in der Küche erhängt.

Die Frau des Schankwirts Sarrach aus der Gontardstraße befindet sich auf dem Wege der Besserung, ihr Zustand ist aber immerhin noch bedenklich, da Rückschläge nicht ausgeschlossen sind.

Großfeuer kam in der Nacht zum Sonnabend in Roabit zum Ausbruch. In der vierten Morgenstunde ging bei der Feuerweh die Meldung: „Mittelfeuer in Roabit“ ein. Sofort rüdten elf Löschzüge mit sieben Handbrud-, vier Dampfprigen und zwei großen mechanischen Leitern dorthin aus. In der Heidestr. 2-20 standen die hölzernen Werkstätten der Hamburger Eisenbahn in großer Ausdehnung in Flammen. Der Brandherd lag in der Maschinenwerkstätte, und das Feuer hatte sich von dort einem Stallgebäude mitgeteilt. Die einstöckigen Gebäude bildeten ein Flammenmeer; das Feuer schlug überall hoch zum Himmel empor und war weithin sichtbar. Unter Benutzung der beiden mechanischen Leitern und eines Stiegleitanges ließ der Branddirektor Giersberg mit zehn Schlauchleitungen angreifen. Der Angriff war wegen der Einsturzgefahr der Gebäude sehr ershwert, wurde aber so kraftvoll durchgeführt, daß um 6 Uhr die Gefahr für die übrigen in der Nähe liegenden Fabrikbetriebe beseitigt war. Die Maschinenwerkstätte und das Stallgebäude sind ausgebrannt, eine Menge Eisenbahnmateriale, Wagen, Lokomotiven, Werkzeuge und Maschinen vernichtet. Die in dem Stallgebäude untergebrachten Pferde konnten gerettet werden. Ueber die Entstehung des Feuers, das schon längere Zeit vor der Alarmierung der Feuerwehr ausgebrochen sein muß, konnte genaueres nicht mehr ermittelt werden. Die Feuerwehr hatte gestern noch den ganzen Tag an der Brandstelle mit Aufräumen zu thun. Gleichzeitig mußte die Feuerwehr in der Wassertröstrasse 65 einen größeren Brand löschen. Dort stand eine Tischlerei in Flammen. Nach einstündiger Löscharbeit war die Gefahr hier für die übrigen Fabrikbetriebe beseitigt. Die Tischlerei selbst ist ausgebrannt.

Unter dem Verdachte, das Feuer, welches Freitag Nachmittag in der Gabelbergerstr. 15 zu Roabit ausgebrochen war, vorzüglich angelegt zu haben, sind am Abend noch drei Personen verhaftet worden, und zwar der betreffende Geschäftsinhaber, Kaufmann Franz A. Schulze, dessen Ehefrau und deren ältere Verwandte. Die drei Personen, welche tagüber, also auch während des Brandes, nicht im Hause waren, lehrten abends gegen 9 Uhr in einer Droschke beim, wurden aber sofort von Kriminalbeamten festgenommen und in dem Wagen, in welchem sie gekommen waren, nach der Revierpolizei überführt.

Die vorläufige Entlassung des Freiherrn v. Hammerstein aus dem Zuchthaus ist unterblieben. Am 30. September hatte Hammerstein genau drei Viertel seiner Strafe von 3 Jahren verbüßt, am diesem Tage konnte er also, entsprechend den Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuches, unter Vorbehalt der Wiedereinziehung entlassen werden. Ein dahingehender Antrag hatte der Oberstaatsanwaltschaft vorgelegen. Warum er abgelehnt wurde, ist natürlich nicht bekannt.

Im Wahninn erschossen hat sich die 58 Jahre alte Frau des Diensthans Bloch aus der Rittersstraße 115. Die Frau lebte mit ihrem Manne seit langen Jahren in kinderloser Ehe. Schon im vergangenen Jahre litt sie einmal an Gröhenwahninn, bildete sich ein, dem hohen Adel anzugehören und leidet sich sehr auffallend. Im Juni vorigen Jahres erregte sie einen großen Ansturm, als sie sich bei der Gassanfall in der Gieshinerstraße daran machte, sich die Kleider vom Leibe zu reißen. Ein Schutzmann brachte sie damals in das Krankenhaus am Urban. Von hier aus wurde sie der Irrenanstalt Herberge zugeführt, die sie erst im Mai d. J. wieder verließ. Nachdem sie noch zwei Monate in Privatpflege gewesen war, nahm Bloch seine Frau wieder zu sich. Ihr Leiden schien sich ganz verloren zu haben. Donnerstag aber stellte sich eine große Niedergeschlagenheit ein. Als Bloch Freitag Abend um 9 1/2 Uhr vom Dienst nach Hause kam, fand er die Wohnung verriegelt. Die Pförtnerin Frau Köhler die Thür ein und man sah nun die alte Frau blutüberströmt, nur mit dem Unterzeug bekleidet, auf ihrem Bette

liegen. Sie hatte sich aus einem Revolver eine Kugel in den Mund geschossen.

Den Wirkungen des Giftes erliegen ist der junge Arbeiter Max Krämer aus der Kasanen-Allee, der aus Verzweiflung über sein Lungenseiden eine Mischung von Söllenstein und Schwefel-Lauge trank.

Eine Prinzessin wegen Hochtapelei verhaftet. Die russische Prinzessin Teubelhof, die in Paris und anderen Großstädten bedeutende Hochtapeleien verübt hat und seit Monaten von der Kriminalpolizei gesucht wird, ist gestern früh in hiesigen Zentralhotel verhaftet worden. Schon seit einigen Wochen war man ihr in Berlin auf der Spur, konnte sie aber nicht erreichen, obgleich in sämtlichen Pensionaten, Hotels und öffentlichen Lokalen nach ihr geforscht wurde.

Durch einen Revolverhieb versuchte sich Freitag Abend der 24 Jahre alte Stadtreisende Hermann Hildebrandt aus der Schulzen-dorferstraße zu tödnen. Der Verwundete wurde in ein Krankenhaus gebracht. Die Veranlassung zu dem Selbstmordversuche scheint in mihligen wirtschaftlichen Verhältnissen zu liegen.

Alter schüht vor Thorheit nicht. Der 70 Jahre alte Schuhmachermeister Friedrich D. aus der Weustelstraße heirathete im letzten Frühjahr zum dritten Male. Seine Frau zählte 50 Jahre. Die Ehe war sehr unglücklich. Am Mittwoch gab es wieder einmal einen heftigen Aufruhr, der dahin führte, daß die Frau das Haus verließ und nicht wieder zurückkehrte. In der Einsamkeit nun wurde der alte Mann tiefsinnig. Vorgehen Morgen schrieb er einem Sohne, daß er sich das Leben nehmen werde. Als der Sohn sich mittags bei ihm einfand, hatte er seine Absicht schon ausgeführt. Er hing als Leiche an einem in die Wand geschlagenen Haken.

Die Flucht des Raubmörders Erpel ist, wie nunmehr feststeht, mit einem Raffinement durchgeführt, wie sie nur gewiegten Verbrechern eigen ist. Der Entsprungene war in letzter Zeit in der Irrenstation mit 18 Jeren untergebracht. Sobald diese von dem Morgenstadiergang nach der Zelle zurückgeführt wurden, hatten sich sämtliche ihrer Kleider zu entledigen, die vor der Zelle liegen blieben. Nur die Kranken erhielten eine Nachschade. Die Fenster sind vergittert und stehen die Gitterstäbe in einer Entfernung von 16 Zentimeter von einander. Vor dem Gitter auf der Innenseite befindet sich ein Fenster, das durch einen Krüder ohne Griff geschlossen wird. Dieser Krüder ist nur zu öffnen durch einen dreikantigen Schlüssel. Einen solchen Krüder zum Fenster fertigte sich Erpel, der mit sämtlichen Jeren zum Dienenleben verwandt wurde, aus sogenannter Muster-Strichpappe, umwickelte den so hergestellten Dreikant mit Zwirn und erhielt so das benötigte Instrument zu seinem Zweck. Als er am Tage vor der Flucht von seinem Spaziergang zurückkehrte, bezieht er heimlich seine Hofe, die er mit den Weinsägen unter dem Hemde um seinen Leib band. Von einem Kranken stahl er sich außerdem eine Zade. Früh morgens gegen fünf Uhr öffnete er ein Fenster, stredte den Kopf zwischen die Gitterstäbe hindurch und sprang auf den mit einer ziemlich hohen Mauer umgebenen ersten Hof hinab. An der Mauer befand sich ein Gasarm, der unten mit einem sogenannten Schnörkel als Stütze versehen ist. Diesen Schnörkel konnte Erpel in der Sprünge erfassen. Er schlang sich nach Turnerart hinauf und erreichte so den Giebel der Mauer, von wo er nach dem zweiten Hofe, auf dem eben gebaut wird, auf einen Klebschuppen hinabsprang. Wie bereits berichtet, fand er hier eine Leiter, die ihn über die zweite Mauer ins Freie führte. Am seiner wieder habhaft zu werden, hat die Polizei bereits sämtliche Flußläufe in weiter Umgegend abgesehen, aber bis jetzt ohne Erfolg.

In der Dr. Neumann'schen Kinder-Poliklinik, Blumenstraße 78, wird am morgigen Montag, abends 8—9 Uhr, in einem volkstümlichen Vortrag über die Pflege des Kindes gesprochen. Zutritt nur für Frauen.

Das Repertoire der „Urania“ (Laubenstraße) für die nächste Woche ist folgendermaßen aufgestellt: Im Theater: täglich „Die Urzeit des Menschen“ (letzte Schüler-Vorstellung: Dienstag, den 11., nachmittags 3 Uhr); im Hörsaal: Montag: Herr P. Frehe „Die Diamanten und Goldindustrie Süd-Arlicas“; Dienstag: Herr G. Witt „Schein und Wahrheit“ (erster Vortrag des Jylus „Astronomie“); Donnerstag: Herr Professor Dr. Müller „Geheimnisse der Moospflanzgen“; Freitag: Herr Dr. G. Raß „Keehlen und andere moderne Lichtspender“; Sonnabend: Herr Dr. P. Epies „Das Grundgesetz elektrischer Ströme“. — Da die Sonne gegenwärtig eine sehr starke Riederentwicklung zeigt, wird die Sternwarte (Invalidenstraße) auch bei Tage (11—1 Uhr) dem Publikum geöffnet sein.

Auf der Treptow-Sternwarte werden Montag, den 10. Okt., vormittags 11 1/2 Uhr, vor einem geladenen Kreise zum ersten Mal in Berlin die überraschenden und naturgetreuen Resultate des epochenmachenden Joeschens Verfahrens, Gegenstände in ihren natürlichen Farben durch Photographie wiedergegeben, von Direktor J. S. Archenhold demonstret.

Feuerbericht. Sonnabend 10 Uhr brannten Kochstraße 48 Kleidungsstücke. Kurz vorher war W. H. Mannstr. 34 ein Kellerbrand zu besichtigen. Nachmittags 4 Uhr ging Kochstraße 46 ein Posten Holzwohle in Flammen auf. Kaiser Wilhelmstr. 30 war Theater übergelocht, wodurch eine Alarmierung erfolgte. Infolge eines zerfallenen Ballons von Schwefelsäure wurde die Wehr noch nach Landsbergerstr. 21 gerufen, doch konnte hier eine größere Gefahr bald beseitigt werden.

Aus den Nachbarorten.

In Schöneberg spricht Reichstags-Abgeordneter Jubeil am Donnerstag im Althaus, Hauptstr. 5, über den Stuttgarter Parteitag. Ferner sind Vertrauensmann und Lokalkommission neu zu wählen. Die Parteigenossen wollen zahlreich und pünktlich in dieser wichtigen Versammlung erscheinen. Der Vertrauensmann.

Nieder-Schönhausen. Der nächste Les-Abend des hiesigen Arbeiter-Vereins findet am Dienstag Abend 1/2 Uhr in Sesselers Lokal statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Um vollständiges Erscheinen der Mitglieder wird gebeten. Gäste sehr willkommen. Der Vorstand.

An die Parteigenossen von Weiskensee ergeht die Aufforderung, sich der Partei-Organisation anzuschließen. Ueber die Bedeutung der Organisation für Ausbreitung unserer Ideen ist sich jeder Genosse klar, und daher sollte niemand, der sich Sozialdemokrat nennt, die Erfüllung seiner Pflicht veräumen. Mitglieder werden in folgenden Zahlstellen aufgenommen: Mahlopf, Feinersdorfer Weg, Charlottenburgerstraße - Ede; Rürschner, Köllstr. 198; Pfeiffenmüller, Königs-Chaussee 38; Spedmann, Königs-Chaussee 55; Sorrer, Stadtrahstr. 56. Der Vorstand.

Die Frage der Eingemeindung von Friedenau in Schöneberg, welche seit der Stadtverordung des letzteren Ortes die beiden eng zusammenhängenden Nachbargemeinden beschäftigt, ist nunmehr so weit gediehen, daß sie binnen kurzem bereits in der Friedenauer Gemeindevertretung zur Beratung kommen wird. Dreizehn Gemeindevertreter von Friedenau (die ganze Körperschaft zählt deren 20) haben dem dortigen Gemeindevorstand den Antrag unterbreitet, die Frage der Eingemeindung von Friedenau in Schöneberg zwecks Besprechung in der Gemeindevertretung demnachst auf die Tagesordnung zu stellen, was nun voraussichtlich für die nächste Sitzung der Körperschaft geschehen wird.

Theater.

Wochen-Spielplan der hiesigen Bühnen. Opernhaus. Sonntag: „Tannhäuser“, Anfang 7 Uhr. Montag: „Don Juan“, Dienstag: „Hänsel und Gretel“, „Die Puppenfee“, Mittwoch: „Der Ring des Nibelungen“, 1. Abend: „Das Rheingold“, Erda; Frau Schumann-Heint, Altheide; Herr Friz Friedrichs, als Wähe, Auf 7. Uhr. Donnerstag: 2. Abend: „Die Walküre“, Brunnhilde; Frau Ellen Guldranson als Wot, Auf 7 Uhr. Freitag: Unter Leitung des Komponisten: J. S. R. „Der Gezeichnete“, Sonnabend: „Der Ring der Nibelungen“, 3. Abend: „Siegfried“, Siegfried; Herr Grünig, Brunnhilde; Frau Ellen Guldranson, Erda

Freu Schumann-Deint, Albrecht: Herr Fritz Friedrich, als Gatte. Anfang 7 Uhr. Sonntag: „Heldin“. Montag: Der Ring der Nibelungen. 4. Abend: „Götterdämmerung“. Dienstag: Herr Grünig, Brautjungfer. Frau Ellen Gumbert, Albrecht: Herr Fritz Friedrich, als Gatte. Anfang 7 Uhr. Dienstag: 2. Symphonie-Abend der Hl. Kapelle. — Schauspielsaal. Sonntag: „Auf der Sonnenseite“. Heinrich Wulst: Herr Emil Thomas als Volk. Montag: „Auf der Sonnenseite“. Herr E. Thomas. Dienstag: „Auf der Sonnenseite“. Herr E. Thomas. Mittwoch: Zur Erinnerung an die erste Aufführung in Weimar vor 100 Jahren: Hum 100. Male: „Wollenheims Pagen“. Die Piccolomini. Donnerstag: „Wollenheims Pagen“. Freitag: „Auf der Sonnenseite“. Herr Emil Thomas. Sonnabend: „Die Verlobung des Piesio zu Genoa“. Sonntag: „Auf der Sonnenseite“. Herr Emil Thomas. Montag: „Emilia Galotti“. — Neues königliches Opern-Theater: Sonntag, 9. Oktober: 1812. Sonntag, 10. Oktob.: „Paganini“. — Das Deutsche Theater bringt Sonntag Abend die erste Aufführung des neuen Schauspiel „Das Vermächtnis“ von Arthur Schnitzler, welches außerdem, nach fünf Vorstellungen, am Dienstag, Donnerstag und Freitag, am 17. d. M., angeht; am Montag sowie am Mittwoch, Sonnabend und nächstfolgenden Sonntag, Abend wird „Curio von Bergerac“ gegeben; am Freitag geht Sauermanns „Johannes“ zum 100. Mal in Szene. — Der Spielplan des Vesting-Theaters wird in dieser Woche durch die Aufführung „Im weichen Hölz“ und „Groschmann“ ausgefüllt und zwar finden die Aufführungen vom „Weichen Hölz“ am heutigen Sonntag, Dienstag, Donnerstag und Freitag statt, diejenigen des „Groschmann“ am heutigen Sonntag Nachmittag um 3 Uhr zu vollständigen Preisen, Montag, Mittwoch und Sonnabend. — Im Berliner Theater beherrscht „Boza“ auch in der nächsten Woche den Spielplan. Das Schauspiel wird alle Tage, mit Ausnahme des Freitags (9. Monumental-Vorstellung) gegeben. An diesem Tage gelangt „Maria Stuart“ mit Teresia Werner, Marie Kraendörfer, Otto Sommerhoff in den Hauptrollen zur Darstellung. — Im Schiller-Theater wird Sonntag Nachmittag Grillparzer's dramatisches Märchen „Der Traum ein Leben“ gegeben. Abends wird zum ersten Male Philipp Langmann's Drama „Bartel Tuxler“ wiederholt. Weitere Wiederholungen finden Montag, Dienstag und Sonnabend statt. Mittwoch ist zur Erinnerung an den Tag der ersten Aufführung von „Wollenheims Pagen“ in Weimar vor hundert Jahren eine Festvorstellung, eingeleitet mit dem Prolog, anschließend „Wollenheims Pagen“ und „Die Piccolomini“. Donnerstag wird das Schauspiel „Mauerblümchen“, Freitag „Wollenheims Pagen“, Sonnabend „Wollenheims Pagen“ wiederholt. Am Montag, zum ersten Male in Szene. — Im Opern-Theater des Westens gelangt „Wollenheims Pagen“ Donnerstag Abend zu halben Preisen zur Aufführung. — „Der Oberförster“, die einzige Operette des Landes-Theaters, geht mit Herrn Karl Schulz in der Titelrolle im Central-Theater am Sonntag Nachmittag in Szene. Den nächsten Tag führt die Thalia-Theater wieder „Unter kühnem Berlin“ auch für die nächsten Wochen auf dem Spielplan. — „Grabbe's Napoleon“ bleibt auch die nächsten Wochen hindurch auf dem Spielplan des Vesting-Theaters, mit Ausnahme von Freitag; an diesem Tage wird „Dorf und Stadt“ erstmals gegeben. — Im Koncertsaal, Leipzigerstraße, ist heute die letzte Sonntagsvorstellung des Musikvereins „Der liebe Onkel“. — Thalia-Theater. Am Sonntag Nachmittag 3 Uhr findet die zweite Vorstellung der „Braut von Messina“ statt mit folgender Besetzung: Madama: Frau v. W. W. Beatrice: Marg. Walden. Celar: Hermann Wagner. Manuel: Otto Verbitsch. Coletan: Jul. Ull. Manfred: Conrad Waldbauer. Bohemann: Fr. Kautsch. Berengar: Arthur Gutermann. — Im Vesting-Theater wird Sonntag Nachmittag „Wollenheims Pagen“ gegeben; abends und an den folgenden Tagen „Johannes Streich“ und „Der dritte Kopf“. — Im Paradies-Theater wird die „Lugubere“ demnächst zum 25. Male gegeben. — Im Abend-Carl-Weiß-Theater gelangt heute die lustige Gesangsposse „Robert und Vertram“ zur Aufführung.

Gerichts-Beitrag.

Eine böse Niederlage hat der Amtsvorsteher Zimmermann in Steglitz in seinem Kampfe gegen Arbeitervereine erlitten. Herr Zimmermann ist ein Beamter, der alle möglichen Arbeitervereine für politisch erklärt und die Teilnahme von Frauen von den Zusammenkünften und Festen der betreffenden Vereine unmöglich zu machen sucht. Der Gesangsverein „Jaget nicht“ in Steglitz wollte am 3. Oktober 1898 unter Zulassung von Frauen ein geselliges Beisammensein abhalten, um die Geburtstage zweier Mitglieder und des Abschied eines zum Militär einberufenen Mitgliedes zu feiern. Auf die Anmeldung der Feier versagte der Amtsvorsteher die für Versammlungen vorgeschriebene Genehmigung und verbot das Beisammensein mit der Begründung, daß der Verein „Jaget nicht“ ein politischer Verein sei

und daß deshalb an seinen Versammlungen und Sitzungen Frauen nicht teilnehmen dürften. Wehlich erging es dem Verein mit seinem Stiftungsfest, und der Gesangsverein „Jaget nicht“, der gleich „Jaget nicht“ Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes für Berlin und Umgebung ist, durfte aus demselben Grunde sein Stiftungsfest nicht mit Frauen abhalten. Die Beschwerden der Vorstehenden Neumann und Braun beim Landrath des Kreises Teltow und beim Regierungspräsidenten in Potsdam blieben selbstverständlich erfolglos. Beide Instanzen bezogen sich in ihren Bescheiden auf das Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts vom 3. Januar 1898, wodurch der Arbeiter-Sängerbund für verpflichtet erklärt wurde, als Verein, der auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken bezweckt, der Polizeibehörde das Mitgliederverzeichnis und die Statuten einzureichen. Der Regierungspräsident behauptete, durch das Urteil sei der Sängerbund als politischer Verein gekennzeichnet worden; es finde demnach auf ihn wie auf jeden seiner Zweigvereine der § 8 des Vereinsgesetzes Anwendung. In den Sitzungen und Versammlungen politischer Vereine, an denen Frauen nicht teilnehmen dürfen, gehörten aber auch geistliche Zusammenkünfte und Stiftungsfeste. Das Vorgehen des Polizeiverweisers von Steglitz sei daher berechtigt. Gegen die Bescheide des Regierungspräsidenten erhob Rechtsanwalt Herzfeld die Klage beim Ober-Verwaltungsgericht, indem er unter anderem hervorhob, daß das Ober-Verwaltungsgericht am 3. Januar 1898 keineswegs festgestellt habe, daß der Arbeiter-Sängerbund ein politischer Verein sei. Damals habe es sich nur darum gehandelt, ob er auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken bezwecke, eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten sei aber noch lange kein Befassen mit Politik im Sinne des § 8. Der erste Senat des Gerichts unter dem Vorsitz des Präsidenten Perissus erklärte alle drei Klagen für begründet, hob die betreffenden Verfügungen des Amtsvorsteher auf und führte aus: Eine politische Thätigkeit der Gesangsvereine „Jaget nicht“ und „Jaget nicht“ sei nicht dargelegt. Ihre Mitgliedschaft beim Arbeiter-Sängerbund könne sie zu politischen Vereinen schon deshalb nicht stempeln, weil thätig nicht feststehe, daß der Sängerbund politische Gegenstände zu erörtern bezwecke. In dem vom Regierungspräsidenten angezogenen Urteil des Gerichts sei lediglich eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten durch Thatfachen für dargelegt erachtet worden. (Feier sozialdemokratischer Gedenktage, Absingen sozialdemokratischer Lieder.) Diese Thatfachen reichten indessen nicht aus und seien auch nicht vertwertet worden, darzutun, daß der Sängerbund politische Gegenstände erörtern wolle. Auch seien der Landrath des Kreises Teltow und der Polizeipräsident von Berlin in ihrem Verhalten dem Bunde gegenüber davon ausgegangen, daß der Bund nicht unter den § 8 des Vereinsgesetzes falle. Aus diesen Erwägungen seien die Verfügungen des Amtsvorsteher schon unbegründet. Was nun das Verbot des geselligen Beisammenseins von „Jaget nicht“ angeht, so wäre das auch dann unbegründet, wenn der Verein ein politischer Verein wäre. Es habe sich da um die Feier eines Geburtstages und um die Abschiedsfeier eines zum Militär einberufenen Mitgliedes gehandelt. Eine solche Feier könne sehr gut ohne Frauen gedacht werden, es sei darum nicht ohne weiteres anzunehmen, daß die Feier nur mit Frauen stattfinden sollte, wenn auch die Teilnahme von Frauen angelänglich war. Der Amtsvorsteher hätte deshalb, vorausgesetzt, daß der Verein politisch wäre, nur die Teilnahme von Frauen verbieten dürfen, nicht aber gleich das ganze gesellige Beisammensein. Er hätte abzuwarten müssen, ob wirklich Frauen Theilnahmen, und wäre dies der Fall gewesen, dann hätte die Klage erst nach vergeblicher Aufforderung, die Frauen zu entfernen, erfolgen dürfen.

In der Grünenthal'schen Strafsache ist noch in letzter Stunde eine erhebliche Erweiterung der Anlage eingetreten. Während bisher die Fällungen Grünenthal's auf 250-300 000 R. geschätzt wurden, ist jetzt nach einer durch die Reichsbank erfolgten Zusammenstellung konstatirt worden, daß bis jetzt bereits 404 000 R. von gefährlichen Vorboten angehalten worden sind. Demgemäß ist auch die Anlage auf diesen Betrag erweitert worden. Als Grünenthal durch Zustellung der Nachtragsanfrage von dieser weiteren Entscheidung erfährt, soll er konstatirt gewesen sein und erklärt haben, daß er, nachdem nunmehr alles entdeckt sei, er auch keine Veranlassung habe, irgend jemand zu schonen; er werde nunmehr alles aufdecken. Es stehen also vielleicht noch weitere Enthüllungen zu erwarten, und man darf auf den weiteren Verlauf der Angelegenheit gespannt sein. — In den Verhandlungen der einzelnen Angeklagten ist neuerdings noch Rechtsanwalt Dr. Lubzinsky hinzutreten.

Die Kieler Strafkammer hat als Berufungsinstanz ein schöffengerichtliches Urteil von 20 R. wegen Hebertretung des preussischen Vereinsgesetzes bestätigt, welches Erkenntnis dadurch interessant wird, weil durch die Darstellung lebender Bilder bei einem Maskenballe ein Verein als politischer angesehen wurde. Es handelt sich um den Verein Arbeiterbund Braag, von dessen Versammlungen der dieselben überwachende Polizeibeamte behauptete, daß politische Angelegenheiten nicht besprochen wurden. Eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten sei jedoch durch Darstellung lebender Bilder bewirkt. Die lebenden Bilder bestanden u. a. in der Darstellung zweier englischer Maschinenbauer, die sich die Hand gereicht hatten, während ein Transparent mit rothem Licht besagte: „Hoch der Schiffsbauern“. Sodann hatte an einem Gesteck ein sower Hering gebaumelt und ein darunter stehender Mann hatte vergebens danach geschmuppelt. Das sollte nach Ansicht des überwachenden Beamten eine Anspielung auf schlechten Verdienst und Kost des Arbeiters sein. Ein anderes Bild hatte den Freiherrn v. Stumm und Bismarck dargestellt, die auf einem Schiffe eine Sense und ein Weil schiffen. Und in diesen Bildern wurde nach Ansicht des Gerichts nun eine Besprechung politischer Angelegenheiten gefunden. Der Verein sei deshalb verpflichtet gewesen, die Mitgliederlisten und sein Statut der Polizei einzureichen. Da dieses auf Aufforderung der Polizei nicht geschah, wurde dann auf 20 R. Geldstrafe erkannt und nun hat die Kieler Strafkammer dieses Urteil bestätigt.

Die Berliner Arbeitervereine. Die Gewerbeordnung enthält eine Reihe gesetzlicher Bestimmungen, welche die Arbeitervereine sowohl wie die jugendlichen Arbeiter gegen die Ausbeutung durch den Unternehmer schützen sollen. Diese Bestimmungen beziehen sich auf die Dauer der Arbeitszeit; die Arbeitszeit am Sonnabend; die Beschäftigung von Minderjährigen; Kündigung und Gründe für Entlassungen; Ausschaltung von Heugrütern; Strafgehalt und andere Lohnabzüge; hygienische und sanitäre Schutzmaßnahmen; ungesunde Arbeitsräume; Anstöße, Wochenscheidungen und getrennte Aborte; Unzufriedenheit der Arbeiter; Beschwerderecht. Um den Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern die Möglichkeit zu geben, sich über die einschlägigen gesetzlichen Vorschriften eingehend informieren zu können, haben die unten genannten Personen sich bereit erklärt, auf diesem Gebiete unentgeltlich Rath zu erteilen, sowie etwaige Beschwerden über Mißstände in Fabriken und Werkstätten, namentlich aber, wo solche fälschlich und moralischen Charakters bestehen, entgegen zu nehmen. Den Beschwerdeführenden ist strengste Diskretion gebietet. Man wende sich in allen vorstehenden Fällen an eine der nachfolgenden Adressen: Hr. Schneider, Berlin N.O., Hähnelstr. 29, I.; Hr. Kahlack, Berlin N.O., Große Frankfurterstr. 75, Quergeb. III.; Hr. Baader, Berlin N.O., Straußbergerstr. 28, v. IV.; Hr. Jaake, Berlin O., Algensteinerstr. 15; Hr. Tiede, Berlin S., Urbanstr. 36, III.; Hr. Lüg, Berlin S.W., Pustelamerstr. 7; Hr. Baugische, Berlin N.W., Rastowerstr. 67, Hof II.; Hr. Meise, Berlin N., Wendenstr. 3, IV. Sprengel, Freitag, abends 7-9 Uhr. Ferner an Rudolf Willig, Berlin S., Kienstr. 16 (Gewerkschaftsbureau). Täglich, außer Sonntags, vormittags 9-1 und nachmittags 6-8 Uhr.

Eingelaufene Druckchriften.

Die Sozialistischen Monatshefte (Redaktion und Verlag Berlin C. Sternstr. 11) haben heute das 9. Heft des IV. Jahrgangs erscheinen lassen. Dasselbe hat folgenden Inhalt: Hilber: Die Arbeiterfrage. — Dr. Conrad Schmidt: Grundriss und soziale Frage. — Simon Rappaport: Die Reichstagswahlen. — Wally Jeyser: Mißstände in der Arbeiterklasse. — George Sorel: Betrachtungen über die materialistische Geschichtsauffassung. — C. A. Erdmann: Der philosophische Ideengehalt im Ring der Nibelungen. — Rundschau: Öffentliches Leben: Die Wahlen in Belgien. Der Preis des elegant ausgestatteten Heftes beträgt 60 Pf.; pro Quartal 1.50 R.

Witterungsüberblick vom 8. Oktober 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometrischer Stand mm	Windrichtung	Wolkenlage	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometrischer Stand mm	Windrichtung	Wolkenlage	Wetter	Temp. in C. u. F.
Swinowende	704	SW	—	wollig	8	Spannrand	705	SW	—	bedeckt	3
Hamburg	704	SW	—	wollig	8	Wittenberg	704	SW	—	bedeckt	3
Berlin	704	0	—	bedeckt	8	Worm	707	SW	—	bedeckt	16
Wiesbaden	701	W	—	bedeckt	11	Merzen	705	SW	—	bedeckt	13
München	701	SW	—	bedeckt	9	Paris	—	—	—	—	—
Wien	702	W	—	bedeckt	9	—	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Sonntag, den 9. Oktober 1898. Heißes, leichtes Wetter, theils neblig bei schwachen nordöstlichen Winden; keine wesentlichen Niederschläge.

Typographia.

Zur Beerdigung unseres Mitgliedes **Oskar Liebert** versammeln sich die Sänger am Dienstag, d. 11. Okt., 4 1/2 Uhr nachm., auf dem Emmaus-Kirchhof in Britz. Um zahlreiches Erscheinen bitten.

Der Vorstand.

Neu-Weissensee. Todes-Anzeige.

Allen Genossen und Freunden theile ich hierdurch mit, daß meine liebe Frau am Montag, 4. d. M., nachm., in der Charité verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. Oktober, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neu-Weissensee Friedhofes aus statt. 14458

Albert Schulz, Hofmeister, Leichenstraße 6 II.

Todes-Anzeige.

Allen Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege der Aufschläger **Neitzel** am 6. d. M. verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, Hermannstraße, Rixdorf, aus statt. 14458

Der Vorstand des Vereins der Bauauschläger Berlins und Umgegend.

Meinen Patienten und Gönnern zur Nachricht, daß ich meine Praxis wieder aufnehme. Sprechst. 3-5.

Dr. Robinski, Aufhäuserstr. 119. Spezialist für innere, insbesondere schwere und langwierige Krankheiten.

Achtung! Kein Laden.

Zur eigene Fabrikation, 25 Cigarren 1 Mark. Garantie zeit amerikanische Tabake. Wippenstr. 2 Pfd. 60 Pf.

H. F. Dinslage, (61019) Rottbischstraße 4. Hof parterre.

Steppdecken, Läufer, Portièren, Teppiche

Cattun 2, Wolle 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Verein Berliner Buchdrucker und Schriftgiesser. Wiedereröffnung der Bibliothek

am Mittwoch, den 12. Oktober 1898, abends 8 Uhr. Diejenigen Kollegen, welche dieselbe benutzen wollen, haben sich durch Quittungsbuch zu legitimiren. Ohne Vorzeigung des Quittungsbuches werden keine Bücher verabfolgt. 14548

Die Bibliotheks-Kommission.

„Berolina Fest-Säle“

Schönhauser Allee 28. [62450]

Jeden Sonntag: Grosser Ball.

Große und kleine Säle an Sonnabenden per Oktober und November noch frei, sowie Vorkonzert und 2 Kegelbahnen.

Rixdorf. Apollo-Theater.

Hermannstr. 48-50. Inhaber Ph. Thomas.

Jeden Sonntag von 5 Uhr ab: Spezialitäten - Vorstellung und Tanz.

Säle für Vereine und Versammlungen haben zur gefälligen Benutzung zur Verfügung. D. D.

Papageien

aus erster Hand, gut sprechend und gelesene Junge aller Art, an Haus und Wasser gewöhnt, von 6-100 Mark unter Garantie. Nach Austausch. Hundert edle Kanarienvögel. 14426

Grundmann, Kommandantenstr. 52.

Kanarienvögel.

20 junge, ungeschaltete verkauflich. Thiele, Barndstraße 32 Hof II. [14226]

Beiten, Köhler Stand, Hof 20. Rixdorf. 118 v. II rechts. 14558

Ausschneiden! Gosmann's Bogel- u. Aquarienhandlung.

Größte Auswahl in- und ausländischer Fische u. Vögel, Schildkröten, Staudentiere, Kugelfische, Kraken, etc. u. lebendige Fischkutter, Universalfutter für Fischzucht, präparirt, lichte für Fischzucht, rechte Beleuchtung. Reichenborferstraße 64 C, Laden (Bogel-Webbing).

Zentr.-Kranken- u. Begräbnis-Kasse für Frauen und Mädchen

(E. D.) Sitz Offenbach welche sich über ganz Deutschland erstreckt und § 7 des Krankenversicherungsgesetzes entspricht, können Frauen und Mädchen vom 14. bis 45. Jahre, gleichviel ob sie erwerbsfähig sind oder nicht, in folgenden vier Berliner Verwaltungsbereichen Beitreten:

Verwaltungsstelle I. Herr E. Dödel, Draußenstr. 180, IV. Herr P. Neumann, Wülferstr. 33, I.

Verwaltungsstelle II. Frau B. Ullrich, Pustelamerstr. 7.

Verwaltungsstelle III. Herr P. Dödel, Bergr. 79, Straße 21, I. Frau W. Grünwald, Pustelamerstr. 7.

Verwaltungsstelle IV. Frau W. Bierfort, Friedenstr. 78, IV. Herr J. Wulfer, Bergr. 32. [6076]

Waler! Privat-Schule für Dekorationsmalerei, Blumenmalen, Modern (Englisch) etc.

10 Stunden wöchentl. Monat 10 R. Oskar Hättel, Del.-Waler, Bussellstr. 65.

Anmeldungen: Sonntag 9-12, Mittwoch 7-9, Freitag 7-9, Samstag 10-12, Sonntag 10-12 (Sede Breitenstraße). Beginn: Anfang Oktober. [60668]

Best. Regul., Nachsch. vert. Rulle, Elfenbeinstr. 9. 14058

Achtung, Maurer!

Mittwoch, den 12. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Tonhalle“, Friedrichstraße 112: **Gr. Mitglieder-Versammlung** des Zentral-Verbandes deutscher Maurer (Zahlstelle Berlins und Umgegend). Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Situationsbericht. 203/19

Die Lohnkommission.

Die Nohtabak-Handlung von August Heyne, Kaiserstr. 38.

empfehle alle Sorten Nohtabak in größter Auswahl an-groß u. on-détail zu billigen Preisen.

Neues Nohtabak-Lager.

Beste amerik. u. indische. Präzise Preise. En gros - on detail.

A. Fischer, Auguststr. 30, nahe Rosenthalerstr.

Rohtabak en gros [62882] en detail

M. Herholz 188 Brunnenstrasse 188

Roh-Tabak billige Preise [61149]

Max Jacoby Streilitzerstrasse Nr. 52.

Große Betten 12 Mt.

Neu, Unterbett, 2 Kissen, mit neuen gereinigten Federn, bessere 15 u. 18 R., 1 1/2, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Zähne v. Mt. 2 an Teilzahl

Frau Olga Jacobson 65/5* Invalidenstr. 145.

Empfehle allen Freunden und Bekannten mein 14569

Beij- u. Bairisch-Bierlokal. Groß-Vereinszimmer zu vergeben. Paul Niesler, Reichenbergerstr. 24.

Den Genossen und Kollegen bringe hiermit ergeben meine Durchsicht in Erinnerung. Jed. Sonntag Gänse, Wildpret, Kuchensoll.

Chorinerstraße. Hr. Behrens, alte Reichenbergerstr.

Vereinszimmer zu vergeben 14218 Reichenbergerstr. 10.

Vereinszimmer u. v. Kamenstr. 32.

Piano vert. billig Oppermann, Rixdorferstr. 10. 14088

Fahrräder.

Stets großes Lager erklafft. Fabrikate auf 61658*

Theilzahlung

ohne Vererbhöhung zu den sonstigen Zahlungsbedingungen. Herron- u. Damen-Bäder v. 150 M. an.

Adomeit & Landau, Lothringerstraße 48 I,

nicht am Rosenthaler Thor.

Blaue Körper-Anzüge und Mechaniker-Kittel

bequem gefertigt. C. Fleck & Co., Spezialfabrik, Kopnickstr. III. Hof pars.

Wird baldent. Selbständiger leicht gebild. evhänd. Hl. schnellend 75 bis 80 R? Bedarf bei Summe fort Lebensfrage, daher lebenslang. Dant. barkeit. Monatl. Rückzahl. Offerten „Dankbarkeit“ Postamt 110. Für sichern Empfang der Off. ist geforgt.

Bettfedern-Spezialgeschäft C. M. Schmidt, 60261.

Berlin, Androsstr. 59, vom 1. Et. Größte Auswahl gereiniger Gänsefedern und Daunen. Vd. 1, 2 bis 6 R. Fertige Betten 9, 15 u. 18 R. Bettfedern Vd. 35, 50 u. 70 Pf.

Steppdecken Reine Wolle

am billigsten 61902*

M. 3, 75, 4, 50, 5, 50, 6, 75 bis zu den elegantesten

R. & S. Moses, 4. Reinickendorferstr. 4,

an der Markthalle.

Piano

verkauft umständehalber billig Bartholomä, Hönigsbergstr. 23 III

Schlafstelle

sucht jung, solid. Mann, allein, Wegend Preussischer Thor. Off. m. Preis untr. „R. M.“ Postamt 43. 14068

Möbilität Schlafstelle für Herrn Brandt, Waldemarstr. 58, Hof III.

Uns. Mädchen kann mit einwohnen Smitenminderstr. 83 v. III z. 14418

Schlafst. f. S. Dresdenstr. 125 Quergeb. II bei Siebart. 14528

Höhl. Schlafst. f. S. D. Wwe. Reher, Waldemarstr. 21 v. 4. Et. z. 14406

Möbl. Schlafst. sep. Eing. z. verm. Palladenstr. 11 v. part. I. 14528

M. ein möbl. Zimmer f. ein anw. Mädchen gesucht. Offerten an Gensler, Dresdenstr. 64. 14478

Jacques Raphaëli. Fabrik und Kaufhaus

Inh. Th. Büsing.

BERLIN C.,

An der Spandauer Brücke 2.

Schutzmarke



Herren- und Knaben-Garderobe

Marke Derfflinger

eingetragen unter dieser Schutzmarke Zeichenrolle Nr. 23 887 des Kaiserlichen Patentamtes.

Diese Garderobe ist der Inbegriff aller Vollkommenheit sowohl in Raffform als auch Ausführung und Material.

- „Derfflinger“ Alle bei mir gekaufte Garderobe wird unentgeltlich ausgebügelt.
- Herren-Jacket-Anzüge, einreihig, mittel- und hellfarbig gemustert, **Mk. 11.**
 - Herren-Jacket-Anzüge, einreihig, mittel- und dunkel, Reile- u. Strapazier-Anzug ein- und zweireihig in jeder Farbe, dauerhaftes Gewebe, **Mk. 12 und 15.**
 - Herren-Jacket-Anzüge, elegant Promenaden-Anzüge, **Mk. 18-22,50.**
 - Herren-Jacket-Anzüge, **Mk. 23-36.**
 - Paletots, in hell- und mittelfarbigen Satin, engl. Façon, **von Mk. 12 an.**

- Paletots, in hellen Farben, engl. Façon, **Mk. 18,-, 21,-, 24,-, 29,-, 33,-**
- Beinkleider, hell, mittel und dunkelfarbig, **Mk. 3,-, 6,-, 9,- bis 13,-**
- Burschen-Anzüge, in besten Quantitäten von **Mk. 8,75**, jede Größe um 0,50 Mk. steigend.
- Knaben-Anzüge von **Mk. 2,- bis Mk. 9,-**
- Schlafröcke in größter Auswahl von **Mk. 9,50 bis Mk. 24,-**
- Pelerinen-Mäntel mit Plaidfutter und weiter **Mk. 15,- bis Mk. 36,-**
- Hohenzollern-Mäntel mit bestem Damastfutter, vollere Pelerine von **Mk. 26,- bis 46,-**
- Vodenzoppen mit und ohne Gürtel von **Mk. 6,50 bis 16,-**
- Knaben- u. Burschen-Vodenzoppen besserer Qualität **Mk. 4,25 bis 10.**
- Arbeitsachen von dauerhaftem Material, in gediegener Arbeit, sind in großer Auswahl am Lager.

Waschbestellung!

Beste Auswahl in Stoffen, für beste und schnellste Arbeit wie nobelsten Sie wird garantiert.

Schuhwaaren: Garantie für alle meine Schuhwaaren durch gedruckte Garantiescheine!

Umtausch gerne gestattet.

Für Herren:

- Russl. Zugstiefel, gest. od. gest. **Mk. 5,-**
- Spiegel-Rossled. Zugstiefel, gewollt ohne Naht, Hand genäht, **Mk. 7,90**
- Goodyear-Welt-Zugstiefel, la. Kalbleder gewollt ohne Naht, **Mk. 12,50**

Für Damen:

- Kalblack Tanzschuhe, fein Wachs- oder Ledertuch mit Polz, abgab **Mk. 3,-**
- Rossleder Knopf- oder Schnürstiefel la. **Mk. 7,75 und 5,75**
- Goodyear-Welt la. Satin-Knopfstiefel **Mk. 11,50**

Für Knaben und Mädchen:

- Russl. Knopf- und Schnürstiefel, bis 22 cm **4,25**, bis 18 cm **3,25**
- Russ. Kalbleder-Knopf- oder Schnürstiefel, **5,25-6,-**
- la. Russl. Schnürstiefel, einreihig, 22 bis 25 cm innere Länge **5,75**

Ältestes und größtes Versandhaus Berlins. Billigste Bezugsquelle in Cigarren für Händler und Private.

Cigarren. Cigaretten.

Verkaufs- und Versandbedingungen: Nicht Junges auf meine Kosten zurück und erhält Käufer nach Rücksendung der Waare sofort den Betrag nebst allen Auslagen zurück, auch können abdom 4 Probe-Cigarren von jeder Marke unentgeltlich gerucht werden. Wer sich auf diese Zeitung bezieht, erhält bei 500 Stück 3%, 1000 Stück 5%, 2000 Stück 8%. Marken bis einschließlich 2,25 sind von Frachtaufschlag und Abattdienung ausgeschlossen. Unter 100 Stück von jeder Marke werden nicht versandt.

Für Händler auf Wunsch auch andere Anordnungen. - Der freundliche Beser wolle gef. angeben, ob leicht, mittel oder kräftig.

- Cigarren à la Manilla, rein aus Tabak, 100 Stk. **Mk. 1,50**
- Marke Diploma, ca. 10 1/2 cm lang, ca. 5 cm Umfang, eleg. Hochfaçon, 100 Stk. für nur **Mk. 2,-**
- Marke Neu-Guinea, ca. 10 1/2 cm lang, ca. 5 cm Umfang, Regalia-Façon, 100 Stk. **Mk. 2,50**
- Marke Manilla I, ca. 10 1/2 cm lang, ca. 5 cm Umfang, an der Brandfläche, 100 Stk. **Mk. 2,90**
- Marke Favorit, ca. 11 1/2 cm lang, ca. 5 1/2 cm Umfang, hoch-eleg. Torpedofaçon, 100 Stk. für nur **Mk. 3,-**
- Marke Ceara, ca. 11 cm lang, ca. 5 cm Umfang, 4x25 Stk. verpackt, jetzt nur **Mk. 3,40**

- Marke Flor de Cuba, „Reu“, rein überreich, ca. 10 cm lang, ca. 4 1/2 cm Umfang, in Risten zu 50 Stk., 100 Stk. und 250 Stk. verpackt, für 100 Stk. **Mk. 4,-**
- Marke Partie, theils Sumatra, theils Brasil-Decken, theils Paragaya, Cuba, theils feinste Sumatra l. d. Einlage, ca. 11 1/2 cm lang, ca. 5 cm Umfang, weg. enormen Vorraths jetzt nur **Mk. 4,15**
- Marke Rita, eigenes Fabrikat, feinste Mischung, elegante Torpedofaçon, ca. 10 1/2 cm lang, 5 1/2 cm Umfang, so lange der Vorrath reicht, 100 Stk. für nur **Mk. 5,-**
- Marke Conde, Havana-Decke, Regalia-Façon, Bremer Cigarre, circa 10 1/2 cm lang, ca. 5 cm Umfang, trotz der hohen Havana-Preise, per 100 Stk. nur **Mk. 5,50**

- Marke Import, Handarbeit (Reife Presse), ca. 11 1/2 cm lang, ca. 5 1/2 cm Umfang, zum Vergleich mit einer Import-Cigarre, 100 Stk. **Mk. 6,-**
- Marke Mexico Havana, eigenes Fabrikat, Mexico-Havana-Decke, graue Farben, ca. 11 1/2 cm lang, ca. 5 1/2 cm Umfang, so lange der Vorrath reicht, 100 Stk. nur **Mk. 7,25**
- Marke Nuova, Danziger Fabrikat, höchste Qualität, Vorhändler-Decke, Havana-Einlage mit Brust, ca. 12 cm lang, 6 cm Umfang, Hochfaçon, 100 Stk. **Mk. 7,50**
- Marke Calderon, eigenes Fabrikat, nur Handarbeit, eleg. Façon, beste Mischung, 100 Stk. **Mk. 9,-**
- Marke el Viso, eigenes Fabrikat, Handarbeit, Havana **Mk. 12,50**

Cigaretten in den Preisen **Mk. 0,45-3,-**, echte Importen, Simeonides, Alexandrien von **Mk. 1,50-12,-** pro 100 Stk.

In vorstehendem Inserat kann ich selbstverständlich nur einen ganz kleinen Bruchtheil meines Lagers offeriren; bitte mein ausführliches Preisbuch zu verlangen, welches gratis und franko zugesandt wird.

Meine Offerte gilt bis zur nächsten Anzeige.

Allen Genossen, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich **S., Kottbuser Damm Nr. 8**, eine Cigarren-, Cigaretten- u. Tabak-Niederlage übernommen habe. Spezialität: Prima 5 und 6 Pfennig-Cigarren. Galte mich bestens empfahlen.

F. Gutschmidt.

Brauerei zur Hopfenblüthe
Wiesenstraße 43 Berlin N. Wiesenstraße 43
empfehlen ihr aus bestem Malz und Hopfen hergestelltes
Berliner Weibier u. Breslauer Weizenbier
in Fässern von 5 Htr. 0,55 Mk. frei ins Haus.
Täglich Jungbier-Verkauf von morgens bis
abends à Liter 10 Pf. nur in der Brauerei.
Rudolf Frömchen, Brauereibesitzer.

Märkischer Hof, Admiralstrasse 18c.
Jeden Sonntag im prachtvollen
Spiegel-Saal: **Gr. Ball**, Anfang 4 Uhr, Ende 2 Uhr. Gr. Ballmusik.
Die beiden Säle sind zu allen Festlichkeiten u. Versammlungen zu vergeben.
Den geehrten Familien stehen die Restaurationsräume auch Sonntags
zur Verfügung.

Größtes Lager Deutschlands
von
Spiel-Waaren
(14 Schaufenster. Verkaufsräume: 50 Fenster Front
meines Hauses.)
Spezialitäten: Steinbankasten, Zinn-
soldaten, Puppen, Gesellschaftsspiele.
Bernhard Keilich
Grosse Hamburgerstrasse 22-23.
Eckhaus der Oranienburgerstrasse. Beim Monbijouplatz u. Hacke'schen
Markt. Bahnhof Börse. 6240L*

Specialärztl. Institut
Dr. B. Lasker
42 Alexanderstr. 42
(am Alexanderplatz).
Spec. operationsloses Heil-Ver-
fahren ohne Berufshilfe
für **Beinleiden**.
Erprobte Methoden bei Gicht,
Lupus und anderen
Hautleiden.
Tägl. 9-12, 5-6. Freitag und
Sonntag 9-12.

Homöopathische Kuren
bei Krankheiten des höchsten
Nerven- u. Sexualsystems,
besonders in veralteten Fällen.
Die gründliche Heilung beruht da, wo
die gewöhnlichen Heilmittel un-
wirksam oder schädlich sind, er-
weisen. - Häufiges in der Praxis,
bei auf Verlangen unentgeltlich.
Homöopathische Anstalt
WIEN, Giselstr. 6.

Wer - Stoff - hat
fertige Anzug 1. Rang 20 Mk.,
feinste Buthaien, Garantie guter Sitz;
fertige Anzug 2. Rang 18 Mk.,
haltbare Futterfächer, gut gearbeitet,
zwei Knöpfe; fertige Anzug
3. Rang 15 Mk., engl. Jackett,
Dose 3,50, haltbare Taschen; fertige
Paletot 18 Mk., edelfarbiger Sammet-
tragen, woll. Futter, engl. Façon;
verkaufte Sportbillig Fabrikate,
reichend zum Anzug, Gegenstands-
kauf 15 Mk., reine Wolle, neueste
Wasser, Hosen 6 Mk.
Schneiderei Engel,
Wänsstraße 26, parterre.
**Winter-Hosen, Anzüge,
Paletots,
Hohenzollern-Mäntel,
Joppen mit Mustajchen,**
warme Futter, für Komptoir, Arbeit,
Straß- und Haus. Vorjährige, nach
Maß bestellte, nicht abgeholte, ver-
kaufe Hälfte Kostenpreis.
Schneiderei Engel,
Wänsstraße 26, parterre.

Falla Hautunreinigkeiten
Ihr Antlitz behaften, benützen
Sie z. tägl. Waschungen Grolsch's
Foenum graecum Seife
(System Knapp).
Der wunderbar schöne Erfolg
würde Sie über jede Erwartung
zufrieden stellen. Preis 50 Pf.
Käuflich bei Apothekern und
Droguisten oder per Post
mindestens 6 Stück (12 Stk. k.
versende spesenfrei) aus der
Engel-Droguerie von
Joh. Grolsch in Brauns in Mähren.
Berlin: Dr. E. Kuhlmann,
Friedrichstrasse 134 (auch en
gros). - Lützow-Apotheke,
Lützowplatz. F. Berger, König-
strasse 29. H. Sauer, Kaiser
Wilhelmstrasse 47. Max
Schwarzlose, Hofstr., König-
strasse 59. Admiral-Apotheke,
Admiralstr. 31/32. Schwaben-
Apotheke, Spandauerstr. 77.
König Salomo-Apotheke,
Charlottenstr. 54. Wrangel-
Apotheke, Wrangelstr. 108.
Blumen-Apotheke, Blumen-
strasse 73. Strauss-Apotheke,
Stralauerstrasse 47. Adler-
Apotheke, Neue Königstr. 50.
P. W. Sehrendt, Dresdener-
strasse 115. P. Brandes, Dres-
denerstr. 66/69. Rich. Loose
Nachf., Neue Königstr. 19c.
Kopp, Josef, Potsdamer-
strasse 122c.

Filz-Hüte
in größter Aus-
wahl für Damen
und Kinder,
garnirt u. ungar-
nirt, zu anerkannt
billigen Preisen,
auch Trauerhüte.
W. A. Paschke,
Berlin, 1. Gehöft
Lützowstr. 30,
2. Gehöft Lützow-
str. 30.
Eigene Strohhut-
Fabrik.
bei den Geschäftsräumen. 134/19
Wegz. 1871. Fernspr. Amt 9, 6341.

Gardinen
grosse Auswahl.
Reste
passend zu 1-4 Fenstern, im
**Gardinen-
Spezial-Geschäft.**
**Teppiche-
Reisemuster**
sehr billig!
M. Hildebrand
Dresdenerstr. 117.

Möbel,
Spiegel u. Polsterwaaren
teich zu soliden Preisen, empfiehlt
H. Strelow, Tischlermeister,
Rixdorf, Richardstr. 116,
am Denkmal.
Betten, Steppede, Gardin, Portier,
Stores, Wäsche, Waschtischen,
Anzüge, Sofen,
Winterpaletots, Regulatoren, Re-
monstrirbaren Oepnngsfl. vert. Sportbill.
Pfandleihe, Reanderstr. 6.
Mein Schanklokal mit voll. Konz.
gegen fest. Lohn, 12-15 Mk., ver-
langt Georg Rosenber,
halb. sof. u. Rixdorf, Prinzhandlerystr. 77.
1428b Riederwallstr. Nr. 10.

Gr. Möbelverkauf,
passende Gelegenheit für Brautleute,
Wohnen Nr. 15, Möbel-Ausstattungs-
magazin, sollen viele Wohnungs-Ein-
richtungen, verleihten gewesene und
neue Möbel zu sehr mäßigen Preisen
verkauft werden. Durch große Ge-
legenheits-Einkäufe zu billigen Preisen
ist es mir möglich, mein Einrichtung
für 100 bis 300 Mark zu liefern, ferner
herrschastliche Einrichtungen von 500
bis 3000 Mark. Theilsabgabe gestattet.
Beachten ohne Anzahlung. Besonders
billig sind die an Herrschaften kurze
Zeit verleihten gewesenen und zur-
ückgekauften Möbel, Kleiderständer, 20, Kleider-
ständer, Kommoden 15, Bettstelle mit
Matratze 20, nussbaumfurnirte Kleider-
spinden und Waschtischen 30 Mark,
Küchenschrank und Vertikal 30,
französische Nusselbettstellen mit
Matratze 40, Stuhlens-Kleiderständer,
Truemeubel, Pflanzständer 60 Mark,
Küchenschrank, Kontinentische, Porzellan-
Tafel, Herrenschreibtische, Gefauste
Möbel werden unentgeltlich 3 Monate
aufbewahrt, durch eigene Verpackung
transportirt. 51963*

Wichtig für Brautleute!
**Möbel, Spiegel, Polster-
waaren** verkaufe
wegen Sparanitz der Wabenleibe be-
sonders billig. Eig. Werkstatt. Oaul.
Tischlermeister,
Bukow, Zwaliden-Strasse 13.
Rath und Hilfe in Rechtsachen
ertheilt **Kreis, Kommandanten-
strasse 65 III.** 1446b
Beileidigung gegen Frau G. d. l. e. r.,
Brigierstr. 1, nehme zurück. R. Kurz.

Arbeitsmarkt.
Adhtung, Holzarbeiter!
Bei der Firma
Fork, Kretschmar u. Co.
Barnimstr. 13,
(Magazin Jannowbrücke), haben
sämmliche Tischler wegen Differenzen
die Arbeit niedergelegt.
Jede Verhandlung ist seitens der
Firma abgelehnt.
Zuzug fernhalten!
Die Crisverhaltung.
**Feuerversicherungs-
Agenten**
werden von alter deutscher Gesellschaft
allerwärts gegen hohe Provision
gekauft. 104,8*
Offerten unter W. S. 773 an
Haasenstein & Vogler, A.G.
Berlin, S. W. 19.
Capos-Arbeiterinnen für Arbeiter
gegen fest. Lohn, 12-15 Mk., ver-
langt Georg Rosenber,
1428b Riederwallstr. Nr. 10.

Parteilgenosse,
mit der sozialpol. Gesetzgebung ver-
traut, sucht Stellung in Orid- oder
Diktat, als Leiter eines Arbeits-
nachweises z. Off. J. & Exped. d.
„Vorwärts“. 1444b

Schmiedelehrling
wird verl. Rixdorf, Steinmeyerstr. 50.
Sofort oder später findet ein tücht.
Karton-Zuschneider
dauernde Stellung bei 30 Mk. Wochen-
lohn. Discretion zugesichert. Offerten
bis 11. d. M. nimmt die Expedition
dieser Zeitung u. S. 6 entgegen. 1430b

Bierkutscher,
tüchtiger, für eine Brauerei oder
jährl. 1000 Mk. Lohn, hat bereits mit Erfolg
thätig war, wird bei hohem Lohn
gekauft. 1878b
Wohnungen zwischen 9-10 Uhr und
abends 1/2-1/2, bei **Schwabacher,**
Goldammerstr. 27b.

„Hilfe“ 104/10*
Krankenkasse für Deutschland, sucht in
Berlin und umherhalb tüchtige
Vertreter gegen gute Besoldg. Wei-
nungen Subdirektion, Pflanzstr. 9, I.
Hrb. Ges. B. sucht tücht. Dirig.
f. Dienstag. Tischl. Rantenstr. 61.

Graven-Lehring verlangt
Wend, Rattenstr. 20, III. 1444b
Tüchtiger **Ballier** auf Gold-
leihen gesucht. Vignitzerstr. 15. 1407b

Plätterinnen
auf Oberhänden, Zerbiteurd,
Blouien, Krogen u. Manschett
finden hohen Verdien.
Wäschfabr. **Job. Beerensson,**
Greifswalderstr. 13.

**Angestellte, Berlinfahrer,
Arbeiter,** in groß. Betrieben thätig,
finden lohnenden Neben-
verdienst. Off. A. B. Vohmann 33. 1448b
Gute **Schürzen-Arbeiterinnen**
verl. Frau Schuster, Schweinmünder-
str. 45 III. r. 1463b

Arbeiter auf weiche Wännen
und Frauenhänden, die Posten liefern
können, finden lohnenden Neben-
verdienst. Neumark & Baor,
Dellingerstr. 39. 1410b

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

Stuttgart, 8. Oktober 1898.

(Privatbesprechungen des „Vorwärts“.)

Am 9 1/2 Uhr wird die Sitzung eröffnet. Den Vorsitz führt Singer.

Die von der wilden Reaktion der Regierung verfolgten und unterdrückten Sozialisten Italiens senden ihre brüderlichen Grüße dem Parteitag, dessen kraft- und mutvolle Tätigkeit ihren Anstrengungen neue Kraft giebt und ihren Glauben an den Sieg des internationalen Sozialismus verdoppelt.

Die Beratung der Anträge wird fortgesetzt. Den Antrag 59 begründet Gehmann-Wöttingen mit dem Hinweis auf die große agitatorische Wirkung eines solchen Flugblattes.

Frau Köhler-Wandbeck bittet den Antrag abzulehnen, da die Generalkommission ein derartiges Flugblatt vorbereitet.

Der Antrag 59 wird abgelehnt. Zur Begründung des Antrages 61 führt Frau Bieg aus: In der Debatte ist bereits öfter hervorgehoben worden, daß in der schwarzen Erde unseres Vaterlandes, im Rheinland, selbst Mangel und Reichthum dazu benutzt werden, uns zu verleumden.

Ziele-Halle macht den Vorschlag, eine fortgesetzte Serie von Zehn-Pennig-Broschüren herauszugeben, die etwa jeden Monat, und wenn sie Anlang finden, vielleicht alle vierzehn Tage im Umfang von 16 Seiten erscheinen, alles was die Partei angeht, instruktiv behandeln, und so die Broschüren-Abonnenten binnen zwei oder drei Jahren in den Besitz eines reichhaltigen Materials nach allen Richtungen für die Agitation setzen.

Wacker-Hamburg: Da jedenfalls etwas geschehen muß mit Rücksicht auf die Orte, in denen die Parteipresse noch keine große Verbreitung hat, stelle ich für den Fall der Ablehnung des Antrages 61 den Antrag, den Genossen Ziele mit der Herausgabe der Groschenbroschüren zu beauftragen.

Singer giebt Wacker anheim, seine Uebersetzungsarbeit an Ziele persönlich zu versuchen. (Große Heiterkeit.) Antrag 62 wird von Erbert-Düffeldorf begründet: Obwohl es ein zweifelhaftes Vergnügen sei, einen vom vorigen Parteitag abgelehnten Antrag wieder einzubringen, sei es doch notwendig, gegen den Fremdwörtergebrauch, der die Agitation auf dem Lande erschwere, etwas zu thun.

Der Antrag 100 wird von Gottschall-Königsberg begründet: Der ländliche Arbeiter muß durch eine geeignete Broschüre darüber aufgeklärt werden, daß die wenigen Rechte, die er besitzt, ihn von dem gnädigen Herrn noch verlustig machen werden.

Haberland-Barmen empfiehlt, diesen Antrag dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen. Ziel: Ich bitte Sie, sowohl den Antrag auf Uebersetzung zur Berücksichtigung, als auch den Antrag selbst abzulehnen. Sollte der Antrag aber doch angenommen werden, so bitte ich Sie wenigstens, meinen Namen zu streichen; einmal weil es mir an Zeit dazu mangelt und sodann, weil ich mich nicht für besonders qualifiziert hierfür halte.

Gottschall: Genosse Nebel befindet sich in Irrthum; die Broschüre soll gerade so abgefaßt werden, daß sie auch Landarbeitern in die Hand gegeben werden kann. Daß das möglich ist, haben wir bereits durch unsere Flugblätter in Ostpreußen bewiesen. Die Abstimmung ergibt sowohl die Ablehnung des Antrages auf Uebersetzung zur Berücksichtigung, als auch die Ablehnung des Antrages selbst.

Der nächste Antrag, der zur Beratung kommt, lautet: Die Parteipresse ist verpflichtet, von Unternehmern, die mit ihren Arbeitern oder deren Organisation in Differenzen stehen, während der Dauer derselben Geschäftsempfehlungen nicht aufzunehmen.

Drechsler-Burg: Der Antrag verdankt seine Entstehung den Erfahrungen, die wir im Kampfe gegen die Schuhfabrik Taub u. Co. gemacht haben. Der Parteitag ist verpflichtet, der Parteipresse in dieser Richtung Direktiven zu geben.

Schöpflin-Burgstädt steht dem Antrag sympathisch gegenüber, beantragt aber statt des Wortes „Differenzen“ die Worte „Streit“ und „Sperr“ zu setzen. „Differenzen“ ist zu weitgehend. Bärde-Berlin giebt im Namen der Berliner Prekominmission die Erklärung ab, daß diese sich eingehend anlässlich des Taub'schen Falles mit der Angelegenheit beschäftigt habe und einstimmig zu dem Beschluß gekommen ist, die Anzeige der Berliner Filiale aufzunehmen, da — was noch jetzt von Taub bestätigt worden ist — seit vier Jahren nichts mehr für den Boykott gethan ist und so anzunehmen ist, daß er verjüngt ist.

Die Prekominmission hat ihren Beschluß dem Vorstand der Schuhmacher-Organisation mitgetheilt mit dem Anheimgedenken, eben eine neue Sperr zu verhängen. Waer-Krefeld ersucht um Ablehnung des Antrages, er würde zu Reibereien zwischen der Gewerkschaft und der Prekominmission bezw. der politischen Partei am Orte führen.

Damit sind die Anträge, die auf die Parteipresse bezug haben, erledigt. Es folgt die Gruppe der Anträge, die sich auf die Agitation beziehen, die Anträge 82), 83, 89, 40-44, 95, 99 und 101. finden keine genügende Unterstützung, sie scheiden damit aus. Antrag 99 ist zurückgezogen. Den allein übrig gebliebenen Antrag 83) begründet Bartenberg-Berlin: Die Berichte erscheinen bisher immer so spät, daß sie in Versammlungen nicht mehr eingehend erörtert werden konnten, der Bericht über die parlamentarische Tätigkeit könnte doch wohl weit früher veröffentlicht werden, es wäre gut, wenn der Parteitag in unserem Sinne beschließt.

*) 30. Die Parteigenossen des Kreises Bielefeld. Wiederbrück: 1. Die Beschlüsse der Kreis-Konferenzen in denjenigen Kreisen, welche eine Organisation haben, sind für die Parteigenossen im Kreise bindend. Aufgehoben können diese Beschlüsse nur werden durch die entsprechenden Bezirks-Parteitage oder den allgemeinen Parteitag. Auch haben die Kreis-Konferenzen das Recht, die Delegirten zum Parteitag zu wählen. 2. Die Beschlüsse der Bezirks-Parteitage sind bindend für die Genossen des Agitationsbezirks. Aufgehoben können diese Beschlüsse nur werden durch den allgemeinen Parteitag. 3. Die Anordnungen der Kreis-Vertrauensmänner, welche sich auf die Agitation im Kreise beziehen, haben Gültigkeit für die Vertrauensmänner im Kreise. *) 32. Die Parteigenossen des 1. Berliner Kreises: Die Vertrauenspersonen haben bei Schluss der Session, falls nicht außerordentliche Ereignisse dies früher zur Pflicht machen, in ihren Kreisen ein Flugblatt zur Verbreitung zu bringen, welches die Tätigkeit der Parteien resp. ihrer Vertreter in das richtige Licht stellt. Diese Gelegenheit ist auch zugleich zu benutzen, um Propaganda für die Parteipresse zu machen. *) 33. Die Parteigenossen des 3. Berliner Kreises: Den Bericht des Parteivorstandes sowie den Bericht über die parlamentarische Tätigkeit früher als bisher, 4 Wochen vor Tagung des Parteitages, herauszugeben. *) 37. Die Parteigenossen in Königsberg: Der Parteivorstand wird ersucht, in Zukunft bei den Ausgabeposten „Reichstagskosten“ unter voller Wahrung der Partei-Interessen auf Ersparnisse hinzuwirken. *) 38. Die Parteigenossen in Elbing: Die Agitation in Westpreußen in Zukunft mehr durch finanzielle Mittel zu unterstützen. *) 39. Dieselben: Die Parteileitung wird beauftragt, öfters Referenten, wenn irgend möglich bekanntere Parteigenossen, nach Westpreußen zu senden; diese müssen an Orten, wo keine agitatorischen Kräfte sind, einige Tage verweilen und mit den Genossen über die Agitation berathen. *) 40. Die Parteigenossen in Halberstadt: Der deutsche Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, im Laufe des nächsten Jahres eine gleichmäßige Agitation im ganzen Lande und besonders unter den ländlichen Arbeitern für Abschaffung der Gefinde-Ordnungen und sonstigen Ausnahmeverordnungen, welche die landwirtschaftlichen Arbeiter bedrücken, sowie für Gleichstellung der ländlichen Arbeiter mit den gewerblichen in Bewegung zu setzen und hiermit gleich die schärfere Betonung der Programmforderung: „Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel, Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung“ zu verbinden. Gleichzeitig möge der Parteitag den Wunsch aussprechen, daß die Presse den Gefinde-Ordnungen sowie der Handhabung derselben sowie den aus dem heutigen Kerze- und Apothekenwesen auf dem Lande hervorgehenden Mißständen mehr Beachtung widmet und bedeutend mehr Werth beilegt, als bisher. *) 44. Genosse Wilhelm-Berlin: Die sozialdemokratische Partei hat sofort in eine Agitation zur Vereinfachung des Dreiklassen-Wahlrechts und für Erringung des allgemeinen u. s. w. Wahlrechts durch dazu geeignete Flugblätter sowie durch öffentliche Versammlungen einzutreten. *) 95. Die Parteigenossen des Amtes Bradenheim: Resolution: In Erwägung, daß die demokratischen Forderungen, welche die Sozialdemokratie an den heutigen Staat und Gesellschaft stellt, innerhalb derselben doch nicht endgültig verwirklicht werden, sondern daß nur der Sozialismus im Stande ist, diese zu verwirklichen, fordert die heutige Mitgliederversammlung, daß bei Wahlversammlungen und bei der Agitation unsere letzten Ziele, die sozialistische Gesellschaftsorganisation mehr als bisher in den Vordergrund zu treten habe. *) 99. Gottschall-Königsberg, Braun-Königsberg: Der Parteivorstand wird angewiesen, die Agitation in den ostpreussischen Landarbeitern, freigelegter als bisher durch Geldmittel und unentgeltliche Hergabe von propagandistisch brauchbarer Literatur zu unterstützen. *) 101. Antrag zur Agitation: Der Parteivorstand wird beauftragt, jährlich in periodischen Zeitläufen in den verschiedenen Theilen Deutschlands von den bekannteren Rednern der Reichstags-Fraktion Agitationstouren ausführen zu lassen, und zwar mit ganz besonderer Berücksichtigung der kleinen Industrie- und Mittelsstädte. Pader, Wissehorn, Waer, Bähr. *) 84. Die Parteigenossen des 8. sächsischen Kreises: Den Parteivorstand zu beauftragen, dem im Jahre 1899 zusammen tretenden Parteitag, sofern bis dahin die diversen Verbote des Inverbindlich-tretens politischer Vereine in den deutschen Vaterländern aufgehoben sind, ein Organisationsstatut, den Gedanken der Zentralisation in seiner Form festlegend, zur Beschlußfassung zu unterbreiten. *) 87. Die Parteigenossen des 8. sächsischen Kreises: Die Sozialdemokratie erblickt in dem Bestreben des Kapitals, mit Gewalt Kolonialmärkte zu erschließen, seine Unfähigkeit, die Produktivkräfte zu beherrschen, die es selbst entwickelt hat. Um den Waarenüberfluß zu beseitigen, fordert die Sozialdemokratie die Vereinfachung der Arbeitslosigkeit und der Volksarmuth im eigenen Lande. Das deutsche arbeitende Volk kann selbst die Waaren verbrauchen, die es produziert. Die Sozialdemokratie bekämpft die Kolonialpolitik, weil durch sie und die damit ungetrenntlich verbundenen Marine-Ausgaben dem Volke Steuerlasten auferlegt werden, während den Nutzen davon nur die Großkapitalisten haben und weil das Andringen der Kolonialen Entwicklung eine Steigerung der Ueberproduktion und eine Handelskrise sein muß, die zahlreiche Arbeitermassen auf's Pfahler werfen wird. *) 88. Die Parteigenossen des 6. sächsischen Kreises: Die Sozialdemokratie erblickt im stehenden Heere die Hauptstütze des Ausbeuterstaates, eine enorme Vergeudung von Volkskraft und Volksgut und eine bleibende Gefahr für den Frieden unter den Völkern, sowie in der letzten militärischen Organisation die bedingungslose Auslieferung der Söhne des Volkes unter das Kommando der Sprößlinge der Adelsfamilien und der Plutokratie. Sie stimmt deshalb bis zur Einführung der Volksmiliz gegen die von der Regierung geforderte Präsenzstärke des Heeres und gegen alle Aufwendungen für die Waffenrüstung inklusive Geschütze und Munition, sowie gegen alle Festungs- und Kasernenbauten. *) 89. Die Parteigenossen des 8. sächsischen Kreises: Die Sozialdemokratie bekämpft grundsätzlich den kapitalistischen Staat, weil er die Schutzwehr der Ausbeutung und der Apparatur zur Unterdrückung der Arbeiter ist und mit dem Gute und Blute der ausgebeuteten Volksmassen die Deutzel des Kapitals und die Konkurrenzkämpfe der Kapitalistengruppen wie der nationalen Kapitalistenklassen untereinander bezahlt. Die Regierungen vernichten der Arbeiterklasse innerhalb der durch den kapitalistischen Charakter des Staates gezogenen Schranken entweder mit brutaler Gewalt oder mit der Politik der ruhigen Ueberlegung und Vermittelung entgegenzutreten. Im ersteren Falle suchen sie die Arbeiter einzuschüchtern, im zweiten die Energie ihres politischen Auftretens einzudämmen. Wenn auch die Erbitterung, mit der der Klassenkampf geführt wird, vom Verhalten der Regierung beeinflusst wird, so fürchtet doch die Sozialdemokratie die Unterdrückungsmassregeln nicht. Ebensovienig darf sie mit den Regierungen Kompromisse eingehen. Sie richtet ihre Politik nicht nach dem jeweiligen Verhalten der Regierungen, die nur die vollziehende Macht des kapitalistischen Staates ist, sondern nach der Klassenstellung des um seine Befreiung kämpfenden Proletariats. Ihr Ziel bleibt unter allen Umständen die Erringung der politischen Macht, um den kapitalistischen Charakter des Staates zu beseitigen, und ihn aus einem Unterdrückungswerkzeuge zu einem Befreiungsmittel der Arbeiterklasse zu machen. *) 90. Die Parteigenossen Kohn, Friedländer, Biey, man u. 15 Genossen in Berlin: Ausgehend von der Ueberzeugung, daß eine Besteuerung der Waarenhäuser in jeder Form nicht im Stande ist, der Weiterentwicklung des Großbetriebes im Handel irgend welche Schranken zu setzen, die Kosten und Lasten dieser Steuern vielmehr von den Geschäftsinhabern auf die Angestellten abgewälzt werden, spricht sich der Parteitag gegen jede Besteuerung der Waarenhäuser aus. *) 97. Der Parteitag erklärt: Der Parteitag begrüßt den Krönungsvorschlag des Kaisers von Rußland an sämtliche Regierungen als eine Bekräftigung dafür, daß die entschiedene Opposition, die bis jetzt die Sozialdemokratie aller Länder den an Wahnstium grenzenden militärischen Rüstungen entgegensetzt, ihre volle Berechtigung hat. Die Sozialdemokratie ist mit dem Kaiser von Rußland darin einverstanden, daß die finanziellen Lasten, die diese unfrommen Rüstungen den Völkern auferlegen, die Volkswohlfahrt in der Wurzel treffen und die geistigen und physischen Kräfte der Völker in unproduktiver Weise aufzehren. Der Parteitag konstatirt aber ausdrücklich, daß diese völkerverderbenden Rüstungen ausschließlich das Produkt des Ehrgeizes, der Eroberungs- und Herrschsucht der leitenden Klassen sind; daß die stehenden Heere eingeständenermaßen als Werkzeuge für die Unterdrückung der Völker und zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft dienen und daß bisher es Rußland mit in erster Linie war, das auf diesem Wege voranging, wie denn auch das russische Volk noch gegenwärtig das einzige Kulturvolk Europas ist, das selbst der ersten Anfänge zur Selbstregierung entbehrt. Der Parteitag ist deshalb der Meinung, daß, soll der Vorschlag des Kaisers von Rußland ernst genommen werden, es notwendig ist, daß die russische Regierung im eigenen Lande mit gutem Beispiel vorangeht, weitere Rüstungen einstellt, die grausame Verfolgung politisch Andersdenkender aufhebt und dem russischen Volke diejenigen Rechte und Freiheiten gewährt, ohne die kein Volk seine Kulturmission erfüllen kann. Im übrigen betrachtet der Parteitag das Vorgehen des russischen Kaisers als ein Zeichen, daß selbst in den autoritärsten Kreisen Europas die Verderblichkeit der militärischen Rüstungen anerkannt wird — mögen auch politische Hintergedanken gewichtiger Natur zum Ausdruck dieser Erkenntnis beigetragen haben — und daß es hiernach erst recht Aufgabe der Sozialdemokratie und speziell ihrer Vertreter in den Parlamenten sein muß, diese Ansicht durch ihre Tätigkeit in immer weitere Kreise zu verbreiten und energischen Widerstand jedem Versuch zu leisten, die militärischen Rüstungen zu verstärken. Nach Ansicht des Parteitages wahren die Völker ihre „heiligsten Güter“ am sichersten, wenn sie den Bestrebungen der Sozialdemokratie auf Völkerrfrieden, Völkerfreiheit und Völkerwohlfahrt durch kräftige Förderung des sozialen Fortschritts im Sinne der Aufhebung der Klassengegenstände und der Hebung des Wissens und der Bildung auf allen Gebieten sich anschließen, die stehenden Heere beseitigen und für Schlichtung etwaiger internationaler Streitigkeiten denselben Weg betreten, den in jedem Kulturstaat die Bürger in Streitfällen betreten müssen, den Weg gerichtlicher Entscheidung. Denn so lange noch christlich sich nennende Regierungen und herrschende Klassen nur menschenmordende Kriege mit ihrem Gesolge von Panzer, Glend und allgemeinem Verderben als Weg zur Schlichtung von internationalen Streitigkeiten betrachten, ist unsere sich christlich nennende Zivilisation der blutigste Hohn und die stärkste Blasphemie auf die religiösen Lehren, die in Schulen, Kirchen und Kasernen gepredigt werden, ein Zeichen der Tathäufigkeit, die eine der moralischen Grundlagen der gegenwärtigen Gesellschaft geworden ist. Nebel. *) 105. Der Parteitag erklärt: Die im Laufe des letzten Jahres seitens der ungarischen und der italienischen Regierung gegen die Anhänger der Sozialdemokratie und anderer oppositioneller Richtungen verübten Maßregelungen und Gewalttörichte fordern durch ihre Grau-

nehmen ist, daß er verjüngt ist. Die Prekominmission hat ihren Beschluß dem Vorstand der Schuhmacher-Organisation mitgetheilt mit dem Anheimgedenken, eben eine neue Sperr zu verhängen. Waer-Krefeld ersucht um Ablehnung des Antrages, er würde zu Reibereien zwischen der Gewerkschaft und der Prekominmission bezw. der politischen Partei am Orte führen. In Krefeld hat die Prekominmission erst nach langer Zeit aus dem Protokoll des letzten Schuhmacher-Kongresses einen Einblick in den Stand der Taub'schen Angelegenheit gewinnen können. Die Redakteure der Parteiblätter werden selbst die nötige Schulung und Einsicht haben, zu beurtheilen, welche Inzerate sie abzulehnen haben. Der Antrag wird mit der von Schöpflin beantragten Aenderung angenommen.

Damit sind die Anträge, die auf die Parteipresse bezug haben, erledigt. Es folgt die Gruppe der Anträge, die sich auf die Agitation beziehen, die Anträge 82), 83, 89, 40-44, 95, 99 und 101. finden keine genügende Unterstützung, sie scheiden damit aus. Antrag 99 ist zurückgezogen. Den allein übrig gebliebenen Antrag 83) begründet Bartenberg-Berlin: Die Berichte erscheinen bisher immer so spät, daß sie in Versammlungen nicht mehr eingehend erörtert werden konnten, der Bericht über die parlamentarische Tätigkeit könnte doch wohl weit früher veröffentlicht werden, es wäre gut, wenn der Parteitag in unserem Sinne beschließt.

*) 30. Die Parteigenossen des Kreises Bielefeld. Wiederbrück: 1. Die Beschlüsse der Kreis-Konferenzen in denjenigen Kreisen, welche eine Organisation haben, sind für die Parteigenossen im Kreise bindend. Aufgehoben können diese Beschlüsse nur werden durch die entsprechenden Bezirks-Parteitage oder den allgemeinen Parteitag. Auch haben die Kreis-Konferenzen das Recht, die Delegirten zum Parteitag zu wählen. 2. Die Beschlüsse der Bezirks-Parteitage sind bindend für die Genossen des Agitationsbezirks. Aufgehoben können diese Beschlüsse nur werden durch den allgemeinen Parteitag. 3. Die Anordnungen der Kreis-Vertrauensmänner, welche sich auf die Agitation im Kreise beziehen, haben Gültigkeit für die Vertrauensmänner im Kreise. *) 32. Die Parteigenossen des 1. Berliner Kreises: Die Vertrauenspersonen haben bei Schluss der Session, falls nicht außerordentliche Ereignisse dies früher zur Pflicht machen, in ihren Kreisen ein Flugblatt zur Verbreitung zu bringen, welches die Tätigkeit der Parteien resp. ihrer Vertreter in das richtige Licht stellt. Diese Gelegenheit ist auch zugleich zu benutzen, um Propaganda für die Parteipresse zu machen. *) 33. Die Parteigenossen des 3. Berliner Kreises: Den Bericht des Parteivorstandes sowie den Bericht über die parlamentarische Tätigkeit früher als bisher, 4 Wochen vor Tagung des Parteitages, herauszugeben. *) 37. Die Parteigenossen in Königsberg: Der Parteivorstand wird ersucht, in Zukunft bei den Ausgabeposten „Reichstagskosten“ unter voller Wahrung der Partei-Interessen auf Ersparnisse hinzuwirken. *) 38. Die Parteigenossen in Elbing: Die Agitation in Westpreußen in Zukunft mehr durch finanzielle Mittel zu unterstützen. *) 39. Dieselben: Die Parteileitung wird beauftragt, öfters Referenten, wenn irgend möglich bekanntere Parteigenossen, nach Westpreußen zu senden; diese müssen an Orten, wo keine agitatorischen Kräfte sind, einige Tage verweilen und mit den Genossen über die Agitation berathen. *) 40. Die Parteigenossen in Halberstadt: Der deutsche Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, im Laufe des nächsten Jahres eine gleichmäßige Agitation im ganzen Lande und besonders unter den ländlichen Arbeitern für Abschaffung der Gefinde-Ordnungen und sonstigen Ausnahmeverordnungen, welche die landwirtschaftlichen Arbeiter bedrücken, sowie für Gleichstellung der ländlichen Arbeiter mit den gewerblichen in Bewegung zu setzen und hiermit gleich die schärfere Betonung der Programmforderung: „Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel, Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung“ zu verbinden. Gleichzeitig möge der Parteitag den Wunsch aussprechen, daß die Presse den Gefinde-Ordnungen sowie der Handhabung derselben sowie den aus dem heutigen Kerze- und Apothekenwesen auf dem Lande hervorgehenden Mißständen mehr Beachtung widmet und bedeutend mehr Werth beilegt, als bisher. *) 44. Genosse Wilhelm-Berlin: Die sozialdemokratische Partei hat sofort in eine Agitation zur Vereinfachung des Dreiklassen-Wahlrechts und für Erringung des allgemeinen u. s. w. Wahlrechts durch dazu geeignete Flugblätter sowie durch öffentliche Versammlungen einzutreten. *) 95. Die Parteigenossen des Amtes Bradenheim: Resolution: In Erwägung, daß die demokratischen Forderungen, welche die Sozialdemokratie an den heutigen Staat und Gesellschaft stellt, innerhalb derselben doch nicht endgültig verwirklicht werden, sondern daß nur der Sozialismus im Stande ist, diese zu verwirklichen, fordert die heutige Mitgliederversammlung, daß bei Wahlversammlungen und bei der Agitation unsere letzten Ziele, die sozialistische Gesellschaftsorganisation mehr als bisher in den Vordergrund zu treten habe. *) 99. Gottschall-Königsberg, Braun-Königsberg: Der Parteivorstand wird angewiesen, die Agitation in den ostpreussischen Landarbeitern, freigelegter als bisher durch Geldmittel und unentgeltliche Hergabe von propagandistisch brauchbarer Literatur zu unterstützen. *) 101. Antrag zur Agitation: Der Parteivorstand wird beauftragt, jährlich in periodischen Zeitläufen in den verschiedenen Theilen Deutschlands von den bekannteren Rednern der Reichstags-Fraktion Agitationstouren ausführen zu lassen, und zwar mit ganz besonderer Berücksichtigung der kleinen Industrie- und Mittelsstädte. Pader, Wissehorn, Waer, Bähr. *) 84. Die Parteigenossen des 8. sächsischen Kreises: Den Parteivorstand zu beauftragen, dem im Jahre 1899 zusammen tretenden Parteitag, sofern bis dahin die diversen Verbote des Inverbindlich-tretens politischer Vereine in den deutschen Vaterländern aufgehoben sind, ein Organisationsstatut, den Gedanken der Zentralisation in seiner Form festlegend, zur Beschlußfassung zu unterbreiten. *) 87. Die Parteigenossen des 8. sächsischen Kreises: Die Sozialdemokratie erblickt in dem Bestreben des Kapitals, mit Gewalt Kolonialmärkte zu erschließen, seine Unfähigkeit, die Produktivkräfte zu beherrschen, die es selbst entwickelt hat. Um den Waarenüberfluß zu beseitigen, fordert die Sozialdemokratie die Vereinfachung der Arbeitslosigkeit und der Volksarmuth im eigenen Lande. Das deutsche arbeitende Volk kann selbst die Waaren verbrauchen, die es produziert. Die Sozialdemokratie bekämpft die Kolonialpolitik, weil durch sie und die damit ungetrenntlich verbundenen Marine-Ausgaben dem Volke Steuerlasten auferlegt werden, während den Nutzen davon nur die Großkapitalisten haben und weil das Andringen der Kolonialen Entwicklung eine Steigerung der Ueberproduktion und eine Handelskrise sein muß, die zahlreiche Arbeitermassen auf's Pfahler werfen wird. *) 88. Die Parteigenossen des 6. sächsischen Kreises: Die Sozialdemokratie erblickt im stehenden Heere die Hauptstütze des Ausbeuterstaates, eine enorme Vergeudung von Volkskraft und Volksgut und eine bleibende Gefahr für den Frieden unter den Völkern, sowie in der letzten militärischen Organisation die

Wannlich: Der Bericht über die Tätigkeit der Reichstags-Fraktion war ja in dem von uns herausgegebenen parlamentarischen Handbuch mit enthalten. Wenn wir über das ganze Geschäftsjahr berichten wollen, so wird es nicht möglich sein, anders als bisher zu verfahren. Der Antrag wird abgelehnt. Es folgen die Anträge, die sich auf allgemeine Forderungen der Partei beziehen und Resolutionen. Es sind die Anträge 80), 87, 84, 87, 88, 80, 90, 97. *) Bevor die Unterstützungsforderung gestellt wird, erklärt Morawski-Berlin: Die politischen Genossen hatten den Entschluß einer Genossin zu großen Werth beigelegt und den Antrag 81 eingebracht. Nunmehr habe ich folgende Erklärung zu verlesen: Nachdem wir uns überzeugt haben, daß die selbständige Organisation und Agitation der polnischen Sozialdemokratie nach wie vor die volle Sympathie und Unterstützung der deutschen Sozialdemokratie findet und ausgebrochene kleine Differenzen an dieser Thatsache nichts ändern, ziehen wir den Antrag 81 zurück. Nicht genügend unterstützt werden die Anträge 87, 84, 87, 88, 89, 90. Es bleiben also nur die beiden Resolutionen 97 und 105) übrig.

bedingungslose Auslieferung der Söhne des Volkes unter das Kommando der Sprößlinge der Adelsfamilien und der Plutokratie. Sie stimmt deshalb bis zur Einführung der Volksmiliz gegen die von der Regierung geforderte Präsenzstärke des Heeres und gegen alle Aufwendungen für die Waffenrüstung inklusive Geschütze und Munition, sowie gegen alle Festungs- und Kasernenbauten. *) 89. Die Parteigenossen des 8. sächsischen Kreises: Die Sozialdemokratie bekämpft grundsätzlich den kapitalistischen Staat, weil er die Schutzwehr der Ausbeutung und der Apparatur zur Unterdrückung der Arbeiter ist und mit dem Gute und Blute der ausgebeuteten Volksmassen die Deutzel des Kapitals und die Konkurrenzkämpfe der Kapitalistengruppen wie der nationalen Kapitalistenklassen untereinander bezahlt. Die Regierungen vernichten der Arbeiterklasse innerhalb der durch den kapitalistischen Charakter des Staates gezogenen Schranken entweder mit brutaler Gewalt oder mit der Politik der ruhigen Ueberlegung und Vermittelung entgegenzutreten. Im ersteren Falle suchen sie die Arbeiter einzuschüchtern, im zweiten die Energie ihres politischen Auftretens einzudämmen. Wenn auch die Erbitterung, mit der der Klassenkampf geführt wird, vom Verhalten der Regierung beeinflusst wird, so fürchtet doch die Sozialdemokratie die Unterdrückungsmassregeln nicht. Ebensovienig darf sie mit den Regierungen Kompromisse eingehen. Sie richtet ihre Politik nicht nach dem jeweiligen Verhalten der Regierungen, die nur die vollziehende Macht des kapitalistischen Staates ist, sondern nach der Klassenstellung des um seine Befreiung kämpfenden Proletariats. Ihr Ziel bleibt unter allen Umständen die Erringung der politischen Macht, um den kapitalistischen Charakter des Staates zu beseitigen, und ihn aus einem Unterdrückungswerkzeuge zu einem Befreiungsmittel der Arbeiterklasse zu machen. *) 90. Die Parteigenossen Kohn, Friedländer, Biey, man u. 15 Genossen in Berlin: Ausgehend von der Ueberzeugung, daß eine Besteuerung der Waarenhäuser in jeder Form nicht im Stande ist, der Weiterentwicklung des Großbetriebes im Handel irgend welche Schranken zu setzen, die Kosten und Lasten dieser Steuern vielmehr von den Geschäftsinhabern auf die Angestellten abgewälzt werden, spricht sich der Parteitag gegen jede Besteuerung der Waarenhäuser aus. *) 97. Der Parteitag erklärt: Der Parteitag begrüßt den Krönungsvorschlag des Kaisers von Rußland an sämtliche Regierungen als eine Bekräftigung dafür, daß die entschiedene Opposition, die bis jetzt die Sozialdemokratie aller Länder den an Wahnstium grenzenden militärischen Rüstungen entgegensetzt, ihre volle Berechtigung hat. Die Sozialdemokratie ist mit dem Kaiser von Rußland darin einverstanden, daß die finanziellen Lasten, die diese unfrommen Rüstungen den Völkern auferlegen, die Volkswohlfahrt in der Wurzel treffen und die geistigen und physischen Kräfte der Völker in unproduktiver Weise aufzehren. Der Parteitag konstatirt aber ausdrücklich, daß diese völkerverderbenden Rüstungen ausschließlich das Produkt des Ehrgeizes, der Eroberungs- und Herrschsucht der leitenden Klassen sind; daß die stehenden Heere eingeständenermaßen als Werkzeuge für die Unterdrückung der Völker und zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft dienen und daß bisher es Rußland mit in erster Linie war, das auf diesem Wege voranging, wie denn auch das russische Volk noch gegenwärtig das einzige Kulturvolk Europas ist, das selbst der ersten Anfänge zur Selbstregierung entbehrt. Der Parteitag ist deshalb der Meinung, daß, soll der Vorschlag des Kaisers von Rußland ernst genommen werden, es notwendig ist, daß die russische Regierung im eigenen Lande mit gutem Beispiel vorangeht, weitere Rüstungen einstellt, die grausame Verfolgung politisch Andersdenkender aufhebt und dem russischen Volke diejenigen Rechte und Freiheiten gewährt, ohne die kein Volk seine Kulturmission erfüllen kann. Im übrigen betrachtet der Parteitag das Vorgehen des russischen Kaisers als ein Zeichen, daß selbst in den autoritärsten Kreisen Europas die Verderblichkeit der militärischen Rüstungen anerkannt wird — mögen auch politische Hintergedanken gewichtiger Natur zum Ausdruck dieser Erkenntnis beigetragen haben — und daß es hiernach erst recht Aufgabe der Sozialdemokratie und speziell ihrer Vertreter in den Parlamenten sein muß, diese Ansicht durch ihre Tätigkeit in immer weitere Kreise zu verbreiten und energischen Widerstand jedem Versuch zu leisten, die militärischen Rüstungen zu verstärken. Nach Ansicht des Parteitages wahren die Völker ihre „heiligsten Güter“ am sichersten, wenn sie den Bestrebungen der Sozialdemokratie auf Völkerrfrieden, Völkerfreiheit und Völkerwohlfahrt durch kräftige Förderung des sozialen Fortschritts im Sinne der Aufhebung der Klassengegenstände und der Hebung des Wissens und der Bildung auf allen Gebieten sich anschließen, die stehenden Heere beseitigen und für Schlichtung etwaiger internationaler Streitigkeiten denselben Weg betreten, den in jedem Kulturstaat die Bürger in Streitfällen betreten müssen, den Weg gerichtlicher Entscheidung. Denn so lange noch christlich sich nennende Regierungen und herrschende Klassen nur menschenmordende Kriege mit ihrem Gesolge von Panzer, Glend und allgemeinem Verderben als Weg zur Schlichtung von internationalen Streitigkeiten betrachten, ist unsere sich christlich nennende Zivilisation der blutigste Hohn und die stärkste Blasphemie auf die religiösen Lehren, die in Schulen, Kirchen und Kasernen gepredigt werden, ein Zeichen der Tathäufigkeit, die eine der moralischen Grundlagen der gegenwärtigen Gesellschaft geworden ist. Nebel. *) 105. Der Parteitag erklärt: Die im Laufe des letzten Jahres seitens der ungarischen und der italienischen Regierung gegen die Anhänger der Sozialdemokratie und anderer oppositioneller Richtungen verübten Maßregelungen und Gewalttörichte fordern durch ihre Grau-

Die Resolution 97 begründet **W e b e l**: Man hat sich dieser Tage darüber beschwert, daß der Parteitag lange Resolutionen lasse. Nun hängen die Resolutionen in der Regel sehr eng mit dem Gegenstand zusammen, den sie behandeln. Je nach der Natur dieses Gegenstandes ist es einfach unmöglich, Resolutionen kurz zu fassen, wenn er verschiedene Seiten der Betrachtung eröffnet. Dazu kommt noch ein anderes. Ein großer Theil unserer Parteipresse ist gar nicht in der Lage, lange Verhandlungen zu bringen, da ist es sehr wünschenswert, wenn dort die Anschauungen der Partei in einer Resolution zusammengefaßt gebracht werden. Dasselbe gilt auch für die Parteiblätter, die den Raum haben, aber nicht hergeben wollen. Endlich aber können lange Resolutionen auch von dem Gesichtspunkte angefaßt sein, daß man nicht große Reden zu halten braucht, unter Umständen gar keine. Auch ich kann demnach, den Wünschen der Genossen, nach Hause zu kommen, Rechnung tragend, kurz sein. Der Parteitag wird mit dem Inhalt dieser Resolution einverstanden sein. Ich glaube, sie faßt alles zusammen, was in diesem Augenblick gesagt werden kann. Ich erkläre aber, daß ich bei näherem Nachdenken über diese Frage doch noch auf Gesichtspunkte gekommen bin, die vielleicht nicht allseitig in der Partei getheilt werden würden und die, wenn ich sie zum Ausdruck brächte, notwendig größere Debatten hervorrufen würden. Ich habe mich daher entschlossen, die Sache in einer unserer Zeitschriften zu behandeln. Die Situation, die durch den Erlaß des russischen Kaisers gegeben ist, wird die Partei noch sehr oft beschäftigen. Zu einem sind wir alle einverstanden, etwas Gelegeneres wie dieser Abrüstungsantrag der russischen Regierung konnte der sozialdemokratischen Partei nicht kommen. Wir werden im Reichstag und bei sonstigen parlamentarischen Verhandlungen in die Lage kommen, diesem Erlaß, der mehr als je irgend eine Handlung einer Regierung in den letzten Jahrzehnten unserer Ideen förderlich ist, Ausdruck zu geben, und das soll im anspruchsvollsten Maße geschehen. Ich bin aber auch weiter der Überzeugung, daß, nachdem einmal dieser Gedanke durch eine Regierung in den weitesten Kreis der Öffentlichkeit geworfen ist und ihn die anderen Regierungen unter keinen Umständen von vornherein ablehnen können, sondern ihn wenigstens scheinbar ernsthaft behandeln müssen, daß da, möge der Ausgang sein wie er wolle, die bloße Thatsache für die ganze Entwicklung der militärischen Verhältnisse von großer Bedeutung sein muß.

Für den Militarismus gilt dasselbe wie für die gesammte bürgerliche Entwicklung: Das **A** und **O** der ganzen bürgerlichen Entwicklung beruht auf der Konturreiz; würde diese beseitigt, würde die ganze bürgerliche Gesellschaft einer Stagnation verfallen. Genau so ist es mit dem Militarismus, er ist durch die ganze Entwicklung, die er speziell in Europa genommen hat, wesentlich gefördert worden durch die entgegengelegten Interessen und konkurrierenden Eigenschaften, die ihm inne wohnen. Diese werden auch künftig nicht ausbleiben. Daß die Frage, die die russische Regierung gestellt hat, durch die europäischen Regierungen gelöst wird, daran glauben wir nicht. Aber neben dem Umstande, daß dieser Vorschlag im allerhöchsten Grade unsere Bestrebungen zur Bekämpfung des Militarismus unterstützt hat, hat er noch etwas anderes erreicht. Er hat in den weitesten Kreisen der europäischen Bevölkerung, die bisher dem Glauben anhängen, daß es gar nicht anders ginge, als daß die militärischen Rüstungen sich auch fernerhin so entwickeln müßten, weil es die Sicherheit der einzelnen Staaten fordere, diesen Glauben im höchsten Grade erschüttert. Millionen und Millionen von Menschen sind jetzt wankend geworden, haben andere Anschauungen bekommen, und das muß notwendig zum Ausdruck kommen in unserer Agitation. Das sind die Gedanken, die ich aussprechen wollte.

Ich könnte mich auf die Gründe einlassen, die zu dem Vorschlag des Herrn geführt haben, müßte aber dann auf das Gebiet der hohen und höchsten Politik kommen und unterlasse es daher in diesem Augenblick.

Die Resolution wird einstimmig angenommen. Zur Begründung der Resolution 105 führt **L i e b n e c h t** aus: Genossen! Wir wenden uns in unserer Resolution gegen die neue Sozialistenzeitung, welche begonnen hat, gegen die brutalen Verfolgungen, gegen das Bestreben, einen Mordanschlag, mit dem wir nichts zu thun haben, gegen uns auszunutzen. In erster Linie wenden wir uns gegen die ungarische und italienische Regierung, nicht weil sie die einzigen sind, welche theilhaftig sind an dem Attentat, das gegen die internationale Sozialdemokratie in den verschiedenen Ländern verübt wurde, sondern bloß deshalb, weil hier in der brutalsten, rohesten und niederträchtigsten Form das ganze Wesen des heutigen Klassenstaates zu Tage trat, der da, wo er dem Proletariat entgegentritt, keine Grenze kennt der Willkür und Barbarei und Handlungen begeht, von denen man vor einigen Jahrzehnten, ehe der Klassenkampf so entorramt war, einfach geglaubt haben würde, daß sie unmöglich seien in 19. Jahrhundert. (Sehr richtig!) Auf die Einzelheiten brauche ich nicht einzugehen; die ungarischen Ereignisse kennen Sie alle, Sie wissen, wie man dort gegen ein geknechtetes Volk, das allmählich zum Leben erwacht, die brutalsten Polizeiverfahren unter dem Jubel-

fankeit und Gemeinheit die Entziehung aller rechtlich Denkenden heraus.

Die sogenannten Rechtsnormen, die hierbei gegen die unglücklichen Opfer in Anwendung kamen — die brutale Polizeigewalt in Ungarn, die Farce der Militärgerichte in Italien — kennzeichnen die beiden Staaten als Halbbarbaren-Staaten und ihre herrschenden Klassen, unter deren Weisheitsgefühl die Gewalttakte vollzogen wurden, als bar jeden Menschlichkeitsgefühls. Die Schuld dieser Klassen wird schon bewiesen durch die in jeder Beziehung entsetzlichen Zustände der unteren Volkschichten in Ungarn und Italien, Zustände, die das arbeitende Volk zur Waffenschlucht aus einem Vaterland nöthigen, das nur Elend und Noth, grausame Unterdrückung und Ausbeutung in den scheußlichsten Formen für sie übrig hat, und halbdertzierte Messerstecher und Attentäter wie Luchsen erzeugt.

Diese Zustände sind ein abschreckendes Beispiel für ein jedes Kulturland, denn sie zeigen, was eine raubgierige und unterdrückungsfähige Aristokratie und Bourgeoisie aus einem fleißigen Volke und einem fruchtbareren Lande zu machen vermögen.

Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit aller christlichen Leute auf diese Zustände.

Der Parteitag erklärt ferner:

Die Versuche, den Mordanschlag an der Kaiserin von Oesterreich gegen die Sozialdemokratie auszunutzen, um Ausnahmegesetze oder sonstige reaktionäre Maßregeln zu rechtfertigen, betrachtet der Parteitag als ein Attentat auf die kimmerischen Rechte und Freiheiten des arbeitenden Volkes.

Keine Partei hat mehr als die Sozialdemokratie die Anschauung als falsch und verderblich bekämpft, daß der Mord, begangen an Personen in einflussreichen politischen Stellungen, irgend eine Verbesserung der bestehenden Zustände herbeiführen könne. Nicht die einzelne Person bestimmt den Gang der Dinge, sondern die herrschenden Klassen, gestützt auf ihre Machtmittel und ihren Einfluß.

Wenn trotzdem gewisse Leute versuchen, den Mordanschlag an der österreichischen Kaiserin in dem angegebenen Sinne zu verwerthen, so nur, weil sie durch Gewaltmaßregeln gegen das arbeitende Volk ihre niedrigen, selbstsüchtigen Klasseninteressen fördern und ihren dretenden Haß gegen das Streben der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen, menschenwürdige soziale und politische Zustände herbeizuführen, befriedigen wollen.

Der Parteitag spricht den Vertretern dieser arbeitersyndikalischen Bestrebungen die ihnen gebührende Verachtung aus.

L i e b n e c h t, W e b e l

geheim aller Reaktionen verübt. Nur noch einige Worte über das Gebahren der italienischen Regierung. Dort haben wir lange Zeit geglaubt, es sei endlich eine Monarchie gegründet worden, welche auf dem Boden der Demokratie stehe. Es war das die Monarchie von Volkes Gnaden, für die ein Garibaldi eingetreten war, für die ein Mazzini Vorkämpfer gewesen ist. Es hat sich sehr bald gezeigt, daß die Monarchie von Volkes Gnaden eine Utopie ist, ebenso wie es sich ja in Deutschland herausgestellt hat, daß das soziale Königthum eine Utopie ist. Die Monarchie kann ebenso wenig demokratisch wie sozialistisch sein, sie ist genöthigt, die Stütze zu werden der kapitalistischen Gesellschaft. Das jetzige Vorgehen der italienischen Regierung ist um so mehr zu verurtheilen, als gerade sie vor allen Dingen verantwortlich zu machen ist für das letzte Attentat und für die Ausbreitungen des Anarchismus. Wenn es eine Regierung giebt, welche den Anarchismus groß gezogen hat, so ist es gerade die italienische (Sehr richtig!), welche dem Volke jede Bildung vorenthalten hat, welche es verurtheilt hat in die tiefste Noth, welche der Ausbeutung Thür und Thor geöffnet und einen Steuerdruck über das Land verhängt hat, von dem wir in Deutschland keinen Begriff haben, so daß das Volk in den letzten Jahren zweimal zu einer Hungerrevolution gegriffen hat, die nicht geschehen ist von einer organisierten Partei, sondern hervorgerufen wurde durch die Verzweiflung. Wir haben zu Beginn des Jahres jene Missethäter gesehen, jene Regelleiten an unbewaffneten Männern, Frauen und Kindern in Mailand, Neapel, fast so groß wie im Junilampf. Aber in der Pariser Junilicht kämpften bewaffnete Arbeiter, dort waren es waffenlose, und man hat sie niedergeworfen zu Hunderten und Tausenden. Und dann diese wüsten Orgien des sogenannten Militärgerichts, das einen Mann, wie unseren Freund Turati, der Ihnen aus früheren Kongressen ja bekannt ist, auf 15 Jahre ins Zuchthaus geworfen hat, weil er die ungezügelten Massen zu zügeln suchte und dabei das Evangelium des Sozialismus predigte. — Diese Orgien des Militärgerichts, welches eine wehrlose Frau, Frau Kulischoff zu Gefangenschaft verurtheilt hat, bloß weil sie das Evangelium des Sozialismus predigte. Um so schamvoller ist das Vorgehen der italienischen Regierung, weil sie selbst anarchistische Verbrechen begangen hat. Wir haben es erfahren, wie Agenten der italienischen Polizei in der Schweiz Mord und Attentate gepredigt haben, wie elende Verbrecher in den Dienst gestellt wurden, um die Sache des Anarchismus zu predigen und dadurch dem Sozialismus Abbruch zu thun. Das ist die alte Politik des Pariser Polizei-Präsidenten Andrieux, der ja in seinen Memoiren gestanden hat, um zu verhindern, daß die Arbeitermassen und die Gebildeten den Sozialismus erkennen, müsse man dem Sozialismus den Anarchismus und die niederträchtigsten Verbrechen anhängen, damit das Rechtsbewußtsein sich gegen ihn aufbäumt und damit die Massen ihm entfremdet werden. Der Versuch, den Sozialismus und den Anarchismus zu verquiden, wird wieder auf der ganzen Linie gemacht. Ich habe schon in der Eröffnungsrede gesagt, daß Sozialismus und Anarchismus Antipoden sind. Gestern las ich einen Leitartikel eines hiesigen Blattes, der ja nur ausführt, was in Duzenden und Duzenden anderer Zeitungen steht, wie sehr ich die Unwahrheit sprach, habe ich durch die Annahme der Resolution über das Koalitionsrecht gezeigt. Da sehen Sie, was jene Vertreter des heutigen Klassenstaates unter Anarchismus verstehen. Daß die Arbeiter ihr Koalitionsrecht wahrnehmen wollen, daß sie das Recht, welches ihnen durch Verfassung und Reichsgesetz garantiert ist, vertreten wollen, das ist Anarchismus! Da sehen Sie, wie methodisch die Verfallung der öffentlichen Meinung betrieben wird. Ich habe in einer deutschen Sozialistenversammlung nicht nöthig, den Unterschied zwischen Sozialismus und Anarchismus klar zu machen. Das haben wir gethan auf früheren Kongressen, namentlich in St. Gallen. Da haben wir dargelegt, wie Anarchismus und Sozialismus Gegenpole sind, wie der Anarchismus hervorsticht aus dem Sumpfboden der heutigen bürgerlichen Gesellschaft, wie er in allen seinen Erscheinungen bürgerlichen Ursprungs ist. Der Anarchismus, der sich theoretisch gegen den Staat wendet, der den Staat zerstören will, ist in der Praxis schließlich auf die Schulz-Delitsch'schen Kleinheitsrezepte gekommen.

Der Anarchismus ist nur möglich auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft, die den Kampf aller gegen alle entzündet hat. Wie kann überhaupt geglaubt werden, daß der Anarchismus, welcher anschließt die Organisation, welcher anschließt den Klassenkampf, welcher das Individuum über die Gesamtheit stellt, wie kann überhaupt jemand sagen, daß das Sozialismus sei? Alle bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme haben, wenn wir hier den härtesten Mord herausgreifen, der jetzt ausgenutzt werden soll gegen uns, den politischen Mord gepredigt und ihn ausgeübt. (Sehr richtig!) Würde eine Statistik aufgenommen über die politischen Morde, so würden die von Häksten verübten Morde einen großen Prozentsatz ausmachen, und dabei rede ich bloß von den Wirklichen, den gewaltthätigen Morden; und der Mord, die Stille der Monarchie, welchen Prozentsatz liefert er für alle politischen Verbrechen? Und wie viel Morde gehen aus der bürgerlichen Gesellschaft selbst hervor? Nicht, daß ich hier den Staub brechen will über Einzelne. Nur Leidenschaft oder Verzweiflung kann solche Attentate hervorrufen. Aber auf dem Boden des Sozialismus kann überhaupt der Gedanke des politischen Mordes schon deshalb nicht reifen, weil wir ja wissen, daß das Individuum auf die Gestaltung der Dinge wohl Einfluß hat, aber keinen bestimmenden Einfluß. Wir wissen, daß die sozialistische Bewegung nicht geschaffen werden konnte durch einzelne Menschen, sondern durch die Verhältnisse, und daß er deshalb auch nicht vernichtet werden kann durch einen einzelnen. Das haben wir ja an Dismard gesehen, der bewaffnet war mit aller Macht der heutigen kapitalistischen Gesellschaft. Er ist gescheitert an seinem Versuch, die Sozialdemokratie zu vernichten. Wir wissen, daß, wenn ein Dismard getödtet wäre, ein beliebiger Hinz oder Kunz sich gefunden hätte, der sein Handwerk ausgeübt hätte. Wir wenden uns nicht gegen Personen, wir predigen die Vernichtung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, aus welcher der Anarchismus, aus welchem Attentate, aus welchen Verbrechen wie Luchsen und Cafertio hervorgegangen sind. Wir häufen die Verantwortung für diese Verbrechen der bürgerlichen Gesellschaft auf und wir drücken unseren Gegnern für die jetzige internationale Lage gegen die Sozialdemokratie, für den Versuch, Sozialismus und Anarchismus mit einander zu verquiden, das Brandmal der Schande auf die Stirn, indem wir diese Resolution annehmen. Genossen, ich bitte Sie, einstimmig dafür zu stimmen. Unsere Feinde sind international, wir haben die internationale heilige Allianz des Kapitalismus aller reaktionären Parteien gegen uns; aber auch wir sind eine Allianz, wir haben die Allianz des Proletariats, des internationalen Sozialismus und diese heilige Allianz wird in dem Kampfe, den wir ausnehmen, die heilige Allianz der Reaktionen zerschmettern. (Stürmischer Beifall und Händelklatschen.)

Die Resolution wird debattelos einstimmig angenommen.

Es folgt Antrag 100, der lautet: **Rei s t e r**: „Der Parteitag beschließt, die neugewählte Parteileitung möge der Frage nahe treten, ob es sich nicht empfiehlt, die im Jahre 1890 festgesetzten und seitdem in damals beschlossener Höhe bezahlten Gehälter für die Parteibeamten zu erhöhen.“

S i n g e r weist auf den § 14 des Organisationsstatuts hin. In Halle wurde die Maximalhöhe des Gehalts der Parteibeamten auf 250 M. begrenzt, in Erfurt wurde mitgetheilt, daß das Gehalt auf je 50 M. für die beiden Vorsitzenden, auf je 250 M. für die beiden Sekretäre und auf 150 M. für den Parteikassierer bemessen worden sei. Die Verhältnisse haben sich seitdem nicht geändert mit Ausnahme des Gehalts des Kassierers. Mit diesem Amte war früher eine andere Thätigkeit verbunden, es hat sich herausgestellt, daß die Zeit des Kassierers durch sein Amt vollständig in Anspruch genommen wird, und er ist in der Zwischenzeit mit den beiden Sekretären im Gehalt gleichgestellt worden.

Rei s t e r: Meine Begründung kann sehr kurz sein, die Arbeitslast der Parteileitung hat seit 1890 sich mit dem Wachstum der Partei bedeutend gesteigert. Auch die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich geändert, die Kosten des Lebensunterhaltes sind gestiegen. Nicht der gesammte Vorstand soll eine Erhöhung des Gehalts erfahren, nur der eine Sekretär und der Kassierer. **W e b e l** und **S i n g e r** haben

ihre Gehälter der Partei bisher immer überwiesen. Der eine Sekretär vertritt beim „Vorwärts“ die Geschäfte des Vorstandes und erhält hierfür vom „Vorwärts“ eine besondere Remuneration. Für den anderen Sekretär aber und den Kassierer ist eine Gehaltssteigerung zum Ausgleich der Bezüge notwendig. Mein Antrag spricht für sich selbst. Nehmen Sie ihn an. Es liegt ein genügend unterstützter Antrag auf namentliche Abstimmung vor.

Der Parteitag beschließt mit großer Majorität, eine Einschränkung bei der Abstimmung nicht vorzunehmen.

Die Abstimmung erzielt bei 2 Stimmhaltungen die Annahme des Antrages mit 100 gegen 61 Stimmen. Die Berliner Delegation stimmte mit Nein.

Es folgt die Gruppe der Anträge, die sich mit dem Ort und der Tagesordnung des nächsten Parteitages beschäftigen.

Antrag 15*) ist zurückgezogen. Der einzige Antrag, der sich auf die nächste Tagesordnung bezog. Es bleiben die Anträge, die als Orte für den nächsten Parteitag Hannover und Magdeburg in Vorschlag bringen.

R a u c h - Hannover empfiehlt in warmen Worten, das geographisch günstig gelegene Hannover zu wählen.

Eine Begründung für Magdeburg wird nicht gegeben.

Der Parteitag beschließt mit großer Majorität, Hannover als Ort des nächsten Parteitages zu bestimmen.

Das Ergebnis der Wahl der Parteileitung ist folgendes: Abgegeben wurden 202 Stimmzettel, von denen 13, weil mit mehr dem 7. Namen der Kontrollreue versehen, deshalb für ungültig erklärt wurden. Es wurden gewählt als Vorsitzende **W e b e l** mit 202 und **S i n g e r** mit 199 Stimmen, als Sekretäre **K u e r** mit 202 und **P f a n k u c h** mit 199 Stimmen, als Kassierer **G e r i c h** mit 200 Stimmen. **H o f m a n n - V i e l e f e l d**, **L e s c h e**, **J u b e i l** und **K u n e r t** erhielten je 1 Stimme.

Zu Kontrollreuen wurden gewählt **Rei s t e r** mit 173, **K a d e n** mit 123, **K o e n e n** mit 113, **R e y n e r** mit 112, **O e r t e l** mit 81, **B r a h n e** mit 80 und **F r a u B e t t i n** mit 79 Stimmen. Es erhielten außerdem Stimmen **D u b b e r** 66, **H e r b e r t** 62, **G e d** 54, **S e g i s** 49, **J u b e i l** 38, **M i c h - O f f e n b a c h** 36, **S t a d t h a g e n** 34, **K l e m m a n n** 31, **B a g n e r - B e r l i n** 17, **F r a u R i e g** 17, **H a b e r** 16, **G e r s t e u b e r g e r** 12, **E r d m a n n** 10, **L e i d** 7, **S t a d l e n** 6, **D u d** 2 und **Rei s t e r**, **P i n k a u** und **S c h e r e n** je eine Stimme.

S i n g e r: Wir stehen am Schluß unserer Arbeiten. Etwas allseitigen Beifalls entsprechend gebe ich unserem Genossen **G r e u l i c h** das Wort.

G r e u l i c h: Werthe Genossen! Ich bin seitens der anderen Gäste aus dem Auslande erlucht worden, noch einige Worte an Sie zu richten. Wir danken Ihnen zunächst für die freundliche Aufnahme, die wir bei Ihnen gefunden haben. Wir haben uns geföhlt wie zu Hause unter unseren Genossen, wir haben gesehen, daß die Sozialdemokratie Deutschlands, die Vertreterin von 2 1/2 Millionen Stimmen, verfügt über eine Anzahl ganz ausgezeichnete Theoretiker und Praktiker, Strategen und Kämpfer, und über Offiziere und ganz vorzügliche Unteroffiziere aus der Arbeiterklasse. Die Debatten über den Bergarbeiterkampf waren für uns geradezu erheben. Wir sahen, wie die Arbeiter selbst klar ihre Beschwerden und Wünsche hier vorbrachten. Geheiß, werthe Genossen, ist es richtig, daß die Partei, soweit es sich um ganz konkrete Fragen handelt, nicht in Streit geräth, sondern daß dann in kurzer und packender Weise alle das gleiche nur von verschiedenem Standpunkt aus sagen. Wenn es in den ersten zwei Tagen bei der Debatte über theoretische und im höheren Sinne faktische Fragen etwas hitzig zugegangen ist, so haben wir doch hier das gleiche gefunden, was wir wo anders auch finden, sobald man auf Fragen eingeht, die nicht im unmittelbaren Gesichtskreis liegen, bei denen die Anschauungen etwas freien Spielraum haben. Wenn die gegnerische Presse sich darüber lustig macht, so thut sie es nur, um sich selbst und die kapitalistische Gesellschaft zu betragen.

Wenn hier über die Endziele debattiert worden ist, so ist es doch klar, daß kein einziger der einander Bekämpfenden in That und Wahrheit über diese Endziele im Zweifel war. Nur die Darstellungsweise war es, die zu einer Debatte führen konnte. Und hier, Parteigenossen, erlauben Sie mir nun, der ich nicht Theoretiker bin, den ich nicht zu den Gebenden, sondern zu den Empfangenden gehöre, eine Bemerkung. Wenn da zeitweise die Köpfe sich erhitzen und vielleicht unnöthige Angst ausgeprochen wird vor der Verwundung, die da immer wieder als Schreckgespenst auftaucht, so will es nicht scheinen, es liegt auch nicht die mindeste Ursache dazu vor. (Sehr wahr!) Wir haben einerseits das große Gebäude, aufgestellt von unseren großen Meistern **M a r x** und **E n g e l s**, wir haben andererseits die Thatsache, es ist keine Zeile im „Kapital“ eine Spekulation ins Blaue hinein, sondern alles, was darin steht, wird belegt durch wirkliche Thatsachen; und so findet denn die Theorie, wenn sie sich einmal ein wenig zu hoch hinauswagt, ihre Korrektur immer wieder in den Thatsachen, sowohl in der ökonomischen Entwicklung einerseits als andererseits in dem Denken und Wollen der Arbeiterklasse, die durch diese wirtschaftliche Entwicklung beeinflusst wird. So lange wir diesen festen Boden der arbeitenden Klasse in Deutschland haben, ist es mir garnicht darum bange, daß die theoretischen Wäume in den Himmel wachsen.

Aber, werthe Freunde, erlauben Sie mir noch eine kurze Bemerkung mehr persönlicher Natur. Ich habe mit großem Interesse und mit einer wahren Freude gesehen, wie Genosse **K a u d i s c h** die angegriffenen Darlegungen des Genossen **V e r s i e n** behandelt hat. Das war sachlich vollständig auf der Höhe. Es ist aber so unter der Hand diese schöne Abhandlung so gedeutet worden, als sei sie der Anfang zu einer Abwägung eines Mannes, der in seinen Darlegungen sich nicht ganz dem Boden der sonstigen Kampanfstellung angepaßt hat. Werthe Genossen! Ich hoffe und ich glaube das nicht. (Sehr gut!) Ich bin der festen Ueberzeugung — wenn Sie diesen Noth und diese Meinungsäußerung von mir annehmen wollen — ich bin der festen Ueberzeugung, daß unsere Sache nur gewinnen kann durch Kritik. (Beifall.) Es ist der Gegensatz zwischen der bürgerlichen Revolution und der proletarischen revolutionären Bewegung von **K a r l M a r x** im „18. Brumaire“, in jenem Buche, das ein jeder lesen sollte, deutlich gesagt worden: Hier die bürgerliche Revolution, die die Drapierung der vergangenen Zeiten hervorholt und mit der Romantik ihre Revolution macht in der Meinung, aus der Idee heraus die Gesellschaft gestalten zu können — und da die proletarische Revolution, immer wieder von frischem anfangend, auf die Kritik zurückgehend und wenn sie zu weit geht, zurückgeworfen und genöthigt, wieder sich selbst zu kritisieren und von neuem zu gewinnen. Sie, meine lieben Freunde, die deutsche Sozialdemokratie, hat ein großes Erbtbeil angetreten von ihren großen Denkern **M a r x** und **E n g e l s**. Dieses Erbtbeil dürfen Sie nicht betrachten als eine Schatzkammer, an der nicht mehr gerührt wird (sehr gut!) sondern Sie müssen sie betrachten als ein Gut, das durch alle Zeit und durch alle Veränderung der Zustände gepflegt und gemehrt und lebendig erhalten werden muß. (Beifall.) Wir haben es nicht zu thun mit Wahrheiten in letzter Instanz, sondern mit einer Wissenschaft, die nur dann Wissenschaft ist, wenn sie jetzweilen mit den Thatsachen sich wieder abfindet. (Sehr gut.)

Bei der ungemein rapiden Entwicklung, in der nach jedem Jahrzehnt die Verhältnisse wieder anders vor uns treten, gilt es, mit diesen Verhältnissen sich wieder abzufinden. Und da, meine lieben Freunde, fürchte ich gar nicht, daß die Endziele ins Gebirge oder in Gefahr kommen. (Beifall.) Der Schlag, der in der Bewegung liegt, beruht ja nur auf einem Theile auf sicherem Wissen und zum größeren Theile im Wollen der Unterdrückten und im Glauben an die Zukunft. Und der Glaube steht so fest in unseren Massen, daß keine Abhandlung ihn aus ihrem Herzen herausreißen kann. (Beifall.) Darum denke ich, dürfen Sie ganz ruhig sein, wenn auch einige der Herren sich ein wenig in die Haare gerathen sind — die Sache marschirt trogalledem!

15. Die Parteigenossen in **B r e s l a u**: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: „Die Agrarfrage und die Sozialdemokratie.“

Und damit entbiete ich Ihnen meinen Glückwunsch zu dem vor-
trefflichen Verlaufe dieses Parteitages! (Stürmischer Beifall und
Gandelsachen.)

Singer: Ich kann den Schluß unserer Verhandlungen nicht
besser einleiten, als wenn ich dem Vordredner, unserem wackeren
Vorkämpfer, dem Genossen Gresslich herzlich danke für die
erhebenden Worte, die er an den Parteitag gerichtet hat. Er
in seiner Person verkörpert einen jahrzehntelangen Kampf für die
Befreiung der Arbeiterklasse. Und wenn er bei dem Genossen
ist, sich nicht in die Reihe der Theoretiker zu stellen, so wissen wir
doch besser, daß auch er mit seinem Wissen der Wissenschaft des
Sozialismus große Dienste geleistet hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Parteiengenossen! Wir sind nunmehr am Schluß unserer Arbeiten
angelaugt. Ich möchte zunächst den Stuttgartern namens des Parteitages
herzlich dank aussprechen für die brüderliche Gastfreundschaft,
die sie uns gewidmet haben (Lebhafte Beifall). Dank nicht nur für
das schöne, erhebende Fest, mit welchem sie den Parteitag begrüßt
haben! Auch nicht nur dafür, daß sie uns Gelegenheit gegeben
haben, in einer echten, rechten, gemüthlichen Weise von den Arbeiten
des Parteitages einen halben Tag auszuruhen! Nein, Dank auch
dafür, daß sie es verstanden haben, in so vortrefflicher Weise den
Parteitag zu organisieren, Dank für die treue, arbeitsreiche Unterstützung,
die die Stuttgarter Genossen während des ganzen Parteitages geleistet
haben! (Lebhafte Beifall.) Wir gehen aus Stuttgart mit der Ueberzeugung,
daß so leicht kein anderer Ort im Lande sein wird und im Lande
gewesen ist, uns den Aufenthalt so angenehm zu machen wie Stutt-
gart. (Lebhafte Zustimmung.) Und keinen anderen Ort werden wir
finden, in dem uns all' das mit so gutem Humor geboten wird,
wie es die Stuttgarter Genossen dank ihrer schwäbischen Natur
geben haben. Dank, unseren herzlichsten Dank dafür! (Pravos!)
Und weiter danke ich auch, namens des Parteitages, denjenigen
seiner Mitglieder, die in den Kommissionen gearbeitet haben.
Namentlich gilt dieser Dank der Mandatsprüfungs-Kommission,
deren Mitglieder das schwere Opfer gebracht haben, im Dienste
des Parteitages an seinen Verhandlungen sich nicht zu be-
theiligen. Wir wissen dieses Opfer zu schätzen, wir wissen,
daß jeder einzelne von Ihnen, der durch das Vertrauen seiner

Genossen hierher delegiert ist, den glühenden Wunsch hatte, nach
seinem besten Wissen und Können an den Beratungen des Partei-
tages sich zu beteiligen; auch Ihre Wähler werden Ihnen Ihre
Ueberwindung danken.

Und nun, Parteiengenossen, würde es ja nach den eben gehörten
Worten des Genossen Gresslich verfehlt sein, wenn ich Sie noch mit
einem langen Rückblick auf die Verhandlungen des Parteitages auf-
halten würde. Ich kann mit dem Genossen Gresslich sagen, daß dieser
Parteitag in der Geschichte der Sozialdemokratie eine wichtige Stätte
haben wird. Er hat aufläuternd gewirkt, er hat aber auch bewirkt,
daß, wie schon früher, eine Anzahl Hoffnungen, die aus dem Zerfall
und die Spaltung der Sozialdemokratie gerichtet waren, glänzend
ad absurdum geführt worden sind. (Lebhafte Beifall.) Die Gegner,
welche glaubten, daß die Sozialdemokratie von Stuttgart in zwei
Lager getheilt zurückkehren würde, sie haben auf diesem Parteitag
lernen gelernt, daß weit über alle Meinungsverschiedenheiten in
Einzelfragen das Bewußtsein in jedem Parteiengenossen lebendig ist,
daß er arbeiten muß im Dienste der Gesamtpartei. (Lebhafte
Beifall.) Und wie die Hoffnungen auf eine Spaltung der
Partei, so sind auch die Hoffnungen derer getäuscht worden,
die da geglaubt haben, daß der Stuttgarter Parteitag der
Anfang sein werde einer Juräventwicklung der Sozial-
demokratie zu einer bürgerlichen Partei. Ich meine, unsere
Debatten haben aufs neue den Beweis geliefert, daß die sozial-
demokratische Partei, vertreten durch diesen Parteitag, einig ist, und
daß die Sozialdemokratie ist, was sie war, und daß sie bleibt, was
sie ist. (Lebhafte Beifall.) Von neuem haben wir auch unsere
Verhandlungen gezeigt, daß die Sozialdemokratie die Partei der
proletarischen internationalen Brüderlichkeit ist. (Lebhafte Beifall.)

Ich gehe auf die einzelnen Punkte der Verhandlungen nicht ein.
Ich möchte meine Worte schließen mit der Aufforderung, das, was
wir hier in theoretischer und praktischer Beziehung gelernt haben,
das, was hier als die Meinung der Partei in Beschlüssen nieder-
gelegt ist, und namentlich auch das, was durch die Annahme der
beiden letzten Resolutionen als die einmüthige Auffassung der Partei
ausgesprochen ist, nunmehr in den parteigenössischen Kreisen zu
propagieren (Beifall) und dafür zu sorgen, daß es eindringt in die
Herzen und die Köpfe der deutschen Arbeiterklasse, auf daß

die Sozialdemokratie auch die Früchte dieses Parteitages erntet.
(Beifall.)

Wir gehen einer Zeit entgegen, in der vielleicht mehr wie sonst
die Sozialdemokratie einig und geschlossen dem Ansturm der
Reaktion, dem Ansturm des Kapitalismus gegenüberstehen muß.
Wir haben Zeiten durchgemacht, wo man mit der Reife
des Sozialistengesetzes die sozialdemokratische Partei niederzudrücken
suchte, wir haben dann eine Zeit bekommen, wo man mit dem
Zuckerbrot der sogenannten Sozialreform und zu fördern glaubte;
wir gehen einer Zeit entgegen, in der das Koalitionsrecht bedroht
ist, in der man den Versuch machen will, durch Stockprügel auf den
Nagen die Arbeiter zu zwingen, sich den niedrigsten und schlechtesten
Arbeits- und Lohnbedingungen zu fügen. All' das sind vergebliche
Kämpfe. Wenn irgend etwas im Lande wäre, die Lebendigkeit
unserer Agitation noch zu stärken, dann wären es diese Versuche,
die auf Jagden, bei Festmählern, bei Paraden gemacht worden, um
die Forderungen der Sozialdemokratie zu belämpfen. Wir sind viel
zu sehr durchdrungen von der Pflicht der Durchführung des
sozialdemokratischen Programms, so sehr durchdrungen von
der ehernen Nothwendigkeit, mit der die kapitalistische Gesell-
schaft zu Grunde gehen muß, daß wir alles, was wir
auf dem Wege nach vorwärts der heutigen Gesellschaft abringen,
nur als eine Abschlagszahlung betrachten, als eine Wegzehrung auf dem
Marsche zu unserem Ziele, welches besteht in der Befreiung des
Proletariats aus dem Doppelschloß der ökonomischen Unterdrückung
und der politischen Rechtlosigkeit. (Lebhafte Beifall.)

Mit dieser auch in Stuttgart befestigten Auffassung ziehen wir
in unsere Kreise zurück, zu neuen Kämpfen, zu neuen Siegen.

Parteiengenossen! Das Banner hoch!

So wie immer, so schließen wir auch diesmal unsere Verhand-
lungen mit dem Gelübde der Treue für unsere Sache, indem wir
rufen: Die deutsche und die internationale Sozialdemokratie sie lebe
hoch! (Stürmischer Beifall.)

Die Parteiengenossen erheben sich von den Plätzen, stimmen drei-
mal begeistert in das Hoch ein und singen stehend den ersten Vers
der Arbeitermarseillaise.
Schluß 12 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Theater.

Sonntag, 9. Oktober.
Freie Volksbühne. Friedrich;
Wilhelmshadt. Theater;
Des Meeres und der Liebe Wellen.
2. Abtheilung. Anfang nach-
mittags 2 1/2 Uhr.
Opernhaus. Taubhäuser und der
Sängertrief auf der Wartburg.
Anfang 7 Uhr.
Montag: Don Juan.
Schauspielhaus. Auf der Sonnen-
seite. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Neues Opern-Theater (Kroß).
1812. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Das Verwünsch. An-
fang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 2 1/2 Uhr: Die Weber.
Montag: Cyrano von Bergerac.
Schriner. Jaja. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 2 1/2 Uhr: Faust (L. Epel).
Montag: Jaja.
Leitung. Im weißen Rössl. Anfang
7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Großmama.
Montag: Großmama.
Reichens. Frühlingssende. Hierauf:
Eifersucht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Jugend.
Montag: Eifersucht. Frühlingss-
sende.
Neues. Spargel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Emilia Galotti.
Montag: Spargel.
Schiller. Bartel Turaser. Anfang
8 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Der Traum ein
Leben.
Montag: Bartel Turaser.
Westen. Gegen Drogin. Anfang
7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Die Hausenerche.
Montag: Die Hühn.
Metropol. Das Paradies der Frauen.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Central. Die Weisha. Anf. 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Der Obersteiger.
Montag: Die Weisha.
Thalia. Unser lustiges Berlin. An-
fang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Die Braut von
Messina.
Montag: Unser lustiges Berlin.
Luisen. Jocko's Streiche. Vorher:
Der dritte Kopf. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Gefährliches Glück.
Montag: Jocko's Streiche.
Velle. Alliance. Napoleon oder:
Die hundert Tage. Anfang 8 Uhr.
Nachmittags: Kabelle und Klebe.
Montag: Napoleon.
Ehrend. Robert und Bertram, oder:
Die lustigen Vagabunden. Anfang
7 1/2 Uhr.
Nachm. 2 1/2 Uhr: Neue freie Volks-
bühne: Die Agrarkommission.
Montag: Robert und Bertram.
Friedrich. Wilhelmshadt'sches.
Die Waife aus Lowood. Anfang
8 Uhr.
Montag: Der Beidenfresser.
Alexanderplatz. Heinrich Heine.
Vorher: Eine Ehrlöse. Anfang
8 Uhr.
Nachm. 4 Uhr: Der Rattenfänger
von Hameln. Schneewittchen und
die sieben Zwerg.
Montag: Eine Ehrlöse. Heinrich
Heine.
Parodie. Jugend. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48-49.
Naturkundliche Ausstellung. Tägl-
lich geöffnet von 10 Uhr vor-
mittags ab. Eintritt 50 Pf.
Abends 8 Uhr: Die Urzeit des
Menschen.
Invalidenstr. 57/62. Täglich
abends von 5-10 Uhr: Stern-
warte, Opernterphon.
Apollo. Spezialitäten. Vorstellung.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Anfang 7 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezial-
itäten-Vorstellung.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Sonntag Nachm. 3 Uhr:
Der Traum ein Leben.
Abends 8 Uhr:
Bartel Turaser.
Montag:
Bartel Turaser.
Dienstag:
Bartel Turaser.
Mittwoch:
Wallensteins Lager.
Die Piccolomini.

Ostend-Carl Weij-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Nachm. 2 1/2 Uhr:
Neue freie Volksbühne.
Die Agrarkommission.
Abends 7 1/2 Uhr:
Robert und Bertram
oder
Die lustigen Vagabunden.
Poffe mit Gesang in 4 Akten von
Käber.
Im Tunnel: Freil-Konzert.
Anfang 6 Uhr.
Montag u. Dienstag: Robert und
Bertram. Mittwoch: Schlung sel.
Woe. Donnerstag: Der Götter-
besüger. Sonnabend: Berlin, wie
es weint und lacht. In Vorbereitung:
„Das Räthchen von Dellbronn.“

Central-Theater

Direktion: Joss Ferenczy.
Nachmittags 3 Uhr:
Zu bedeutend ermäßigten Preisen:
Der Obersteiger.
Operette in 3 Akten von Karl Zeller.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Geisha
oder: Eine japanische Ehehaus-
Geschichte.
Operette in 3 Akten von Owen Hall.
Musik von Sidney Jones. Deutsch
von C. M. Höhr und Julius Freund.
In Szene gesetzt von J. Ferenczy.
Dirig. Hr. Kapellmeister C. Goldmann.
Rassendöffnung von Vormittag 10 Uhr
an ununterbrochen bis Abends.
Vorher und die folgenden Tage:
Die Geisha.

Luisen-Theater

34. Reichsbergerstr. 34.
Nachmittags 3 Uhr:
Volks-Vorstellung zu kleinen Preisen.
Novität! Novität!
Gefährliches Glück.
Ein Stück aus dem Leben in 4 Akten
von Maximilian Braun.
Abends 8 Uhr:
Jocko's Streiche
Burdelle nach dem Englischen in
3 Akten von James Carlisle, deutsch
von B. Sallis.
Jocko: Paul Herbig
vom Apollotheater in Nürnberg.
Vorher:
Der dritte Kopf.
Poffe in 1 Akt von Franz Wallner.
Montag und folgende Tage:
Jocko's Streiche.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73.
Nachm. 3 Uhr:
Volks-Vorstellung unter Regie von
Julius Türk.
Abends 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Helmerding.
Unser lustiges Berlin.
Große Gesangsposse in 4 Bildern
von E. Sondermann u. G. Bischoff.
Couplet von Alfred Bender.
Musik von Curt Goldmann.
Vorher: Diefelbe Vorstellung.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Die Urzeit des Menschen.
Invalidenstr. 57/62:
Tagl. Sternwarte.
Taubenstrasse im Hörsaal:
Experim. u. Projekt.-Vorträge
Kunst-Schaubühne
in der Urania,
Invalidenstrasse No. 57.
Sonntag, den 9. Oktober, 5 Uhr:
Eine Wanderung
durch Pompeji
mit farbigen Lichtbildern.

Berliner Aquarium

Unter den Linden 68a,
Eingang Schadowstr. 14.
Heute, Sonntag, Eintrittspreis
50 Pf.
Reichhaltigste Sammlung
der Welt an lebenden Seethieren,
Reptilien etc.

Passage-Panopticum.

Geöffnet von 9 Uhr früh bis
10 Uhr abends.
Der
berühmte L. I.
Geheimmeister
Mr. Sullivan
und
seine Schülern
Petö Aranka.
Separat-
Vorstellung tägl.
Mittags 12 Uhr.
Son 6 Uhr ab:
Théâtre-Variété
ohne
Extra-Entrée.

Castan's

Panopticum.
Neu!! Neu!!
Lebendig
begraben!!

Circus Busch

Sonntag, den 9. Oktbr. 1898:
Zwei
große brillante Vorstellungen.
Nachmittags 4 Uhr: 1 Kind unter
10 Jahren frei; weitere Kinder unter
10 Jahren zahlen auf allen Plätzen
halbe Preise. Diese Vorstellung ist
einem reichhaltig als die Abend-
Vorstellung. Vorführung von Reit-
und Schulpferden. Auftritten aller
neueingegitren Weltkünstlerinnen und
Künstler. Auftritten der vorzüglichsten
Hochschullehrer „Troupe Bracks“.
Abends 7 1/2 Uhr: Auftritten des
Herrn Franz Gebhardt, Ritter
v. p., höherer Offizier der k. k. spani-
schen Hofkutschschule in Wien. Aufzug
sammlerlicher Reitertruppen in prunk-
voller Ausstattung. Zusammenkunft
der Blumen, großes Ballet-Diver-
tissement. Die neuen Freiheits-
festuren des Direktor Busch. Auf-
tritten aller neueingegitren Weltkünf-
terinnen und Künstler mit den besten
Nummern ihres Repertoires.
Vorher Montag 7 1/2 Uhr: Elite-
Abend mit neuem glanzvollem
Programm.

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55-57.
Direktor: Rich. Schultz.
Novität. Zum 36. Male: Novität.
Das Paradies der Frauen.
Im 2. Bilde: Die Woden des
Jahrhunderts.
Im 3. Bilde: Eva's Verwünsch.
Anfang d. Vorst. 1/3 Uhr. Ende gegen
11 Uhr. Morgen u. folgende Tage:
Das Paradies der Frauen.

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 118.
Direktion: E. Waldmann.
Consuela Tortajada.
Prinzessin Pocahuntas.
Familie Agoust.
Jean Chermont. Montroses.
The Troubadours.
Kasseneröffnung 6 Uhr, Anfang
der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Olympia Theater

(Circus Renz) Karlstrasse.
Heute u. folgende Tage:
Größter
Schlager
der Saison
Anfang
7 1/2 Uhr.
Parquet 2,30 M.
incl. Garderobe.
Borverkauf v. 10 Uhr vorm. an.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger
(Mensch, Victor,
Britton, Steidl,
Krone, Köhl,
Schneider
und Schrader).

Aleazar-Theater

Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Täglich mit großem Erfolg:
Tantalus
oder: Hungrige Liebe.
Schwanz in 1 Akt v. Georg Kaiser.
Neu! Neu! Neu!
Die Stadtrathswahl.
Poffe mit Gesang und Tanz.
Gesamtauftritten des
neueingegitren Künstler- und
Spezialitäten-Personals.
Anfang. Sonntag 6 Uhr.
Entrée 30 Pf. Res. Platz 50 Pf.
Borverkauf bis 11 Uhr abends.

Feen-Palast- Theater

Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Direktion: Winkler und Fröbel.
Großer Lacherfolg.
Richard Winkler als Timpel,
Wilhelm Fröbel als Köhlich.
Jahres-Dienstmann
in der abendl. um 8 1/2 Uhr
mit hübschem Beifall
zur Aufführung gelangenden
Ausstattungs-Gefangs-Poffe
Berlin, wie es liebt
und radelt!
Dazu das vorzügliche
Oktober.
Niesen-Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntag 6 Uhr.
Entrée 50 Pf.
Rasseneröffnung eine Stunde
vor Anfang.
Borverkauf vom v. 11-1 Uhr.

Mähr's Theater

Oranienstr. 24.
Täglich
Spezialitäten- und Theater-
Vorstellung.
Charley's Lante.
Burdelle.
The tree Brothors Wells,
Kfzboten an den hängenden Ketten.
Anfang an den Wochentagen 8 Uhr.
Sonntag 6 Uhr.
Bonds haben Wochentags Gültigkeit.

W. Noack's Theater

Brannenstr. 16.
Deuts. Sonntag, den 9. Oktober:
Ein Berliner Wucherer
oder:
Der Drachsenkutscher und sein Kind.
Burdelle mit Gesang in 5 Akten
von Ernst Gieseler.
Nach der
Vorstellung:
Lanztränzen.
Montag:
Ein Berliner Wucherer.

Volks-Theater im West-Restaurant

Dresdener-Str. 97.
2 sensationelle Novitäten:
!! Adele's Geburtstag!!
Poffe mit Gesang von F. Waldau.
Das
Gehmüth der jungen Wamsel.
Schwanz mit Gesang von D. Julius.
Neu! Paul Rochelly. Neu!
Der Champion aller Bandführer.
Neu! Max Hildebrandt. Neu!
Der lustige Stadtrathswahl zu Pferde.
Bonds haben an allen Wochentagen
Gültigkeit. - Direktion: A. Kolig.
Kunstlicher Leiter: A. Runge.

Concerthaus.

Leipzigerstr. No. 44
Täglich:
Hoffmann's Quartett-
Humoristen und
Schauspiel-Ensemble
Zum Schluß:
Der liebe Onkel.

Der liebe Onkel.

Quästpiel
in 4 Akten von Rudolph Kneffel.
Anfang: Sonntag 7 Uhr.
Wochentags 8 Uhr.

„Zur Klosterglocke“

Kommandantenstr. 65.
an der Alten Jakobstr.
Empfehle Freunden und Be-
nossten mein Weiss-u. Bierloch-
Bier-Lokal. Destillation und
Frühstückstube. 60830
Gustav Ladewig.

Achtung!
Wittmoos: fr. Blut u. Lederwurfs.
Liedersengel, Parliannenstr. 48.

Gesellschaftshaus

Zwischenmünderstr. 42.
Jeden Sonntag: Ball und
Theater-Vorstellung. 61212

„Alt-Berlin“

Am Holkenmarkt
12. Wollenstr. 12.
Empfehle meine Restauration.
kgl. wärm. Heilbad, sowie Wittags-
u. Abendessen zu soliden Preisen.
61882 Hermann Gärtner.

Wirthshaus zur Laube

Stallschreiberstr. 17.
Empfehle mein Restaurant nebst
grohem Vereinszimmer, event. mit
Klavier und Billardbenutzung. 14025
Hermann Gaeckle.

Johannisthal!

Park-Restaurant!
Jeden Sonntag: Gr. Ball
unter Leitung des Tanzlehrers
Herrn Otto Wildauer.
Abonnement für Herren 75 Pf.
Damen frei. 61922
Die Kaffeeküche ist v. 2 Uhr
ab geöffnet. Zwei Regelbahnen,
Bereine erhalten Extra-Preise.
Wwe. Rau. 60312

Möbel

Kleiderschrank, einfach, v. 30 R. an.
Schränke v. 36, Wäschekabinen v. 36,
Schlafsofa's v. 30, Wohnzimmers-
sofa's v. 25, Pianosofa's v. 60,
Pflanzgeräthe in 1. all. Park. v. 100,
Bettstellen u. Federboden v. 30, Ruhe-
betten mit Leder v. 33, Marmor-
tischchen v. 25, Kommoden, Küchenge-
räche v. 16, Sophas, Kuchenschrank
v. 15, Rohrstühle v. 2 1/2, sowie alle
sonstigen Möbel in großer Auswahl
allerbillich. - Hochhandige Einrich-
tungen, besonders preiswerth, trans-
portfrei. - 60312

Möbel auf Zahlung

unter Garantie, unter soliden Be-
dingungen. Schier, Riedelstr. 13.

zurückgekehrter Teppiche!! Portiären!! Gardinen!! Steppdecken!!

erkannlich billig.
Teppich-Haus
Emil Lesèvre, Berlin S
Oranienstr. 158.
Prachtkatalog
mit bunten Teppich-
Illustrationen, sowie circa 200
Gardinen- und Portiären-Abbil-
dungen in künstlerischer Aus-
führung auf Wunsch gratis und
hantl. 61023

Größtes Teppichhaus Berlin.

Zur Aussteuer!

Große
Bettfedern und Daunenn
von 50 Pf. pro Pfund an
bis zu den feinsten Qualitäten
zu allen
Preisen!
R. & S. Moses
4. Reinickendorferstr. 4,
an der Markthalle. 61978

Grosse Betten 11, 50 M.

Kompletter Stand, enthaltend:
Oberbett, Unterbett u. 2 Kissen
für 11, 13, 16, 19, 22.
Doppeltgereinigte
Bettfedern und Daunenn
von 50 Pf. pro Pfund an
bis zu den feinsten Qualitäten
zu allen
Preisen!
R. & S. Moses
4. Reinickendorferstr. 4,
an der Markthalle. 61978

Flora-Säle

Bernh. Nestl, 17. Weberstr. 17.
1000 Pers. fassend. Bohl, neu einger.
29. Oktober, 26. Nov.,
10. u. 17. Dezbr. frei!

Brauerei Friedrichshain (früher Lipps.)

Sonnabend, den 15. Oktober 1898:

Großes Konzert,

veranstaltet von den Vereinen **Gerechtigkeit, Freiheit und Frühlingsluft** (R. d. U. S. A.)

unter Leitung ihres Dirigenten Herrn **Schönberger** und unter Mitwirkung des Konzert- und Oratorienführers Herrn A. Heilmann, des Opernführers Herrn Leo Gollanin, des Pianisten Herrn H. Berger, und des Violin-Virtuosen Herrn Walter P. Smith.

Programm:

- I. Theil**
1. a) Festgesang Itzhmann.
 - b) Saat und Ernte Himmel. Die Vereine.
 2. Air varié Sieurtempé. Herr Smith.
 3. a) Lied aus d. Postillon Adam.
 - b) Zauberlied Wiener-Festmann. Herr L. Gollanin.
 4. a) Romanze Wilhelm. Herr Smith.
 - b) Spanischer Tanz Rehsfeldt. Herr Smith.
 5. a) Drei Wanderer Hermann. Herr A. Heilmann.
 - b) Ständchen Schumacher. Herr A. Heilmann.

- II. Theil**
- „Columbus“!**
- für Männerchor, Soli u. Pianofortebegleitung von Brambach.
- Männerchor Die Vereine.
- Dirigent Herr Schönberger.
- Columbus Heilmann.
- Der Führer Gollanin.
- Stabier Berger.

Nach dem Konzert: **BALL.**

Einfahrt 30 Pfennig. Es ladet ergebenst ein

(69/4)

Tanz 50 Pfennig. Das Komitee.

Arbeiter-Bildungs-Schule

„Luisenhof“, Buckowerstr. 9, II. Lehrplan für das IV. Quartal 1898.

Unterrichtsfach	Behandelter Lehrstoff	Lehrer	Unterrichts-Abend
Rede-Uebung.	Referate und Diskussion über Themata aus dem wirtschaftlichen, sozialen und gewerkschaftlichen Leben.	Schriftsteller Richard Calwer	Montag
Geschichte.	Drei Jahrhunderte wirtschaftlicher, sozialer und politischer Kämpfe.	Schriftsteller P. Kampfmeyer	Dienstag
Gesetzskunde.	Gewerbe-Ordnung. Gesetz über die Gewerbeverträge. Der Arbeitsvertrag, insbesondere auch im Bürgerlichen Gesetzbuch. Strafrecht, unter Berücksichtigung der strafrechtlichen Nebengesetze, insbesondere des § 153 der Gewerbe-Ordnung. Strafverfahren. Strafprozess. Bürgerl. Recht. Stellung der Handlungsgehilfen im neuen Handelsgesetzbuch.	Rechtsanwalt ?	Donnerstag
National-Oekonomie.	Grundzüge der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Gewerbe-Ordnung. Handelspolitik. Steuerfragen.	Schriftsteller Max Schippel	Freitag

Der Unterricht beginnt in **Rede-Uebung** Montag, den 10. Oktober; **Geschichte** Dienstag, den 11. Oktober; **Gesetzskunde** Donnerstag, den 12. Oktober; **National-Oekonomie** Freitag, den 13. Oktober. — Jeder Kursus erstreckt sich auf 10 Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 M. und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen.

Der erste Abend jedes Kurses steht Jedermann zum unentgeltlichen Besuch frei.

Ausserdem finden in kurzen Zwischenräumen, Sonntags-Versammlungen statt.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt — am besten bei Beginn jedes Kurses — im Schullokal **Buckowerstrasse 9** und in nachstehenden Zahlstellen: **Gottfr. Schulz**, Admiralstr. 40a; **Reul**, Barnimstr. 42; **Schiller**, Rosenthalerstrasse 57; **Gleiner**, Müllerstr. 7a.

Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden **Hermann Lammé**, Tempelhof-Berlin, Berlinerstr. 36, Geldsendungen an den Kassierer **H. Königs**, Berlin S. 59, Dieffenbacherstr. 30, zu senden.

Der Vorstand.

Verband der Sattler und Tapezierer.

Sonnabend, den 15. Oktober 1898, in Cohn's Festsälen, Beuthstraße 21:

Behntes Stiftungsfest.

Konzert, Gesangsvorträge 156/20 (Gesangverein der Buchbinder u. Berliner Alt-Trio)

Anfang 9 Uhr. **Festrede und Ball.** Eintritt 30 Pf. Die Kollegen werden gebeten, sich recht zahlreich zu beteiligen. Das Comité

Julius Wernau's Restaurant

und Festsäle Schwedterstraße 23/24. Sonnabends und Sonntags in 3 Sälen **Vorstellung und Tanz.** Angenehmer und gefelliger Aufenthalt. Zum Besuch ladet ein **J. W.**

„Hülfe!“

Ohne ärztliche Untersuchung kann jede männliche sowie auch jede weibliche Person im Alter von 14. bis 60. Jahre der Krankenkasse „Hülfe“ für äußerst billige Monatsbeiträge beitreten. **Aufnahme kostenlos** im Bureau der „Hülfe“, Berlin SO, Stalinerstr. 82, I (am Schlesischen Thor).

Zahlstellen und Agenten allerorts gesucht! (61908)

Gardinenhaus L. Loewenthal,

Kein Laden! 101. Grüner Weg 101, 1. Etage! Teppiche, Steppdecken, Gardinen spottbillig!

Ausschließlich eigenes Fabrikat

Damen-, Herren- und Kinderwäsche, Arbeiter-Hemden, Blousen, Jacken und Hosen, Strumpfwaren. 60088

D. Wurzel & Co., Wäsche-Fabrik,

17. Wrangelstrasse 17, Ecke Maniusseffstrasse.

Zum Umzuge
empfehle sozialistische Bilder und Hausgegenstände, mit und ohne Rahmen zu billigen Preisen. (61952)

Th. Mayhofer Nachf.,
Sozialistische Buchhandlung,
Berlin N., Weinbergsweg No. 15b.

Schelhauer's Stenographie:
42 Zeichen; fast gar keine Regeln; keine verstärkten Züge; grösste absolute Schriftkürze, daher keine Signale; denkbar grösste Einfachheit u. Brauchbarkeit. Ausführl. Lehrmittel z. Selbstunterricht für jedermann 1,20 M. Karl Schelhauer, Breitkopfstr. 4, Leipzig I. Wörtliche stenographische Aufnahme der Verhandlungen von Kongressen und Versammlungen aller Art an allen Orten zu mässigen Preisen. 62351

Herbst-Saison.

Preis-Liste

Carl Stier

Fabrik für Herren- u. Knaben-Garderobe

168 Oranien-Strasse 168

(zwischen Oranien-Platz u. Adalbert-Strasse).

Meine durchaus solid gearbeiteten, tadellos sitzenden Waaren, welche nach den modernsten Facons angefertigt sind, empfehle zu folgenden billigen Preisen:



A. Anzüge.

Haltbarer Jacket-Anzug von festem gew. Buckskin 12.- M.
Gewirter Stoff-Anzug, solid und fest . . . 15.-
Diagonal-Cheviot, schwarz, blau oder braun . . . 16,50
Melton-Cheviot, ein- u. zweireihig, haltbarer Stoff 18.-
Kammgarn-Anzug in schw. Satin-Kammgarn . . . 22,50
Kammgarn-Cheviot-Anzug in schwarz, blau oder braun, praktischer, eleganter Anzug . . . 22,50
Zwirnbuckskin-Anzug, sehr solid und dankbar . . . 22,50
Kammgarn-Anzug in Diagonal, eleganter Anzug 25.-
Cheviot-Anzüge in reiner Wolle, sehr haltbar, schwarz, braun oder blau 45.-, 42.-, 36.-, 33.-, 30.-, 27.-, 25.-
Rock-Anzüge in Aachener Kammgarn od. Cheviot, feine Salon-Anzüge, 48.-, 45.-, 39.-, 35.-, 30.-
Gehrock-Anzüge, hochfeine Gesellschafts-Anzüge, 50.-, 45.-, 42.-, 36.-

B. Paletots.

Paletot von braun oder blau Eskimo, mit Futter und Sammetkragen . . . 15.- M.
Paletot von braun oder blau Eskimo . . . 18.-
Paletot von modif. Loden 18.-
Paletot von Eskimo, sehr solide Qualität . . . 25.-
Paletot von Cheviot oder Floconné, englische od. anliegende Form . . . 25.-
Paletot von Diagonal-Cheviot oder Montagnac mit feinem Futter . . . 30.-
Paletot von feinem Eskimo, in allen Farben, sehr elegant und solide . . . 33.-
Sport-Paletot in den beliebten grünlichen Farben . . . 33.-
Hochfeine Carl-, Cheviot-, Montagnac-, Eskimo- u. Sport-Paletots mit feinem Woll- oder Steppatlasfutter 54.-, 48.-, 45.-, 42.-, 36.-

C. Hosen.

Stoffhose von gewirtem Buckskin . . . 3.- M.
Stoffhose in haltbarem Stoff, schön gestreifte Muster 3,50
Gewirte Stoffhose in modernen Mustern . . . 4.-
Gestreifte Buckskin- oder Cheviot-Hose, haltbarer Stoff 4,50
Zwirnbuckskin-Hose in hellen u. dunklen Farben, dauerh. Kammgarn-Hose in schönen Mustern, elegante Streifen 5.-
Velour-Hose, schwere Qualität, alle Farben 6,50 und Kammgarn-Hose in schwarz oder blau gestreift . . . 6,50
Sämtliche feinere Qualitäten in Kammgarn, Cheviot, Velour, Zwirnbuckskin, die neuesten und elegantesten Muster . . . 16.-, 12.- und 7.-

D. Hohenzollern- und Pelerinen-Mäntel

führe ich in sehr grosser Auswahl in schwarz, blau, braun, mode und den beliebten Lodenstoffen 65, 54, 45, 36, 25, 20-18 M.

E. Joppen

habe ich einen ausserordentlich grossen Vorrath in haltbaren Lodenstoffen, warm gefüttert, am Lager zu 20, 16,50, 15, 12, 10,50, 8,50, 6,50, 5,00 M.

Knaben- und Jünglings-Joppen bis zu 4,00 M.

Knaben-Anzüge u. Paletots, Jünglings-Anzüge, Havelocks, Reisemäntel.

Mein Stofflager bietet an Reichhaltigkeit der Auswahl für jeden Geschmack, etwas Maass-Anfertigung in besonderer Abtheilung.

Nach auswärts sende Muster und Maassanleitung frei zu und liegen Hunderte von Anerkennungen über gute Lieferung vor.

Ich bemerke noch ausdrücklich, dass die Verkaufspreise auf jedem Gegenstand angegeben sind und Handeln höchst verboten wird.

Zur Metallarbeiter-Börse
Gartenstr. 50. Weiss- u. Baurischbier-Lokal. Gartenstr. 50. 2 Vereinszimmer zu vergeben. Täglich Hitherfoniert. (62342)*
Karl Risch, Fundmacher, Gartenstr. 50.
Telephon Amt IV 3923.

Zum Ausschneiden Fruchtweine.

(Obst- und Beerenweine.)
Ausführliche Beschreibung über Werth und Heilkraft der Fruchtweine u. Preisliste, welche zu verlangen bitte.

- Preise für 1/2-Liter-Flaschen** (einschliesslich Flasche):
Leere Flaschen werden mit 10 Pfennig pro Stück zurückgenommen.
- | | |
|---|--|
| Apfelwein, herb 0,40 M. | Hollunderbeerenwein, herb, nicht urtätend und glänzt a. Nieren u. Leber 1,10 |
| 10 Fl. 3,75, 30 Fl. 10,50 M. | Wacholderbeerenwein, bei Nierenschwäche, Gicht, Stein-, Nieren- und Leberleiden 1,10 |
| Apfelwein, herb (Frankf.) 0,50 | Maulbeerenwein, süß 1,10 |
| 10 Fl. 4,75, 30 Fl. 13,50 M. | Erdbeerenwein, süß u. leicht, Gicht- und Steinleiden, Leberleiden, Ausschlag 1,20 |
| Apfelwein, süß 0,50 | Apfelsinenwein 1,20 |
| 10 Fl. 4,75, 30 Fl. 13,50 M. | Preisselbeerenwein, süß, mit Wasser verdünnt, besonders wohlschmeckendes Getränk und bei verschiedenen Krankheiten zu empfehlen, ferner bei altem Gelenkheumatismus u. bei Gicht, als Blutreinigend und gegen Gicht 1,20 |
| Apfelwein (Worsdorfer) 0,65 | Pomeranzenswein, magenstärkend 1,50 |
| 10 Fl. 6 M., 30 Fl. 18 M. | Rhabarberwein (bei Stuhlverstopfung), süß 1,00 |
| Johannisbeerenwein, Erley | Honigwein, süß und herb (für Hals-, Brust- und Lungenkrankheiten) 1,30 |
| f. Ungarwein, süß, roth 0,75 | Wermuthwein, appetit-erregend 1,50 |
| do. weiß 0,75 | do. 1/2 Flasche 0,90 |
| do. feinstes roth 1,00 | |
| do. weiß 1,00 | |
| do. süß, Schwärz 1,10 | |
| do. herb, roth 1,00 | |
| Stachelbeerenwein, süß . . . 0,75 | |
| do. feinstes 1,00 | |
| Heidelbeerenwein (bei Darmkatarrh, Diarrhoe), Gebrauchsanweisung a. d. Tafel jeder Flasche | |
| süß, feinstes 1,10 | |
| Heidelbeerenwein, süß . . . 0,75 | |
| do. herb 0,75 | |
| do. feinstes, herb 0,90 | |
| Kirschwein, bei Schilddrüsenerkrankheit, Blutmangel u. Bleichsucht, süß und herb 1,00 | |
| Himbeerwein, süß 1,00 | |
| Brombeerenwein, süß (gegen Rheuma, Beriberi, Husten, Influenza) Gebrauchsanweisung auf dem Etikett jeder Flasche . . . 1,10 | |

Ungarischer Traubenmost (alkoholfreier Wein):
Rein 1,00, Glasf. Fl. 1,10. Burg u. Fesler 1,75 M.

6 Sorten Frucht-Schaumweine, 20 Sorten Fruchtsäfte.

Besonders empfehle:
Himbeer-, Kirschsafi, Johannisbeersaft, gemischten Fruchtsaft, prima Qual. Fl. 1,20, 5 Fl. 5,75 M. (event. fortirt).
Reiner Citronensaft (ohne Zuckerzusatz), Fl. 0,40, 0,75, 1,60, 3,00 M.

Preisliste bitte zu verlangen.

Der Geschmack meiner reinen Fruchtweine ist so vorzüglich, daß sie als Tischwein und Dessertwein voll und ganz die theuren ausländischen Traubenweine ersetzen, welche letztere bekanntlich zum größten Theil gefälscht oder überhaupt verjälcht sind.

Preismässigungen (Apfelwein ausgenommen):

Bei Abnahme von 5 Flaschen an, auch fortirt, je 5 Pfg. billiger.
10 10
25 15

Rezepte zur Verwendung der Fruchtweine in der Küche gratis.

D. Mader,

Berlin S., Prinzenstrasse No. 37.

Verkaufsstellen:

- | | |
|---|---|
| S. u. SW.:
Mader, Prinzenstr. 37.
Braun, Rottbuler Damm 5.
Vengelsfeld, Bergmannstr. 14.
Zaatz, Waldemarstr. 28.
Geutlich, Annenstr. 11.
Roussin, 32. | O. NO. u. SO.:
Schmidt, Petersburgerstr. 85.
Kauf, Gr. Frankfurterstr. 66.
Haderer, N. d. Reichsstr. 1.
Kahler, Hadererstr. 29.
Kroher, Swinemünderstr. 81.
Grafhoff, Blumenstr. 51.
Neumann, Blumenstr. 21a.
Rißbecker, Schönhauser Allee 68.
Reichel, Glendammstr. 4.
Erdmann, Kopenicker 96.
Zährler, Griner Weg 114.
Gandert, Färberwälderstr. 19.
Wendler, Andrastr. 24.
Zennisch, Blumenstr. 42.
Gr. Frankfurterstr. 105. |
| N. u. NW.:
Krause, Fiedlerstr. 83/84.
Wassmann-Gesellschaft, Auguststr. 58.
Charlet, Adlerstr. 154.
Reinold, Altonaerstr. 16.
Diepow, Bülowenstr. 17.
Selling, 16.
Zahwan, Reinoldenborgerstr. 23a.
Reinoldenborgerstr. 35.
Werner, Alt-Roßstr. 15.
Vohl, Brunnenstr. 157. | W.:
Weisfällischer Vaden, Kankestr. 1.
Zährler, Finkstr. 38.
Roach, Altonaerstr. 60.
Marzahn, Potsdamerstr. 16.
Kahl, Altonaerstr. 82. |
| Charlottenburg:
König, Grolmannstr. 14.
Kupfer, Joachimsthallerstr. 3.
Fricke, Engländerstr. 24. | Gr.-Lichterfelde:
Borstell, Bülowenstr. 31. |
| Schöneberg:
Niemann, Colonnenstr. 1. | |

Höll-einzelne Sorten in einer Niederlage nicht vorrätig sind, sende ich umgehend jedes Quantum frei Haus.

Bitte darauf zu achten, daß das Etiquet jeder Flasche meine Firma trägt.

Rein Brombeerenwein und Heidelbeerenwein

sind ausserdem noch zu haben bei:
Stirke, Kändstr. 28. Giese, Frankfurter Chaussee 45.
Deute, Spandauer Brücke 1a. Voh, Colonnadenstr. 25.
Wehl, Rariensburgerstr. 36. Stirke, Köpenickerstr. 11.

Anerkennungen,

die mir ununterbrochen zugehen.
(Die Originale liegen in meinem Geschäftsbüro zur gef. Einsicht aus.)

Ihr Heidelbeerenwein hat bei heftigem Darmkatarrh vorzügliche Dienste geleistet. Prof. Dr. Sch.

... Ich habe Ihnen gleichzeitig mit, daß ich mit der von Ihnen bezogenen Waare sehr zufrieden war. Frau J. A.

... Ich habe schon öfter von Ihnen gekauft, und schmeckt mir der Wein sehr gut, ist mir auch gut bekommen. M. B.

... Der Wein hat uns sehr gut gemundet, und werde ich bei meinem Winteraufenthalt wieder Ihr Wein trinken. Zoppot. H. W. S.

... Der bestellte Brombeerenwein ist richtig angekommen, und da er so gut bekommt, hat mich heute ein anderer Herr, der ebenfalls an Asthma und Athembeschwerden leidet, gebeten, ihm solchen zu besorgen. F. B.

Verfassungen.

Der Verband der in Buchbindereien etc. beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielt am 8. Oktober seine Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde des Ablebens des Mitgliedes Arthur Jacobson sowie der Kollegin Emilie Fehlaun gedacht...

Der Verband aller im Handel und Transport beschäftigten Hilfsarbeiter hielt am 4. d. M. eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der über die Frage: „Wie stellen sich die Mitglieder zur Frage der Zentralisation“ berathen wurde.

wetden. Redner tritt dafür ein, daß auf dem nächsten Kongress ein neuer Zentralverband errichtet wird und empfiehlt demgemäß eine Resolution. In der weiteren Diskussion vertreten Meuer, Dopatta, Freude und Reklins mit aller Entschiedenheit die Beibehaltung der Lokalorganisation...

Die Versammlung erklärt folgendes: Nachdem die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse sich derart in den letzten Jahren geändert haben, daß eine Agitation unter den Kollegen in den kleinen Städten unbedingt notwendig ist...

Die Deputationen beschäftigten sich in einer gut besuchten Versammlung am 4. Oktober mit den Vorschlägen zur Verkürzung der Arbeitszeit. Der Vorsitzende, Regien, legte der Versammlung eingehend dar, welchen Werth die Verkürzung der Arbeitszeit hat.

überlassen. Die übrigen Verhandlungsgegenstände betrafen interne Angelegenheiten.

Schöneberg. Am Montag, den 8. Oktober, fand hier im Obstschloß die Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt, in welcher der Vorsitzende einen Bericht über das vergangene Vereinsjahr gab.

Groß-Lichterfelde. Am 8. Oktober tagte hier eine von 150 Personen besuchte Gewerkschaftsversammlung. In einem beifällig aufgenommenen Vortrag sprach Genosse Rastatich über das Thema Koalitionsfreiheit oder Nichts.

Charlottenburg. Am 5. Oktober fand hier eine Versammlung der Maurer statt, in der Maurer Schulze über die Lohnbewegung der Maurer Deutschlands und den Arbeiterschutz referierte.

Berlin von Freunden der Mathematik. Montag, den 10. Oktober, abends präzis 8 1/2 Uhr, Sophienstr. 15: Herr stud. rar. techn. Lindt über Peripetie - Probleme. Gäste willkommen.

Arbeiter-Bildungsverein in Steglitz. Dienstag, den 11. Oktober: Versammlung, Vorträge und Diskussion. Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Samariter-Kursus für Arbeiter und Arbeiterinnen. Morgen, Montag, abends 9 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20: Beginn des Winter-Kursus. Vortrag des Herrn Dr. Friedberg über: Die erste Hilfe bei Unfallsfällen und Anatomie (Bau des menschlichen Körpers).

Freie Vereinigung der Babener. Heute, abends 6 Uhr, bei Gange, Dragonerstr. 15: Gemüthliches Beisammensein. Allgemeine Familien-Strerbekasse. Heute Sonntag: Kassenstr. 123 bei Dietz.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Dienstag, den 11. Oktober 1898, abends 8 1/2 Uhr, bei „Habel“, Bergmannstr. 5-7: General-Versammlung.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Osten). Dienstag, den 11. Oktober 1898, abends 8 1/2 Uhr: General-Versammlung. Große Frankfurterstr. 117 (Königsbau).

Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, Hausdiener, Pakker u. Kutscher aller Branchen. Heute, Sonntag, den 9. Oktober, abends 6 Uhr, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstr. 72: Große öffentl. Versammlung.

Handlungsbericht über „Die Schwindsucht und ihre Heilung in den Volkshäusern für Augenkrankheiten (mit besonderer Berücksichtigung der privaten Hygiene)“.

Achtung! Schneider und Schneiderinnen Berlins! Öffentl. Versammlung aller Mitglieder der Orts-Krankenkasse am Dienstag, den 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c.

Bildungsverein „Mehr Licht!“ Heute, Sonntag, Abend 7 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstrasse 75: Vortrag des Gen. Paul Jahn über: „Die sittliche Erziehung des Menschen“.

Samariter-Kursus für Arbeiter und Arbeiterinnen. Anfang des Winterkursus. Zentrale: Arminhallen, Kommandantenstr. 20, am Montag, den 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, mit einem Vortrag über: Zweck und Ziele des Samariter-Kursus und Anatomie und Physiologie (Bau und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers).

Verband der Kürschner. Montag, den 10. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11: Mitglieder-Versammlung.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Montag, den 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20 (großer Saal): Gemeinshaftliche Versammlung sämtlicher Bezirke.

Kistenmacher! Montag, den 10. Oktober 1898, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20: Mitglieder-Versammlung.

Öffentliche Versammlung sämtlicher in den Werken der Allgemein. Elektrizitäts-Gesellschaft beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen am Montag, den 10. Oktober 1898, abends 8 Uhr, im „Cöllner Hof“, Cöllnerstr. 8.

Achtung, Textil-Arbeiter! (Filiale I Berlin.) Montag, den 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Stegert, Andreasstr. 21: Versammlung.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Maler (G. 6. 71.) Filiale I. Nord. Mittwoch, den 12. Oktober, abends 9 Uhr, im Kassenlokal, Schönholzer-Strasse Nr. 10, bei Rosin: Vierteljährliche Mitglieder-Versammlung.

Verband der Kürschner. Montag, den 10. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11: Mitglieder-Versammlung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Berlin. Montag, den 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr: Bezirks-Versammlungen. Westen u. Südwesten: bei Zubell, Lindenstr. 106.

Osten und Nordosten: bei Mann, Straußbergerstr. 3. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Th. Glocke über Kartelle und Trusts. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt: Schwedterstraße 23 bei Wernau. Tages-Ordnung: 1. Vortrag über Gewerbegerichts. 2. Diskussion. 3. Werkstatt-Angelegenheiten und Verschiedenes.

Wedding und Gesundbrunnen: im Lokale des Herrn Raabe (Kolberger Salon), Kolbergerstr. 23. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen P. Gruppe über Humanität und Todesstrafe. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.

Monbit: bei Fischer, Besselfstr. 9. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Pörsch über „die soziale Bewegung der Gegenwart“. 2. Diskussion. 3. Werkstatt-Angelegenheiten.

Friedrichsberg bei Helnecke, Friedrich Karlstr. 11. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Matthes über: „Gewerkschaftsbewegung sonst und jetzt“. 2. Diskussion. 3. Werkstatt-Angelegenheiten.

Friedrichsfelde: bei Bube, Prinzen-Allee 30. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Michaelis über: „Wie organisieren wir uns?“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Kummelsburg: Goethe- und Kantstrassen-Ecke. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Stusche über: „die Schädlichkeit des Intelligenzismus für die Arbeiterklasse“. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.

Parfettbodenleger. Montag, 10. Oktober, bei Schöning, Köpckestraße 68: Versammlung. Tages-Ordnung: Besprechung unserer Arbeitsverhältnisse und Verschiedenes. Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Montag und Dienstag

Herren-Garderobe

Winterjoppen,
gefüttert, Lodenstoff, grün,
braun und grau meliert **7 Mk.**

Winter-Paletots,
zweireihig, blau und braun
Eskimo mit Plaidfutter **27 Mk.**

Jackett-Anzüge,
Cheviot, ein- u. zweireihig
27 und 20 Mk.

Beinkleider,
dunkel gestreift **8 und 5 Mk.**

Knaben-Garderobe

	Für ca. Jahre					
	2-3	3-4	4-5	5-6	6-7	7-8
Jacken-Anzüge, dunkelblau mit Soutache	3	3.50	4	4.50	5	5.50
Blusen-Anzüge	3	3.50	4	4.50	5	5.50
Joppen-Anzüge, hochgeschlossen	5.50	6	6.50	7	7.50	8
Jacken- u. Blusen- Anzüge, dunkelblau, elegant ausgestattet	9	9.75	10.50	11.25	12	12.75
Winter-Pyjacks dunkelblau, gefüttert	4	4.50	5	5.50	6	6.50
Loden-Joppen in verschiedenen Farben für ca. 5-10 Jahre, jede Grösse	5 Mk.					

Buckskin-Reste
zu **Ausnahme-Preisen**

Damen-Schuhe

Hausschuhe,
Filz **1.60 und 1.20 Mk.**

Lastingschuhe,
schwarz, gesteppt, mit
Absatz **2.25 Mk., 1.70 Mk.**

Gummischuhe,
2.50, 2.25 Mk.

Pantoffeln,
farbiger Melton, elegant
garniert **1.25 Mk.**

Warenhaus A. Wertheim

Berlin, Leipzigerstr. 132/33

Versand-Abteilung.
Winter-Preisliste kostenfrei.

Rosenthalerstr. 27/29 • Oranienstr. 53/54

J. Brünn,

(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4.

Wegen **Umbau** meiner Geschäftsräume gelangen
große Lagerbestände meiner **6126L***

**Teppiche!
Gardinen!
Portièren!
Steppdecken!
Lischdecken!**

zu sehr billigen Preisen zum

Ausverkauf!

J. Baer,

Berlin N., 61078

nur **Gesundbrunnen**
26, Badstraße 26,

Ecke Prinzen-Allee,
empfehlen, wie bekannt, in reellster Aus-
führung und allerbilligsten Preisen

**Herren- u. Knaben-
Garderobe,**
- Arbeitssachen. -
Anfertigung nach Maass.



Elegante Paletots.

Elegante Rock- und Sack-Anzüge.

Karol Weil's Seifenextrakt
darf niemals bei der Wäsche oder beim Reinmachen fehlen.

Asthma.

Die Heilkraft des Pohl's Brombeer-
wein ist erprobt bei Lungenerkrankungen,
Bronchialkatarrh, Keuchhusten,
Verklebung, Influenza, Ge-
fäßung u. Schilddrüse. Preis
per Fl. 1 Mk. Fabrikant Drog. Pohl,
Brunnenstr. 157. **6021L***

**Höbel, Spiegel, Polster-
waren** empfiehlt
A. Römer, Ritterstraße 2.

Trauringe, reelle Dutaten, gestemp.
880, 2 Dufat. 22,50 Mk.,
1 1/2, Dufat. 17,50 Mk., Kronengold,
gestemp. 900, 7 Gramm 20,50 Mk.,
6 1/2, Gr. 15,50 Mk.; alle anderen Gold-
sachen ebenso reell. **Hugo Lemcke,**
Königsstr. 91, part., a. d. Oranienburger-
straße. Begründet 1840. **280b**

Dr. Simmel, Haus- u. Aschinger
Spezialarzt f. Haut u. Venenleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.



Singer Nähmaschinen sind musterartig in Konstruktion und Ausführung.
Singer Nähmaschinen sind unentbehrlich für Hausgebrauch und Industrie.
Singer Nähmaschinen sind in allen Fabriksbetrieben die meist verbreitetsten
Singer Nähmaschinen sind unerreicht in Leistungsfähigkeit und Dauer.
Singer Nähmaschinen sind für die moderne Kunstnäherie die geeignetsten.

Kostenfreie Unterrichtskurse, auch in der Modernen Kunstnäherie.

Die Nähmaschinen der Singer Co. werden in mehr als 400 Sorten von Spezial-Maschinen für alle Fabrikations-
zweige geliefert und sind nur in unseren eigenen Geschäften erhältlich.

Hauptgeschäft:
Berlin, Kronenstr. 11.

Singer Co. Act.-Ges.

Frühere Firma: G. Reiblinger.

Erstes Detailgeschäft:
Berlin, Leipzigerstr. 86.
62370*

Die Eröffnung der Hochseefischerei-Verkaufsstelle

Lindowerstraße, Stadtbahnbögen
Nr. 15, 16 u. 17,

Zwischen Rettelbeck-Platz und Müllerstraße **H. Förster & Cie.** Zwischen Rettelbeck-Platz
und Müllerstraße
findet **Freitag Nachmittags** statt.

L. MOSES,

58. Landsberger-Strasse No. 58,

empfehlen:

Jaquetes
von nur guten Stoffen, in eleganter Ausführung,
sauberste Verarbeitung,
5, 7, 9 bis 12 Mark,
Krimmer-Capes,
lose und anschließend,
4 1/2, 6 bis 10 Mark,
Krimmer-Capes
mit Plüschsattel und reicher Perlistickerei
6, 8, 12 bis 15 Mark.

Jeder Käufer, der auf diese Annonce Bezug nimmt, erhält eine Pelz- od. Krimmer-Muffe umsonst.

Abend-Mäntel,
entdeckende Auswahl
8 bis 25 Mark.

Kinder-Mäntel, jede Grösse,
spottpfeilig.

**Fertige Kleider, Blousen,
Oberhemden und Morgenröcke,**
solide, aparte Façons,
in grossartiger Auswahl.

Dr. Lehmich,

Spezialarzt f. Haut u. Venen-
leiden, Geschwülste und Lupus.
An der Stadtbahn 24,
(am Bahnhof Alexanderplatz.)
Sprechst. 9-12 und 3-6.
Freitags keine. **61250***
Poliklinik. Montag, **9-10 1/2**
Donnerstag, **9-10 1/2**

Dr. med. Schaper,

prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f.
Haut, Gicht, Geschlechtsleiden,
Frauenkrankheiten. Spr. 9-1, 4-8
Schöneberger Ufer 25.
Homöopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnab. 10-7-8.
Große Hamburgerstr. 20, I.

Ich habe mich Veterinärarzt. 1
a. d. Frankfurter Allee niedergelassen.
Sprechst. 8-10 und 4-6.

Arthur Bülow,
prakt. Arzt. **34/17**

Möbel, baar u. Theilzahlung,
billigste Frank-
furter Allee 110 I,
Ecke Alexanderstr.

Hof

parterre
Da wir uns entschlossen haben,
unser Goldwaaren und Uhren
auch im Einzelverkauf abzugeben,
so bitten wir, unsere Preise mit jedem
anderen Geschäft zu vergleichen.
Gold-Damen-Uhren v. 15.- bis 20. an,
Herren- 30.-
Silb. Damen-Uhren v. 8.-
Herren- 7.50
mit dreijähriger schriftl. Garantie.
Echt gold. Ringe von 2.- bis 10. an,
Brochen 3.-
Ketten in Doublet, Silber u. Gold
von 3 bis 300 Mk.
Spezial machen wir aus
unser Trauringe in erträglich-
billigsten Preisen aufmerksam! -
Welche Beliebtheit die von uns ge-
führten Trauringe haben, beweist wohl
am besten, daß die Fabrik
im Jahre 1896 **22 000 Stück**
im Jahre 1897 **24 000 Stück**
angefertigt hat. Vorzüge unserer
Trauringe sind schöne Gestalt und
schöne Bildung. - Gestempelt nach
dem Feingehaltsgesetz von 1884. -

E. Wolff & Stiller,
Goldwaaren- und Uhren-Industrie,
Friedrichstr. 68, Hofparterre,
kein Laden.
Eingelassenfertigungen und Repara-
turen solide und billig.

Für 36 Mark

fertige feine Winter-Paletots nach
Maß, für 30 Mark hochfeine An-
züge nach Maß, für 8-12 Mark
feine Hosen nach Maß. **60002***

Riesenstofflager
Krausenstr. 14, I (kein Laden).
Anfallaschen, Plagen, Eingaben
H. Putzger, Steglitzerstr. 65.

Zur Reform der Arbeiterversicherungs-Gesetze.

Vor einiger Zeit veröffentlichte der Vorsitzende der Alters- und Invaliditätsversicherungs-Anstalt Berlin, Dr. Freund, in der „Sozialen Praxis“ einen Aufsatz „Krankheitsverhütungs-Vorschriften“, dem wir folgendes entnehmen:

Ku dieser Stelle möchte ich auf einen anderen Punkt hinweisen, der mir für die weitere Entwicklung der vorbeugenden Tätigkeit der (Alters- und Invaliditäts-) Versicherungsanstalten von großer Bedeutung zu sein scheint. Daß ungünstige hygienische Verhältnisse in den Arbeitsstätten, mangelnde Vorsichtsmaßregeln bei gewissen Arbeiten vielfach den Keim zu schweren Erkrankungen legen oder eine vorhandene Krankheit ungünstig beeinflussen, ist nicht zu bezweifeln. Was nicht die kostspieligste und beste Krankenfürsorge, welchen Werth hat die ausgezeichnete Erfolg dieser Fürsorge, wenn der Arbeiter nach Beendigung derselben in seine früheren ungünstigen Arbeitsverhältnisse zurückkehrt und unter diesen Einflüssen wieder einen Rückfall erleidet? Hier könnte eine wesentliche Besserung dadurch geschaffen werden, daß den Versicherungsanstalten — nach Analogie der Unfallverhütung — das Recht eingeräumt würde, Krankheitsverhütungsvorschriften zu erlassen. Das System der Unfallverhütung in Unfallversicherungs-Gesetze hat sich durchaus bewährt und ihm ist es zweifellos zum größten Theile zuzuschreiben, daß der Prozentsatz der Getödteten unter den Verletzten von 25,7 im Jahre 1886 auf 9,1 im Jahre 1894 zurückgegangen ist. Nach diesen guten Erfahrungen sollte man nicht zögern, dies System auf die Invaliditätsversicherung zu übertragen. Abgesehen von den sogenannten Gewerbekrankheiten: Phosphorvergiftung, tremor mercurialis, Bleivergiftung u. dergleichen, deren verherrliche Wirkung durch geeignete Verhütungsvorschriften eingeschränkt werden könnten, würde in erster Linie die allgemeine Hygiene der Arbeitsstätten, insbesondere die Sorge für Luft und Licht in den neuen Tätigkeitsbereichen der Versicherungsanstalten fallen. Meines Dafürhaltens könnte z. B. die Tuberkulose auf diesem Wege erfolgreicher bekämpft werden, als durch die besten Heilstätten-Einrichtungen. Dazu kommt, daß die Zusammenführung der Organe der Versicherungsanstalten aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer dieser Institution als ganz besonders geeignet zur Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahmen erscheinen lassen. Wie bei den Unfallverhütungs-Vorschriften müßten auch die Krankheitsverhütungs-Vorschriften der Genehmigung des Reichs-Versicherungsamts unterliegen. Dadurch wird der Gefahr allzu weit gehender Vorschriften, welche etwa unter dem Einflusse der Arbeitervertretungen entstehen könnten, vorgebeugt.

Auch wir könnten es nur mit Freude begrüßen, wenn die Befugnisse der Versicherungsanstalten in diesem Sinne eine Erweiterung erfahren würden. Es wäre das für die versicherten Arbeiter bedeutend werthvoller, als die von Dr. Freund an anderer Stelle desselben Aufsatzes empfohlene Verschmelzung der Invaliditäts- und Krankenversicherung. Diese Verschmelzung, die ja an sich, schon wegen der vereinfachten Verwaltung, unzweifelhaft vortheilhaft wäre, könnte trotzdem nur dann unsere Zustimmung finden, wenn damit nicht eine Verringerung des Einflusses der Arbeiter in der Krankenversicherung, eine Steigerung der Macht des Unternehmertums oder der Bürokratie verknüpft würde.

Ob aber der oben abgedruckte Vorschlag des Herrn Dr. Freund Aussicht auf Verwirklichung hat, ist uns mehr als zweifelhaft. Hat sich doch der in dieser Beziehung maßgebende Minister des „allerneuesten“ Kurses, Graf Bismarck, ausdrücklich gegen derartige „Polizeihandlungen und polizeiliche Reglementierungen“ ausgesprochen, natürlich nur soweit Unternehmer von denselben betroffen werden.

Wenn im übrigen den Alters- und Invaliditätsversicherungs-Anstalten ähnliche Rechte verliehen werden sollen, wie sie die Unfallversicherungs-Versicherungsanstalten bereits besitzen, so scheint es naheliegend, in dieser Richtung noch einen Schritt weiter zu gehen. Ob es, wie Dr. Freund meint, wirklich den Unfallverhütungs-Vorschriften „zum größten Theile zuzuschreiben“ ist, daß der Prozentsatz der Getödteten unter den Verletzten bedeutend zurückgegangen ist, erscheint uns nicht so sicher. Wenn die Unfallverhütungs-Vorrichtungen wirklich bessere geworden sind, so hat dazu unzweifelhaft viel beigetragen, daß die einzelnen

*) Phosphorvergiftung nennt man den durch Phosphorvergiftung bedingten Brand der Rieferknochen. Tremor mercurialis ist eine durch Quecksilbervergiftung hervorgerufene Erkrankung, deren Hauptzeichen Zittern des ganzen Körpers ist.

Ostafrikanische Kolonisation.

Nachdem man begonnen hat, in Wort und Schrift für eine Besiedelung Deutsch-Ostafrikas Stimmung zu machen, ist es wohl kein Fehler, wenn auch einmal ein Nachmann, der das Land von Süden bis zum Norden kennt, seine Meinung abzugeben wagt.

Wenn der wohl beste Kenner der Kolonie, Herr von Wissmann, geurtheilt hat, daß acht Zehntel des Landes Wüsteneien seien, so brauche ich dem nichts hinzuzufügen. Drei Gebiete sind es nun, welche den Rest ausmachen, welche Aussicht bieten, daß sich daselbst entweder ein ertragreicher Plantagenbau oder eine europäische Ansiedelung verwirklichen könne.

Den Plantagenbau und seine Aussichten in Ost-Nyambara zu besprechen ist nicht der Zweck meines heutigen Schreibens. Aber von dort ist es das nächstliegende, einen Blick auf West-Nyambara zu werfen.

Vor zwei Jahren lang der Name Kwai auch dem ältesten Afrikaner noch fremd; es war ein Gebirgsstamm mit zerstreuten Hirtenhöfen, in 1000 Meter Meereshöhe gelegen, zu dem in seiner Abgeschiedenheit noch wenige Europäer gelangt waren. Bekannter waren seine Nachbarlandchaften, zumal Wuga, durch die zweite Reise von Dr. Hans Meyer.

Heut liegt der Name Kwai jedem „Afrikaner“ ins Ohr und schon mancher daheim träumt davon als dem Ausgangspunkt des gepredigten „Neu-Deutschland“. Und das geht so zu:

Nachdem der erste Versuch einer landwirtschaftlichen Station in Nyambara gescheitert war, wurde von einem tüchtigen Nachmann und seinen Helfern im Thale von Kwai eine neue Station angelegt. Steigt man heute, nachdem man den Sattel des Ruffu-Thales überschritten hat, in den Kessel von Kwai hinab, dann sieht man von sommerruhigster Bergeshöhe ein freundliches Bild: Wie mit einem Vorhange gebaut liegt ein sanfter Hügel ein schmaler Wirtschaftshof, die Gebäude aus selbstgebranntem Ziegeln erbaut, ringsum ein beschränktes Areal von grünendem oder fruchttragenden Ackerfeldern. Westlich ist alles dort, trefflich hat der von Sabara eingeführte Weizen getragen, der amerikanische Mais hat ganz enorme Kolben gezeitigt, die zahlreichen Eulalypus-Arten zeigen ein rasches Wachsthum, grüne Weinstöcke und recht gut angegangene Obstbäume erfreuen das Auge. Aber, frage ich, ist das alles ein Grund, schon jetzt Ansiedler ins Land zu ziehen?

Es stehen für eine Ansiedelung zwei Wege offen: Entweder das Gouvernement giebt das Land frei, frei für den, der an anderem Orte seine Existenz verfehlt hat, wie für den wohlhabenden, aus Interesse an der Sache dahinkommenden Mann. Es ist nicht zu leugnen, daß auf diesem Wege manche Elemente ins Land gezogen würden, deren Anwesenheit zunächst keinen erkennlichen Zuwachs der europäischen Bevölkerung zu bedeuten hätte. Dem gegenüber wäre zu bemerken, daß im „Neuland“ bald eine natürliche Auslese, ein Ueberleben der lebenskräftigen Existenzen sich vollziehen würde. Der andere Weg, welchen die Regierung einzuschlagen vorgezogen hat, ist der, nur Leute, welche ein bestimmtes Kapital oder bestimmte Fähigkeiten aufweisen können, zur Be-

Unternehmer, unter anderem nach der Zahl der in ihren Betrieben vorkommenden Unfälle, in verschiedene Gefahrenklassen eingereiht werden, und dementsprechend verschiedene Beiträge zu zahlen haben. So gelingt es, die Unternehmer an der Stelle zu fassen, wo sie am empfindlichsten zu sein pflegen; an ihrem Geldbeutel. Nehuliche Vorschriften sollten unseres Erachtens auch für die Kranken- und Invaliditätsversicherung getroffen werden. Bisher zahlen durchgängig die Unternehmer von den Krankenkassenbeiträgen ein Drittel, von den Invaliditätsversicherungsbeiträgen die Hälfte, gleichviel ob in dem betreffenden Betrieb die Beschäftigten selten oder häufig von sogenannten „Gewerbekrankheiten“ ergriffen werden, oder nicht. Hier sollte Wandlung geschaffen werden. Es müßte durch unparteiische Behörden — die Vorstände der Versicherungsanstalten, oder als Berufungsinstanz das Reichsversicherungsamt — bestimmt werden können, daß in Gewerben oder Betrieben, in welchen Gewerbekrankheiten im weitesten Sinne des Wortes häufig sind, die Unternehmer von den Lasten der Kranken- und Invaliditätsversicherung einen um so höheren Antheil zu tragen haben, je höher die Gesundheitsgefahr für die beschäftigten Arbeiter ist.

Ein Beispiel wird vielleicht besser als lange Auseinandersetzungen den Sinn und Zweck dieses Vorschlages erläutern. Nehmen wir an, daß in einem bestimmten Gewerbe von den Erkrankungen der beschäftigten Arbeiter die Hälfte auf eigentliche Gewerbekrankheiten, z. B. Bleivergiftung, entfallen; bebüß genauer Feststellung wäre dabei eine Berechnung nach Krankheitsdagen, nicht nach Krankheitsfällen notwendig. Dann sollten nach unserm Vorschlag die Unternehmer in diesem Gewerbe gezwungen werden, von den Krankenkassenbeiträgen nicht nur wie sonst ein Drittel bezahlet, sondern außerdem noch die Hälfte der sonst den Arbeitern zur Last fallenden Beiträge zu übernehmen; es würden demnach unter diesen Umständen die Unternehmer zwei Drittel, die Arbeiter ein Drittel der Krankenkassenbeiträge zu zahlen haben, und es würden demnach die Unternehmer ein sehr erhebliches materielles Interesse daran haben, die Gefahren des Gewerbes zu vermindern, da sie nur so eine Herabminderung des auf sie entfallenden Antheils der Krankenkassenbeiträge erwarten können. Bei größeren Einzelbetrieben würde es im übrigen ein leichtes sein, auch für den einzelnen Betrieb zu berechnen, in welchem Verhältnis die „Gewerbe-Erkrankungen“ der beschäftigten Arbeiter zu den sonstigen Erkrankungen stehen, und so durch entsprechende Festsetzung des Krankenkassenbeitrages unmittelbar auf den einzelnen Betriebsunternehmer einzuwirken. Dem Vorschlag zur Krankheitsverhütung würden dann nicht mehr ausschließlich — vom reinen Geldstandpunkt betrachtet — eine Vermehrung der Geschäftskosten bedeuten, sondern sie würden im Gegentheil, da hierdurch eine Verminderung der Krankenkassenbeiträge erzielt werden kann, zu den produktiven Ausgaben zu rechnen sein.

Gegen die Berechtigung einer solchen Maßregel wird sich ein stichhaltiger Grund nicht aufbringen lassen. Der Grundgedanke, daß der Unternehmer nicht bloß für das lebende und todte Inventar seines Betriebes, sondern auch für die Arbeiter, die er beschäftigt, wenigstens theilweise aufkommen muß, ist ein für alle Mal dadurch anerkannt, daß dem Unternehmer ein Theil der Versicherungsbeiträge auferlegt worden ist. Nachdem dies einmal geschehen, ist das oben geforderte nur die logische Folge.

Wir glauben, daß nichts so sehr auf eine Verminderung der Gewerbekrankheiten hinwirken würde, als die Einführung von Gefahrenklassen auch bei der Kranken- und Invaliditätsversicherung. Ihr eigenes materielles Interesse würde dem z. B. auch die Fabrikanten veranlassen, den auf Verklärung der Arbeitszeit und derartigen abzielenden Bestrebungen der Arbeiter weniger Widerstand entgegenzustellen, als heutzutage.

Zweckmäßigerweise würde, wie bereits angedeutet, diese Mehrbelastung der Unternehmer in der Weise vorgenommen werden, daß bei der Krankenversicherung die Beiträge der Arbeiter um den Betrag erniedrigt werden, der vom Unternehmer mehr gezahlt wird; dagegen bei der Invaliditätsversicherung so, daß — ähnlich wie heute die „Selbstversicherer“ — die Unternehmer in besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben auf eigene Kosten „Zusatzmarken“ zu geben hätten. Der Betrag dieser Marken hätte sich ebenfalls nach dem Verhältnis der Gewerbekrankheiten zu den sonstigen Krankheiten zu richten. Diese Zusatzmarken würden dann bei der Feststellung der Rente voll anzurechnen sein, und so wäre die größere Invaliditätsgefahr der in solchen Berufen beschäftigten Arbeiter wenigstens theilweise ausgeglichen.

Daß eine solche Ausgleichung durch die Höhe der gezahlten Löhne nicht stattfindet — um gleich diesem Einwande zu begegnen —

würde wohl leicht statistisch festgestellt werden können. Die Höhe der Löhne ist von ganz anderen Faktoren abhängig, und so bilden die gesundheitsgefährlichen Berufe, in welchen die Arbeiter verhältnismäßig hohe Löhne erhalten — wie z. B. die Buchdrucker — die Ausnahme, während wohl als Regel ausgesprochen werden kann, daß je gesundheitsgefährlicher ein Beruf ist, desto niedriger die gezahlten Löhne zu sein pflegen.

Der Vorschlag, verschiedene Gefahrenklassen zu schaffen, würde übrigens unseres Erachtens eher auf Verwirklichung Aussicht haben, als die von Dr. Freund angeregte Aenderung des Invaliditätsgesetzes. Denn dem letztgenannten Vorschlag würde eine geschlossene Klasse: die gesammte Unternehmerschaft, einmüthigen Widerstand entgegensetzen; die Unternehmer in den nicht gesundheitsgefährlichen Gewerben, sowie die Weichen haben, in deren Betrieben schon jetzt möglichst vollkommene Vorkehrungen gegen Gesundheitsgefährdungen bestehen, haben dagegen gar keinen Grund, sich gegen unseren Vorschlag zu wehren. Im Gegentheil, die genannten Unternehmerrgruppen haben selbst ein materielles Interesse an dem Zustandekommen einer solchen Aenderung, denn werden so alle Unternehmer zur thunlichsten Befestigung der Gesundheitsgefahren angezogen, so wird dadurch die allgemeine Erkrankungsgefahr herabgedrückt und somit die Krankenkassenbeiträge allgemein erniedrigt werden können.

Wir möchten daher unserer Reichstagsdelegation zu erwägen geben, ob sie nicht in der kommenden Reichstagsession bei Beratung der Novelle zu den Versicherungsgeetzen einen entsprechenden Antrag stellen will.

Der französische Gewerkschaftskongress.

Paris, 4. Oktober.

Der Jahreskongress der „Konföderation der Arbeit“ wurde vorige Woche in Reims abgehalten. Er war noch nie so zahlreich besucht. 104 Delegirte (gegenüber 78 auf dem vorjährigen Kongress) vertraten 1000 Organisationen. Der Zuwachs der Delegirten ist auf die Subvention des Pariser Gemeinderathes im Betrage von 5000 Fr. zurückzuführen. Der radikale Gemeinderath von Reims hat seinerseits 1500 Fr. für die Kongresskosten wofür und außerdem dem Kongress einen Saal des Rathhauses zur Verfügung gestellt, da das Lokal der Arbeitshilfe sich zu klein erwies.

Die Konföderation wurde 1895 gegründet nach der durch die Generallstreikfrage verursachten Spaltung zwischen den Guesdisten und den übrigen Gewerkschaften. Seitdem hat die Konföderation die überwiegende Mehrheit der Gewerkschaften um sich geschaart. Die Guesdistischen Gewerkschaften, die am 22. September in Montluçon, wie immer, im Anschluß an den Paritätstag der Arbeiterpartei ihren Kongress abhielten, sind auf 152 meist unbedeutende Organisationen zurückgegangen. Die Konföderation umfaßt, mit Ausnahme der Guesdistischen Richtung, die Gewerkschaften aller politischen Richtungen, von den politisch farblosen bzw. nicht-sozialistischen bis zu den anarchisch angehauchten Gewerkschaften. Organisatorisch besteht die Konföderation aus folgenden Gliedern: der Landesföderation der Arbeitsbörsen, den Landesverbänden gewisser Branchen (Eisenbahner, Buchdrucker), einer Anzahl Lokalverbände und schließlich aus einzelnen Gewerkschaften, die entweder in keinem Verbandsverbande vereinigt sind oder einem Verbandsangehörigen, welcher der Konföderation nicht beitreten will.

Doch hat auch der diesjährige Kongress die innere Schwäche der äußerlich imposanten Organisation offenbart. Man mußte sich wiederum, wie alljährlich, mit den Statuten-Aenderungen viel beschäftigen. Thatsache ist, daß die französischen Gewerkschaften für eine wirklich lebensfähige allgemeine Organisation noch nicht reif sind. Das einzige Lebenszeichen und die immerhin nicht zu unterschätzende Bedeutung der Konföderation bestehen in den Jahreskongressen.

Andererseits stößt die Konföderation auf einen gefährlichen Rivalen in ihrem eigenen Schoße, auf die Föderation der Arbeitsbörsen, die eine viel engere Zusammenfassung der wichtigsten Lokalverbände aller Branchen (43 von den bestehenden 51 Arbeitsbörsen) darstellt. Der Konflikt zwischen den beiden Organisationen soll nun in der Weise gelöst oder richtigem umgangen werden, daß die Arbeitsbörsen ihre Vertretung im leitenden Rathe der Konföderation verliert. Fortan wird sie mit dem Rathe in Verkehr treten und im Falle unvorhergesehener Ereignisse, die einen gemeinsamen Entschluß erfordern würden. Es sei noch bemerkt, daß die organisatorischen Schwierigkeiten dadurch vermehrt werden, daß die Arbeitsbörsen unter der Leitung des Anarchisten Pellantier steht. Dieser anarchische

Das zweite Gebiet nun, noch beschränkter als West-Nyambara, kommt für den Augenblick noch garnicht in Betracht, da es noch entlegener ist. Sonst halte ich die Berglandchaften des Kilimanjaro in einer Höhe von 1200 bis 1900 Meter Meereshöhe für Besiedelung nicht für ungerneet. Aber für eine Träger-Karawane ca. 10 Tage Marsch! Zum größten Theil durch öde, in der Trockenzeit fast wasserlose, in der Regenzeit zum Theil unter Wasser stehende Steppe! Wer, der mit Weid und Rind die heimathliche Scholle verläßt, will es wagen, dieselben dort die Reime des Steppensiebers einzulangen zu lassen? Wer will dieselben gern der am Simeonberg häufigen Dysenterie aussetzen? Allerdings: Von dem englischen Wombassa aus ist der Kilimanjaro in fünf Tagen zu erreichen, da England den Bahnbau energisch betreibt und man 115 englische Meilen des Weges an einem Tage per Bahn zurücklegt.

Aber was nützt das alles? Was will der Siedler mit seinen Produkten anfangen? Sie nach der Bahn ins Englische bringen? Das kostet einen Zoll, den ein Landesprodukt nicht tragen kann; die 14 Tage nach der Küste schleppen lassen? das ist Lustig! Also auch hier kommt vernünftigerweise von der Möglichkeit einer Besiedelung auf absehbare Zeit nicht die Rede sein.

Nun kommen wir zu dem dritten Gebiete, von dem als einem „Neu-Deutschland“ gerade jetzt sehr viel gefabelt wird. Wir dürfen bei diesem noch wenig bekannten Lande, ich meine Uthe, zunächst nicht vergessen, daß die Berichte eines hochgestellten Beamten für das Waquih, sich in der Wildniß niedergelassen, wenig maßgebend sind. Kommt ein Gouverneur oder der Chef einer der Fachabteilungen auf eine der Stationen ins Innere, so ist es ganz natürlich, daß diese Station sich und das, was sie geschaffen hat, ins beste Licht zu setzen bemüht ist. Der betreffende Herr wird auf das Gute aufmerksam gemacht, auf das Schlechte nicht, wo etwas ist, wird er herumgeführt, wo nichts ist, natürlich nicht. Außerdem wählt er sich natürlich die beste Zeit zum Reisen, das ist natürlich auch die Zeit, wo sich eine Landschaft am vortheilhaftesten präsentiert, d. h. in Afrika nach Ende der Regenzeit, wenn die Wassermassen sich verlaufen haben, allenthalben aber nach Minusale stehen und das Land in frischem Grün prangt. Da ist aber ein gewaltiger Unterschied gegen die übrigen Monate! Das Gebiet in der großen Landschaft Uthe, welches unbestreitbar für den Europäer annehmbare Verhältnisse darbietet, bekannt aus den Schilderungen der Herren Gouverneur Liebert, Hauptmann Prince und Korstaßoff von Bruchhausen, liegt in der für das besiedelbare Gelände am Kilimanjaro angegebenen Meereshöhe. Das Klima an sich ist nicht ungesund, der Boden stellenweise ein fruchtbarer, Wasser den größten Theil des Jahres vorhanden. Doch nun kommen die A b e r: Zunächst kommt die Reise in Betracht. Dieselbe macht z. B. 26 bis 30 Tage Fußmarsch von Dar es Salaam bis zur Militärstation Iringa aus; dann kommt erst das Ausfinden von Land, in einem Gebiete von der Größe Brandenburg's keine Kleinigkeit. Der Weg führt bis in das Bergland durch Steppe und Sumpf, dann über steile Gänge und durch Schluchten mit reißenden Bergwässern. Wenn ich auch sagte, daß das Land selbst klimatisch keine schlechten Aussichten bietet, so ist es doch sehr die Frage, wie viel Mitglieder einer

besiedelung zuzulassen. Es ist nicht meine Sache, zu beurtheilen, welcher Weg den Vorzug verdiene, zumal wir doch vor einem fait accompli stehen. — Also die Regierung verlangt Garantien! Welche Garantien bietet sie dagegen? Man wolle mir gestatten, einen Vorschlag anzuführen, welchen die Verwaltung im vorigen Jahre einem Rame machte, welcher eine Ansiedlung in Nyambara beabsichtigte: 100 Hektar Landes, der Deltar zu 5 Rp.; dieser Betrag konnte als erste Hypothek auf dem Grundstück stehen bleiben, bis zum Jahre 1900 unverzinsbar, von da an mit 5 pCt. zu verzinsen.

Diese Bedingungen könnten leicht den Leser befremden, aber es ist bei ihnen zu bedenken, welches Kapital erforderlich ist, um überhaupt in afrikanischer Wildniß eine Niederlassung zu gründen! Kwai, und hier ist der Ort, sich dieses genauer anzusehen, hat in den kaum 2 Jahren seines Bestehens, angedreht die Gehälter seiner zahlreichen Beamten, beinahe 50 000 Rupien, d. h. nach heutigem Kurse ca. 70 000 M. gekostet! Allerdings: Es sind eine Menge Kulturen gepflegt worden, die Station ist für Versuche und nicht zum Gewinn gegründet; aber befehmungsgerecht: Nehmen wir die Hälfte der Kosten: 35 000 M. für einen Ansiedler: Welcher Bauer, der dieses Geld frei zur Verfügung hat, trennt sich wohl gern von der heimathlichen Scholle, um mit seiner Familie ins Ungewissen zu experimentiren.

Und das ist die Hauptsache: das Ungewisse! West-Nyambara ist, im Durchschnitt gerechnet, sieben Zogemärche von der Küste entfernt. Geseht den Fall, daß der Kolonist den herrlichsten Weizen erzielt, was soll er damit machen? Auf dem Stapf, als Korn oder Mehl, nach der Küste getragen, stellt sich das Produkt stets theurer als von Europa und zumal von Bombay eingeführte Natursorten. Ein Umstand könnte das freilich ändern: Weiterbau der Tanga-Bahn bis Korogwe oder noch besser bis Wombo oder Masinde! Werden aber die Kosten den Vortheilen entsprechen? Auch dann noch bleibt ein anderes zu erwägen: Gignet sich denn wirklich ganz West-Nyambara in seinen Geländeverhältnissen zur Besiedelung für den Ackerbauer? Ich bezweifle das ganz entschieden, möchte seine Besiedelungsfähigkeit im Gegentheil auf Landstrecken von wenigen tausenden Hektaren beschränken. In den Thälern mit ihrem herrlichen Anblick, in denen rauschende Bäche und süßige Bananenheime aus eine Fata morgana vorgeauert, sammeln sich in den Regenzeiten Wassermassen und tobanstauende Sümpfe machen sie als Wohnort für Europäer ungerneet. Ringsum aber ziehet sich steiler und steiler Hang an Hang; glühendem Sonnenbrand ausgefetzt und ist noch dazu von Milliarden zählenden Heuschreckenschwärmen verrohstet.

Allerdings: Eines gäbe es, was einer Anzahl von Kolonisten hier eine Zukunft erschließen könnte, das ist der Weinbau! Schon oben erwähnte ich das gute Gedeihen der Rebe in Kwai; es sind dort Versuche mit deutscher, italienischer und portugiesischer Rebe gemacht; die Bedingungen scheinen günstig, zumal der Weinstock gleich dem europäischen Obstbaum in der kalten Zeit auf einige Wochen die Blätter abwirft, also eine Vegetationsruhe hat. Aber trotz alledem: Erst wollen wir nicht nur Trauben sehen, sondern auch den Wein kosten! Ueber diesen liegen noch keine genügenden Erfahrungen vor.

Desorganisations läßt alle Künste spielen, um die Gewerkschaftsbewegung ins anarchische Fahrwasser zu leiten — unter dem bekannten Vorwand der Zerhaltung der Polizei von den Gewerkschaften.

Der Generalstreik nahm diesmal einen bescheidenen Namen an als in den früheren Streik. Man scheint nachgerade eingesehen zu haben, daß die alljährlichen Generalstreik-Beschlüsse die Sache herzlich wenig fördern können. Der Leiter des Eisenbahner-Verbandes, der Amerikaner Guérard, ein glühender Anhänger des Generalstreiks, mußte selber zugeben, daß die große Masse der Gewerkschaften für die Durchführung der Generalstreik-Beschlüsse nicht zu haben seien. So hat die bezügliche Umfrage, die anlässlich des geplanten Eisenbahnerstreiks vorgenommen wurde, wie Guérard berichtet, „eine allzu geringe Zahl von Antworten“ ergeben. Und Girard, der Sekretär des Generalstreik-Ausschusses, klagte über den Rückschritt der Idee in der letzten Zeit. Andererseits ist hervorzuheben, daß der sonst dem Generalstreik feindliche Aufbauder-Verband durch seinen Delegierten erklärt hat, sich dem Generalstreik anschließen zu wollen, falls der Gescheitwurf Berlin-Paris gegen das Koalitionsrecht der Eisenbahner und der staatlichen Arbeiter votiert wurde. — Beschlossen wurde, den Generalstreik-Ausschuss einig mit der Agitation zu betrauen und ihn unter die Kontrolle des Konföderationsrates zu stellen. Die Agitationsmittel des Ausschusses sind aber sehr spärlich, da nur eine kleine Minderheit der Gewerkschaften den zu diesem Zwecke beschlossenen fünfprozentigen Abzug von den gewöhnlichen Streikunterstützungen erhebt. Ferner wurde der Wahlmodus des Ausschusses geändert, um Personen aus dem Wege zu gehen: fortan bestimmt der Kongress alljährlich die Organisationen, welche aus ihrer Mitte die Ausschussmitglieder zu wählen haben, anstatt direkt diese Mitglieder zu wählen.

Eine lange Debatte verursachte die Frage des Boykotts und der „Sabotage“ (Verfälschung der Arbeit, Vergeudung des Materials oder Beschädigung der Werkzeuge), zwei Kampfmittel, die auf dem vorjährigen Kongress beschlossene wurden. Es wurde von allen Seiten konstatiert, daß die Propaganda in dieser Beziehung ungenügend war. Wichtig ist es wohl, die Ergebnislosigkeit der vorjährigen Beschlüsse darauf zurückzuführen, daß der Boykott eine kräftige Organisation voraussetzt und der „Sabotage“ naturgemäß bei der Arbeitererschaft keinen Anklang finden kann. In bezug auf den Boykott sei noch erwähnt, daß die Arbeiter-Glashütte von Albi sehr wenig von dem bezüglichen Beschluß profitiert hat. Weder die Gewerkschaftler noch die Genossenschaftler konnten in erforderlichem Umfang die Getränkehändler, welche nicht die Glashütten-Plätze beziehen.

Neu ist die Resolution zu Gunsten der Verallgemeinerung der gewerkschaftlichen Kontrollmarken, die bisher in Frankreich sehr wenig verbreitet ist.

Auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Wahl der Fabrikinspektoren durch die Gewerkschaften, strenge Durchführung des Frauen- und Kinderschutz-Gesetzes von 1892, Achtstundentag und wöchentliche Ruhetage für alle Arbeiterinnen und weiblichen Handelsgestellten, Kohngleichheit für Frauen und Männer bei gleicher Arbeit, mögliche Anpassung der Arbeiter an die naturgemäßen Bedingungen des männlichen und weiblichen Organismus, Verbot der Frauenarbeit in gewissen demoralisierenden Berufen, wie z. B. in Wein- und Viehtreiben; Verallgemeinerung der gewerkschaftlichen Schiedsgerichte, Ersetzung der privaten Arbeitsnachweis-Bureaus durch die gewerkschaftlichen und kommunalen Arbeitsnachweis u. a. m.

In bezug auf die zur Zeit im Vordergrund stehende Frage der Altersversorgung wurde ein ausführlicher Entwurf vorgeschlagen, dessen Grundgedanke darin besteht, die Kosten der Altersversorgung durch eine gründliche Steuer- und Budgetreform aufzubringen, ohne jede Belastung des Arbeiters. Im einzelnen erörtert sich die Wiedergabe des Entwurfes, da er im bestehenden Regime vom Parlament nie und nimmer votiert werden kann. Die sozialistische Kammerfraktion hatte ihrerseits einen Entwurf eingebracht, der neben dem Staat die Unternehmer und die Arbeiter zu den Kosten heranzieht.

Der Kongress beschäftigte sich noch mit einigen anderen allgemeinen Fragen, die außerhalb des eigentlichen gewerkschaftlichen Rahmens stehen. So sprach er sich aus für den bekannten Jaurès'schen Vorschlag betr. das staatliche Getreidemonopol und in Zusammenhang damit für die Errichtung von kommunalen Bäckereien. Bis dahin aber wurden die Bäckerei-Genossenschaften aufgefordert, Gewerbesteuer zu zahlen, um so das Recht des Verkaufes an Nichtmitglieder zu erlangen.

Zur Frage des Alkoholismus wurde folgende interessante Resolution votiert: „Der Alkoholismus ist ein soziales Uebel, welches mit der Umwandlung der kapitalistischen in eine egalitäre (auf der Gleichheit beruhende) Gesellschaft verschwinden wird. In Erwartung dieser Umwandlung gilt es jedoch auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft die Verbesserungen anzustreben, die geeignet sind, dem Proletariat nicht nur bessere materielle Existenzbedingungen zu sichern, sondern auch eine größere sittliche Selbständigkeit, eine

Familie oder eines ganzen Anstieblerjuges lebend da hinaufkommen oder ohne den Reim des Todes in sich zu tragen, das gelobte Land zu erreichen, denn der Kolonist wird in den besten Fällen sich schwerlich auch nur die bescheidenen Bequemlichkeiten des Gouvernementsbeamten oder Forschungsreisenden auf dem Marsch erlauben können! Doch es sei: die ganze Karawane kommt glücklich in Uthee an; dann muß sie vor allen Dingen mit den Bewohnern des Landes rechnen, und diese Waage find keine Engel. Es sind das dieselben Leute, die einst die Expedition des Herrn von Zelewski vernichteten, dieselben, über die wohl später mit großen Verlusten ein Sieg erfochten ward, die aber deswegen keineswegs unterworfen wurden. Wohl hat dort der äusserst rührige und tüchtige Hauptmann Prince schon Einfluss gewonnen, aber so lange Ouana, der noch von keinem Europäer gefesselt Ober-Hauptling, am Leben ist, bleiben die Verhältnisse wie sie sind, d. h. ohne starke Bedingung darf sich kein Europäer weiter als eine Stunde über den Bezirk der Station hinauswagen; die Illustration dazu ist der traurige Fall im Januar dieses Jahres, der jedem Leser bekannt ist. Im vorigen Jahre wurden fünf Brüder dieses verschlagenen schwarzen Despoten auf einmal in Pringa gehängt, für die anwesenden Europäer waren Stühle aufgestellt, um sich das Schauspiel anzusehen; so lange man in selbst nicht hat, muß das alles nichts; nach seinem Tode fällt das Reich auseinander, dann kann Ruhe werden, aber bis dahin ist der Siedlungsversuch einfach ein Selbstmord-Versuch! —

Daß bei der oben erwähnten Entfernung von der Küste, südlich vom Tanganika-See, nordöstlich vom Khasa-See die Möglichkeit einer Verwertung der Landeserzeugnisse in potenziertem Maße erschwert ist, braucht nicht erläutert zu werden.

Man kann mir nun einwenden, daß ja die Regierung bereits einen Dredgedampfer für den Reffji-Fluß herausgeschickt habe. Der ist da, hat aber gleich im Anfange Havarie gehabt und seine Brauchbarkeit für den unteren Flußlauf ist noch keineswegs erwiesen. Und wenn er sie erwirkt? Dann kann er eben auch nur bis zu den ersten Fällen des Reffji fahren. Oberhalb derselben muß wieder ein anderer Dampfer fahren, dann können noch einmal die unpassierbaren Stromschnellen des sonst schiffbaren Mlana, eines Reffji-Nebenflusses, d. h. mit anderen Worten: Es müßten drei Dampfer angeschafft werden und zur Umgehung der Fälle zwei Bahnen gebaut werden. Am endlich den obersten Dampfer zu erreichen, muß der Kolonist auf noch zu schaffenden Wegen über die Bergpässe in die ungeliebte, lumpige Wildnis der Flugebene heruntersteigen, wo heute noch Elefanten in stattlicher Anzahl ihre Morgenpromenade abhalten.

So haben wir schnell die drei Gebiete durchreist, welche dem Anstieher von kolonialen Schwärmern und Sanguinikern die gewiß das Beste wollen, angepriesen werden wie saures Bier. Ja, selbst Afrikaner, habe Hoffnungen für die spätere Entwicklung des Landes, aber so lange die Zustände die geschilderten sind, kann ich nicht genug davor warnen, durch Uebereilung direkt oder indirekt materiellen Selbstmord zu begehen.

größere geistige Macht, sowie eine Förderung und Erleichterung seiner Organisation. In Erwägung, daß der Alkoholismus das sicherste Werkzeug der kapitalistischen Bourgeoisie ist, indem er das Bewusstsein des Proletariats erstickt und seine Widerstandskraft vermindert, — fordert der Kongress das staatliche Monopol für die Erzeugung, Refinanzierung und den Verkauf von Alkohol, und zwar zum Zwecke der Verminderung des Verbrauches von alkoholischen Getränken.

Schließlich gelangte zur Annahme eine energische Resolution zu Gunsten der „baldmöglichst“ allgemeinen Abrüstung. In den Erwägungen wird u. a. darauf hingewiesen, daß alle Völker Brüder seien und der Krieg, das schlimmste Unglück der Menschheit, nur den Interessen der Tyranen diene.

Soziales.

Der Arbeitsmarkt im September. Nach den Ergebnissen der Arbeitsnachweis-Verwaltungen, wie sie in der Berliner Monatschrift „Der Arbeitsmarkt“ veröffentlicht sind, betrafen sich im September 100 offene Stellen im September 101,0 gegen 104,2 im September des vorigen Jahres. Der Andrang hat an 83 (+ 2 ausländischen) Orten abgenommen und nur an 19 (+ 2 ausländischen) Orten zugenommen.

Eine Abnahme war zu verzeichnen in Posen, Frankfurt a. O., Berlin, Rixdorf, Kiel, Halle a. S., Gera, Hannover, Osnabrück, Bielefeld, Münster, Essen, Elberfeld, Düsseldorf, Köln, Kachen, Trier, Wiesbaden, Frankfurt a. M., Darmstadt, Straßburg i. E., Heidelberg, Freiburg i. B., Schopfheim, Mannheim, Stuttgart, Kammstatt, Ludwigsburg, Eplingen, Reutlingen, Göppingen, Heilbronn, Augsburg, Graz und Winterthur.

Zugenommen hat der Andrang der Arbeitslosen in Breslau, Hensburg, Erfurt, Dortmund, M.-Gladbach, Kreuznach, Mainz, Worms, Kaiserslautern, Lahr, Lorrach, Offenburg, Konstanz, Pforzheim, Schw. Hall, Würzburg, Fürth, Nürnberg, München, Brann und Bern.

In einer Bäckerei Nürnbergs entdeckte der Protivisions-Ausschuss, daß als Streumehl feingemahlene Holzmasse verwendet wurde. Der Polizeigenat beschloß, durch eine Bekanntmachung die Verwendung von Holz zu solchen Zwecken zu verbieten. Der Inhaber der betreffenden Bäckerei erhielt eine Verwarnung.

Die Assistenten des bremischen Fabrikinspektors hatten bisher ein Grundgehalt von 2000 M. und erhielten alle drei Jahre eine Zulage von 200 M., bis das höchste Gehalt — 3000 M. — erreicht war. Die Folge dieser verhältnismäßig niedrigen Bezahlung war öfterer Wechsel der Assistenten. Seit 1893 haben drei derselben ihre Stellen verlassen, weil sie im Privatdienste und anderswo besser lohnende Beschäftigung fanden, und es wurde immer schwieriger, zur Besetzung der vakanten Stellen geeignete Kräfte zu finden. Der Senat hat deshalb die Bürgererschaft ersucht, zuzustimmen, daß vom 1. Dezember d. J. an das Grundgehalt der Assistenten auf 3000 M. erhöht, ferner alle fünf Jahre eine Zulage von 500 M. gegeben wird, bis die Summe von 4500 M. und damit das höchste Gehalt erreicht ist, und daß die Assistenten in die Kategorie der Beamten eingereiht werden, die Anspruch auf Ruhegehalt haben.

Gerihts-Beitung.

Eine empfindliche Strafe wurde gestern durch Urteil der dritten Strafkammer des Landgerichts I gegen zwei Extrablatt-Schwindler ausgesprochen. Die Handelsleute Wilhelm Pauli und Karl Lindner befanden sich wegen Betruges auf der Anklagebank. Am 28. Mai d. J. ließen die Angeklagten ihre „Allerneueste!“ austrufen, durch die Jägerstraße. Um noch weiter zum Kauf anzulocken, legten die Ausrufer hinzu: „Großer Sieg der Spanier! Völlige Niederlage der Amerikaner.“ Durch diese Behauptungen wurden mehrere Herren veranlaßt, die Blätter zu kaufen. Wenn sie auch auf eine Enttäuschung vorbereitet waren, so war das ihnen Gebotene doch zu hart. Der Inhalt des „Extrablatts“ bestand nur aus der bereits durch alle Tagesblätter belampt gegebenen Mitteilung, daß ein Landungsversuch der Amerikaner auf Cuba zurückgewiesen sei. Ein vorübergehender Polizeilieutenant fragte die Käufer, ob sie sich geschädigt fühlten, und als dies bejaht wurde, veranlaßte er die Eilfertigung der Händler. Der Angeklagte Pauli räumte ein, daß er die Blätter habe drucken lassen. Er sei auf eigentümliche Weise zur Kenntnis des Inhalts gelangt. Der Vote eines hiesigen Telegraphen-Bureaus habe eine Depeche auf der Strafe gelesen, und dabei habe er ihm über die Schulter gesehen. Der Vorsitzende wies den Angeklagten darauf hin, daß dies eine alte bekannte Ausrufe sei. Der Angeklagte Lindner wollte nur der Gehilfe des Pauli gewesen sein. Der Staatsanwalt beantragte gegen Pauli 3 Monate, gegen Lindner 3 Wochen Gefängnis. Der Gerichtshof ging in betreff des Angeklagten Pauli, der bereits zweimal wegen gleichen Vergehens vorbestraft ist, weit über das beantragte Strafmaß hinaus, indem auf sechs Monate Gefängnis erkannt wurde; Lindner kam mit einem Monat Gefängnis davon.

Die verhinderte Fabrikrevision. Zu Herrn Wehse in Jun., dem bekannten Pianoforte-Fabrikanten, kam eines Tages ein uniformierter Schutzmann ins Komptoir und verlangte Zutritt zur Fabrik, um zu kontrollieren, ob die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung richtig durchgeführt seien. Wehse verlangte von dem Beamten einen schriftlichen Ausweis, daß seine vorgesetzte Behörde ihn mit der Kontrolle betraut habe. Der Schutzmann war nicht in der Lage, ein solches Schriftstück vorzuzeigen, weshalb Wehse sich weigerte, ihn in die Fabrik hineinzulassen. Darauf erhielt der Unternehmer wegen Vergehens gegen den § 139b der Gewerbe-Ordnung ein Strafmandat über zehn Mark; er wurde später auch vom Schöffengericht zu einer gleich hohen Geldstrafe verurteilt. Das Gericht berief sich auf den Absatz IV des § 139b, worin es heißt: „Die auf Grund der Bestimmungen der §§ 105a bis 105b, 120a bis 120c, 134 bis 139a der Gewerbe-Ordnung auszuführenden amtlichen Revisionen müssen die Arbeitgeber zu jeder Zeit, namentlich auch in der Nacht, während des Betriebes gestatten.“ Der Angeklagte legte Verwahrung ein. Das Landgericht wies jedoch die Verwahrung zurück und führte aus, der Angeklagte hätte dem Verlangen des Beamten stattgeben müssen. Dieser werde schon durch seine Uniform genügend legitimiert. Im übrigen habe der Beamte nicht nötig, im einzelnen anzugeben, was er zu kontrollieren beabsichtige; es genüge, daß er sich allgemein auf das der Polizei eingeräumte Aufsichtrecht berufe. Wenn Wehse eingelaufen habe, daß der Schutzmann seine Befugnisse überschreiten würde, dann hätte er ihn ja in der Fabrik begleiten können. Hiergegen legte Herr Wehse noch die Revision ein und führte aus, § 139b der Gewerbe-Ordnung sei nicht richtig angewendet worden. Das Kammergericht verwarf indessen die Revision als unbegründet und trat den Ausführungen des Landgerichtes vollständig bei.

Literarisches.

Adolf Parisius, Leopold Freiherr von Hoyerbed. Ein Beitrag zur vaterländischen Geschichte. Verlag von J. Guttenberg.

Für die Geschichte der der Gründung des Deutschen Reiches un-mittelbar vorausgehenden Jahre fehlte es bisher an einer unparteiischen wahrheitsgemäßen Darstellung. Die hiesigen bezüglichen Schriften sind zum größten Teil tendenziöse Geschichtsfälschungen, bestimmt, König Wilhelm und seinen „Handlanger“ Bismarck als die

Träger des nationalen Gedankens zu verherrlichen und diejenigen, die für den freiheitlichen Ausbau des Vaterlandes gekämpft und gelitten haben, in den Augen des Volkes herab-zuwelen. Diese Lüge in der Geschichtsschreibung auszufüllen und zugleich seinem langjährigen Fraktionskollegen, dem „freiherrlichen Demokraten“, ein würdiges Denkmal zu setzen, ist der Zweck, den Parisius mit seinem Werke verfolgt. Es ist natürlich, daß die Lebensbeschreibung eines Mannes, der so wie Leopold von Hoyerbed im öffentlichen Leben stand und überall an erster Stelle zu finden war, auch zugleich eine Geschichte der inneren Politik Preußens werden mußte.

Der Abschnitt der Geschichte Preußens, den das vorliegende Werk behandelt, ist, wenn man von dem Jahre 1848 absteht, derjenige, welcher das größte Interesse beansprucht; es ist die Zeit des Konfliktes zwischen Regierung und Volksvertretung, die Zeit des Verfassungskampfes und des budgetlosen Regiments. In jene Zeit fällt das erste Auftreten zweier der bedeutendsten Erscheinungen des Jahrhunderts, Bismarck's und Lassalle's. Lassalle bemühte sich damals, von seinem demokratischen Standpunkte aus auf die tatsächlichen Entwicklungen der Fortschrittspartei des Abgeordnetenhauses in bezug auf die Militärfragen durch seine Vorträge im Berliner Bürger-Bezirksverein einzuwirken. Die beiden Reden „Ueber Verfassungswesen“ und „Was nun?“, die er im Juni und im November 1862 in Berlin hielt, und worin er dem Abgeordnetenhaus, um die Regierung zu besiegen, den Vorschlag machte, es solle seine Sitzungen auf unbestimmte Zeit, und zwar so lange aussetzen, bis die Regierung den Nachweis liefere, daß die verweigerten Ausgaben nicht länger fortgesetzt werden, liefern auch heute noch vorzügliches Material zur Beurtheilung der damaligen politischen Lage. Leider ist gerade dies erste öffentliche Auftreten Lassalle's von Parisius mit wenigen Worten abgethan. Parisius vertritt in seinem Werke in bezug auf die Politik Lassalle's noch denselben Standpunkt, den die Fortschrittler des Jahres 1862 eingenommen haben. So wie sie damals die ihnen von Lassalle angebotene Waffenbrüderschaft der „reinen und entschiedenen Demokratie“ zur Erlämpfung des parlamentarischen Regiments zurückgewiesen haben, so hält auch heute noch der freiinnige Geschichtsschreiber daran fest, daß Lassalle's Mittel untauglich war. Wenn seinem Rathschlusse die ganze liberale Opposition des Abgeordnetenhauses folgte und die Arbeit einstellte, konnte sie in der That die Auflösung durchsetzen. Aber würde dann wirklich das gesammte Volk hinter den Abgeordneten stehen und die Re-wahlen wiederholt unter der gleichen Parole der Arbeitseinstellung vollziehen? Man sieht aus diesem Zitat, daß selbst in ihrer Glanzperiode die Fortschrittspartei sich nicht zu einer wirklichen That auf-raffen konnte. Nur ein fortschrittlicher Abgeordneter, der vor kurzem verstorbenen bekannte Rechtsanwalt Martini, der später zur Sozialdemokratie übertrat, stellte sich auf den Standpunkt Lassalle's, er blieb aber mit seiner Ansicht allein, als er in der Fraktion der Fortschrittspartei ein solches Vorgehen beantragte, und legte infolge dessen sein Mandat nieder.

Eingehender behandelt Parisius die Einwirkung Bismarck's auf die innere Politik Preußens. Wir sehen, welchen Einfluss der Junker Bismarck auf den unentschlossenen Kaiser Wilhelm ausübte, wir sehen, mit welcher Rücksichtslosigkeit Bismarck von Anfang an vorging, mit welchem Haffe er seine politischen Gegner verfolgte, und wie er vor seinem Mittel, selbst nicht vor den schlimmsten Wahlbeeinflussungen zurückschreckte, um seinen Ansichten zum Siege zu verhelfen. Viele Märsche, die über König Wilhelm und Bismarck im Umlauf sind, werden durch die unparteiische, auf Fakten gestützte Darstellung von Parisius widerlegt. So waren weder der König noch der Minister anfänglich von deutscher Gesinnung befeelt, beiden war die ausschließlich preussische Gesinnung gemeinsam, Bismarck's Ziel war nur, Preußen zur Ehre und Macht zu bringen, aber er wollte nicht ein konstitutionell regiertes Preußen, sondern das Preußen unter der Krone der Hohenzollern, in dem wie seit langen Jahren der märkisch-pommersche Adel den maßgebenden Einfluss ausübte.

Interessant ist es, in dem Parisius'schen Werke den altentwägigen Nachweis für die Art und Weise zu finden, in welcher Bismarck von Anfang an die Reklamenpresse zu züchten begann. Die damals recht unbedeutende, unabhängige demokratisch-großdeutsche Tageszeitung, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, die von dem alten Achtundvierziger Braß in Verbindung mit Robert Schweidel und Wilhelm Liebmacht redigiert wurde, wurde Regierungsbüro. Braß machte die Schwelung mit, während Schweidel und Liebmacht, obgleich letzterer zu unterständigen, deren Zweck es war, die bürgerliche Freiheit zu unterdrücken. Sie wollten nicht das Werkzeug sein, dessen sich Bismarck bediente, um mit Hilfe der Sozialdemokratie die Fortschrittspartei niederzuwerfen.

Auch die Abdankungsgefäße des Königs, über die vielfach ent-stellte Gerüchte im Umlauf sind, werden in dem Werke richtig dargestellt; so z. B. die unmittelbar nach Bismarck's Entlassung von den „Mündener Neuesten Nachrichten“ gebrachte Erzählung, daß der König bei dem ersten Gespräch mit Bismarck im Park von Babelsberg die Abdankungsurkunde in der Tasche hatte. Demgegenüber weist Parisius nach, daß sich der König sicher früher vielfach mit dem Gedanken trug, die Krone niederzulegen, daß er ferner kurz vor Bismarck's Ernennung dem Kronprinzen den Entwurf einer Abdankungsurkunde zugehen ließ, in der er sich aber den Oberbefehl über die Armee vorbehalten wollte. Da jedoch nach der Verfassung der König den Oberbefehl über das Heer zu führen hat, lehnte der Kronprinz die Annahme der Krone ab.

Alles in allem besitzen wir in dem Parisius'schen Werke eine Schrift, die für die richtige Beurtheilung der neueren preussischen Geschichte von höchster Wichtigkeit ist. Namentlich wird derjenige, der sich für die Geschichte des preussischen Vandalen in der Konfliktzeit interessiert, hier eine Fülle von Material finden, wie es bisher noch nirgends auch nur annähernd so reichhaltig und zuverlässig geboten ist. Die bis jetzt erschienenen zwei Bände reichen bis zum Jahre 1864, dem Beginn des Krieges mit Dänemark. Leider verhindert der theure Preis die Verbreitung des Buches in Arbeiterkreisen. Arbeiterbibliotheken, die ihren Mitgliedern gute, wenn auch nicht parteigünstige Schriften zugänglich machen wollen, seien auf das Werk aufmerksam gemacht. P. H.

Eingelaufene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß) Besand ist worden das 2. Heft des 17. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt hebt wir hervor: Die Bilanz eines Menschenalters. — Von Paris nach Bern. Ein Reise-fragment von Friedrich Engels. (Schluß). — Der Ursprung der adriatischen Ideen. Von Paul Valargue. (Schluß). — Die Beziehungen zwischen Sozialisten und Radikalen in England. Von Eduard Bernstein. — Rottgen: Lohn, Arbeits- und Wohnverhältnisse der Arbeiter Nürnbergs. „The Trade Unionist“. — Heintzen: Eine Unvollständigkeit. Erzählt aus dem russischen Leben von Olga Kobylanska. (Fortsetzung).

„Der Arbeitsmarkt“, Monatschrift der Centralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Dr. Jastrow), Berlin, Verlag von S. S. Pommersche. Die Nummer als Organ des „Verbandes deutscher Arbeitsnachweise“ erscheinende Heft enthält in Nr. 1: Der künftige Arbeitsmarkt und der „Verband deutscher Arbeitsnachweise“. — Situationsberichte aus einzelnen Gewerben: Buchbinder. — Situationsberichte aus einzelnen Wägen: München. — Lebensmittelpreise: Fleischtheuerung; Lebensmittelpreise im September; Kartoffelmarkt. — Lage des Arbeitsmarktes: Periodische Schwankungen des Arbeitsmarktes in Deutschland; Streiks in Deutschland im September; Neugründungen in der Waggonindustrie; Mangel an ausländischen Arbeitern im Waingau; der Arbeitsmarkt im September. — Verwaltung der Arbeitsnachweise: Vermittlungstätigkeit allgemeiner Arbeitsnachweise für gelehrte Arbeiter; Einheilung von Arbeitern für die landwirthliche Arbeit; Konferenz der Unternehmer; Arbeitsnachweise; Zentralbureau für journalistische Stellenvermittlung. — Mittheilungen aus deutschen Arbeitsnachweise-Verbänden: Verband deutscher Arbeitsnachweise, Arbeitsnachweise-Konferenz und erste Verbandssammlung; Verband deutscher Arbeitsnachweise, Beitrittsklärung; Konferenz der bayrischen Haupt-Arbeitsvermittlungsgesellschaften.

BAER & SOHN

Bar-Verkauf zu streng festen, sehr billigen, in Zahlen gezeichneten Preisen.

Lieferanten an Garderoben-Geschäfte, Vereine, Institute und ausländische Gesellschaften.

MODERNE MAASS-ANFERTIGUNG u. Fabrikation von Herren & Knaben-Bekleidung.

24a Chausseestrasse 24a, zwischen Invalidenstr. und Friedrich Wilhelmstadt. Treater.

11 Brickerstrasse 11, am Bahnhof Jannowitzbrück, Ecke Rausgestrasse.

16 Gr. Frankfurterstr. 16, zwischen Bürger-Hospital u. Prachtstr.



Knaben-Mäntel, prächtige Auswahl, von 4 Mk. an.

Jünglings-Mäntel, prächtige Auswahl, von 8 Mk. an.

Winter-Paletots 21.- 18.- 16.50 15.- 12.- 10.- 8 Mk. 50	Eskimo-Paletots 45.- 40.- 36.- 30.- 25.- 21.- 18 Mk.	Hohenzollern-Mäntel 65.- 55.- 45.- 40.- 36.- 30.- 21 Mk.	Schwarze Anzüge 55.- 45.- 35.- 25.- 20.- 18.- 12 Mk.	Gehrock-Anzüge 60.- 50.- 45.- 42.- 39.- 36.- 33 Mk.	Winter-Joppen 21.- 18.- 15.- 12.- 9.- 8.- 6 Mk.	Winter-Hosen 12.- 10.- 8.- 6.- 5.- 4.- 3 Mk. 50	Schwarze Hosen 15.- 12.- 9.- 8.- 6.- 5.- 3 Mk. 50	Schlaftröcke 30.- 24.- 21.- 18.- 15.- 12.- 8 Mk. 50
--	---	---	---	--	--	--	--	--

Falls obige Angebote ausverkauft sind, wird Ersatz oder Neu-Anfertigung ohne Preisaufschlag gewährt.

Winter-Paletots nach Maass 75.- 65.- 55.- 45.- 36.- 30 Mk.

Das 12te Preis-Buch mit 89 Abbildungen ist erschienen u. wird auf Wunsch kostenlos u. frei zugesandt. Jeder verlange es!

Schwarze Anzüge nach Maass 65.- 55.- 45.- 36.- 30.- 28 Mk.

Moabiter Klubhaus, Reusselstr. 9. Empfehle meinen großen Saal, Vereinszimmer f. 20-80 Personen, Restauration Mittags- u. Abendessen. Jeden Sonntag: Grosser Ball. Carl Fischer.

Graumann's Festsäle (früher Bonn's) Naunynstrasse 27. Empfehle meine Säle, 900 Personen fassend, zu allen Festlichkeiten und Versammlungen. Einige Sonntage sind noch an Vereine zu vergeben. Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag: Grosser Ball! [57832]

„Künstlerhaus“ Berlin W., Bellevuestr. 3 (Verein Berliner Künstler) Permanente Kunstausstellung. Eröffnung am 15. Oktober d. J.

Alles Schützenhaus, Lindenstrasse 5, empfiehlt seine „neuen“ Säle.

Louisenstädtisches Klubhaus, Annenstrasse 16. Festsäle u. Vereinszimmer zur Abhaltung von Festlichkeiten und Versammlungen. 2 Sonntage im Oktober, 3 Sonntage im November, die Sonntage im Dezember, Januar, und 2 im Februar noch frei.

Vereinszimmer zu 40, 80-100 Pers. zu vergeben bei [61292] Sepp Wiedemann, Frelbenstr. 67.

Etablissement Feldschlösschen Inhaber Fritz Nagel Müller-Strasse 142. Jeden Sonntag: **Gr. Ball.** Achtung! [60872] Die Sonntage der Winter-Saison sind an Theater-Vereine zu vergeben. Fritz Nagel.

Elysium Landsberger Allee 40-41. Jeden Sonntag: [61192] **Gr. Ball.** Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr. NB. Keine Säle sind noch an Sonntagen im Okt. Dez. frei. C. Eisermann.

Vereinsbrauerei-Ausschank Rixdorf Herrlicher Garten und große Säle. Mittwochs und Sonntags: Gr. Frei-Konzert. **Oeconomie: Martin Berndt** Vorzügliche Küche, Buchpavillon, Schleichstand, Regeldamen u. sonstige diverse Belustigungen. Kaffeeküche von 2 Uhr ab geöffnet. Pferdebahn vom Moritzplatz für 10 Pf. bis zur Brauerei. [61150]

Robert Scheere, Restaurant „Sängerheim“ O. Blumen-Strasse 38. Telefon: Amt VII Nr. 3760. Arbeitsnachweis der Möbelpolier, Brauer, Brauerei-Hilfsarbeiter. Zahlstelle des Verbandes der Holzarbeiter, Metallarbeiter, Tischler, der Orts-Krankenkasse der Möbelpolier, der Central-Krankenkassen der Schuhmacher, Gold- und Silberarbeiter, Buchbinder und Zahlstelle des Wahlvereins für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten). [61273]

Franke's Speisehalle Große Frankfurterstr. 73 (an der Kaiserstrasse). Jeden Tag 12 verschiedene Gerichte. Speiszeit ununterbrochen von 10-10 Uhr. Bier 1/2 10 Pf., 2/3 5 Pf., Kaffee 5 Pf., Milch 5 Pf. [61102]

Oranien-Hallen. Inhaber: Hermann Scholze. Oranienstr. 51 - am Moritzplatz neben Wertheim - Oranienstr. 51. **Täglich Konzert.** [61802] Spezialität: Kostümte Damen-Kapellen. Eintritt frei. - Sonntags Anfang 5 Uhr abends. - Eintritt frei. Sonntags Matinee von 12-2 Uhr. - Wochentags Anf. 6 Uhr abends.

Westend, Charlottenburg, Parkrestaurant, Kasanien-Allee 1. Gute Spandauer Berg, sind Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten zu vergeben sowie zwei verdeckte Regeldamen. [60611] F. Karl und H. Heinrich.

Reinhold Werner, Kleine Andreasstr. 12 1. Schneidermeister. [60631] Telefon Amt VII 4678. Für 18 Mark fertige Mann einen eleganten Anzug sowie Paletot mit nur guten Zutaten. Für eleganten Sitz und solide Ausführung bürgt meine seit 16 Jahren bestehende Firma. - Großes Tuchlager. Filiale Friedrichshagen: Friedrichstr. 105. Filiale Pankow: Breitenstr. 39b. Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends: Verkauf frisch gel. schw. persf. und finn. Fleisches. Rindfleisch pro Pfd. von 30 Pf. an, Schweinefleisch 40 Pf. [61311] Verwaltung der Kochanstalt Stadt. Schlachthof

Rohtabak! Emil Berstorff Brunnenstr. 182 - Köpenickerstr. 9 und Falkenstr. 129.

Möbel auf Theilzahl. Oranienstr. 131. Konstante H. & M. Lewent. Beantw. Zahl.-Bed. ohne Anzahl.

Für nur 7 Mark versende ich gegen Nachnahme eine grosse, hochfeine Concert-Accord-Zither mit 6 Mannslein, 25 Saiten, fein polirt und elegant ausgestattet, mit Stimvorrichtung, wunderbar im Ton und in einer Stunde zu erlernen. Versand complet mit neuester Schule, Notenständer, Schlüssel, Ring und Carton. Früherer Preis dieser Zither 16 Mark. Ein solches Instrument dürfte in keiner Familie fehlen. 3 monatige zu 3 Mark. Täglich lobende Anerkennungen und Nachbestellungen. Man bestelle bei **Heinr. Suhr, Musik-Instrumenten-Fabrik, Neuenrade i. W.**

Möbel G. Tennigkeit, No. 173. Oranienstrasse No. 173. Billigster und realster Einkauf von Wohnungs-Einrichtungen. - Theilzahlung gestattet. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen i. M. Plomben 1,50 M. Theilzahl. wöchentl. i. M. Sprechst. 9-6. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Zähne 2 M.

Bitte überzeugen Sie sich, verehrte Hausfrau! Haben Sie schon einen Versuch mit dem echten **Dr. Thompson's Seifenpulver** (Schutzmarke „Schwan“) gemacht? Wenn nicht, dann fassen Sie nicht länger damit! Es giebt kein probateres Mittel, um schnell und ohne viele Mühe, ohne Schaden für den Stoff, hübsche weiche Wäsche zu erhalten. Zu haben in den meisten Droguen-, Seifen- und Kolonialwaarenhandlungen.

Roh-Tabak. Grösste Auswahl. - Billigste Preise! **P. E. Platt & Söhne,** Brunnenstr. 16 Hof rechts, im Hause: Noack's Festsäle. **Roh-Tabak en gros. en détail. Zeun & Ellrich** Rheinsbergerstr. 67, nahe Brunnenstr. **Roh-Tabak** vorz. mit Garantie sehr schmerzlos ein. Schmerz. Zahnziehen. Reparatur. fof. Theilzahl. Goldstein, Oranienstr. 123. **Rohtabak** Grösste Auswahl! Billigste Preise! Guter Brand! Vorzügliche Qualität! **Fabrikations-Utenzilien.** (Neue Formen, sehr gr. Ausw., 1.10 M.) Man verlange Preis-Verzeichniss. [61129] **Heinrich Frank,** Nr. 185, Brunnenstr. Nr. 185. **Fahrräder** gute Marke 175 M., 2 Jahre Garantie. **O. Schmidt,** [60231] Pallisaden-Strasse 96.

Gardinen-Reservat-Ausverkauf älterer Muster in weich und edel, zu 1-4 Reihen passend, spottbillig in dem Gardinenfabrik-Lager von **Bruno Güther,** Berlin O., Gruner Weg Nr. 80 part., Eing. vom Rix. (kein Laden). Neuheiten treffen täglich ein. [61282] Proben nach außerhalb portofrei.

Steppdecken kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik **B. Strohmendel, Berlin S., 72, Wall-Strasse 72,** wo auch alte Decken aufgearbeitet werden. [61822]

Zum bevorstehenden **Wohnungswechsel Teppiche!** [60792] **Steppdecken! Gardinen!** große Auswahl bei enorm billigen Preisen; in allen Artisten Belgien-Heidoländer zurückgelegter Waaren. Katalog gratis u. franco. **S. Unger, Berlin S., Teppich-Spezial-Geschäft.**

Für 3 Mark Nehe sehr groß, zu Anwesenheiten, Nehe zu Verzeihenheiten, schöne Muster 7-10 M. für 12 M. f. Cheviot- auch Sammetstoffe, Paletots und Hosenstoffe so lange der Vorrath reicht **im Riesenstofflager 14. Kranenstr. 14, 1 Et.,** kein Laden. [60691]

Strickmädchen aus der Dresdener Strickmaschinen-Fabrik sind die besten und ein leichter Erwerb zweig. f. Männer, Frauen und Polanen-Geschäfte. Erlernen leicht und gratis. Arbeit w. nachgewiesen. Verkauf zu Fabripreisen. Lager bei dem Vertreter H. Gumburger, Klosterstrasse 63. Berlin. Nachmittags. **Möbel J. Kellermann** Neue Jakobstr. 26, auf Theilzahlung